



49. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2003

Vorsitzende: Erster Vizepräsident Berndt Röder, Vizepräsident Peter Paul Müller und
Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

Inhalt:

Mitteilungen des Ersten Vizepräsidenten

Abwicklung der **Tagesordnung** 2891 A

Aktuelle Stunde 2891 A

Fraktion der CDU:

Mehr Chancengerechtigkeit für Privatschulen

Wolfgang Drews CDU 2891 B, 2896 B

Luisa Fiedler SPD 2892 A

Katrin Freund
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2893 A

Christa Goetsch GAL 2893 D

Martin Woestmeyer FDP 2894 C, 2897 C

Rudolf Lange, Senator 2895 C

Wolfgang Beuß CDU 2898 A

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

Standortpolitik – Die Stadt Berlin gefährdet Hamburger Arbeitsplätze

Rolf Gerhard Rutter
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2899 A

Ingo Egloff SPD 2899 C, 2907 D

Barbara Ahrons CDU 2900 C

Jens Kerstan GAL 2901 C

Burkhardt Müller-Sönksen FDP 2902 A, 2906 D

Gunnar Uldall, Senator 2903 A

Farid Müller GAL 2903 C, 2907 A

Jürgen Schmidt SPD 2904 B

Mario Mettbach, Zweiter Bürgermeister 2904 D

Peter Lorkowski
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2905 B

Dr. Andreas Mattner CDU 2905 D

Fraktion der GAL:

Wie lange noch wird die KiTa- und Schulbehörde als Dunkelkammer geführt?

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der FDP:

Verbalattacken gegen auswärtige Ehrengäste: SPD und GAL schaden dem Ansehen Hamburgs in der Welt

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der SPD:

Charakterlich wieder geeignet? Die Rolle von Ronald Schill nach dem Bundesparteitag der Schill Partei

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer ständigen Vertreterin oder eines ständigen Vertreters des Hamburg- ischen Verfassungsgerichts

– Drs. 17/2978 – 2908 B

Ergebnis 2908 D

Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei
Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:

Beitritt Hamburgs zur LUCI association

– Drs. 17/3473 – 2909 A

Dr. Andreas Mattner CDU 2909 A

Luisa Fiedler SPD 2910 A

Gerd Hardenberg
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2910 B

Dr. Willfried Maier GAL 2911 A

Martin Woestmeyer FDP 2911 B

Beschlüsse 2911 D

Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:

Chancen schaffen für Bezieherinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt als Tagesmütter

– Drs. 17/3569 – 2911 D

Stephan Müller 2911 D, 2915 B
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2919 C

Thomas Böwer SPD 2912 B, 2916 B, 2920 A

Bettina Pawlowski CDU 2913 B

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 2913 C

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2914 A, 2915 A
2918 C

Dr. Verena Lappe GAL 2915 A

Sabine Steffen GAL 2915 D, 2919 A

Christa Goetsch GAL 2916 D

Marcus Weinberg CDU 2917 C

Beschluss 2920 B

Antrag der Fraktion der GAL:

Gleiche Rechte für schwule und lesbische Paare: Landesrecht und Bundesrecht anpassen!

– Drs. 17/3559 – 2920 B

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft von Schwulen und Lesben weiter voranbringen

– Drs. 17/3638 – 2920 C

Farid Müller GAL 2920 C, 2924 B

Britta Ernst SPD 2921 B

Viviane Spethmann CDU 2922 A

Reinhold J. W. Schaub
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2922 D

Martin Woestmeyer FDP 2923 C

Beschlüsse 2924 D

Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten

– Drs. 17/3565 – 2925 A

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2925 A

Petra Brinkmann SPD 2925 D

Frank-Thorsten Schira CDU 2926 B

Rolf Gerhard Rutter
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2926 D

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 2927 A

Beschlüsse 2927 C

Antrag der Fraktion der SPD:

Mehr Eigenständigkeit für Hamburgs Schulen!

– Drs. 17/3558 – 2927 D

Britta Ernst SPD 2927 D

Wolfgang Drews CDU 2928 D

Katrin Freund
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2930 B

Christa Goetsch GAL 2931 B

Martin Woestmeyer FDP 2931 D

Beschluss 2932 B

Senatsmitteilung:

Patenschaften der Generationen

– Drs. 17/3303 – 2932 B

Beschluss 2932 B

Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Initiative gegen das "Nichtblinken"

– Drs. 17/3570 (Neufassung) – 2932 B

Beschluss 2932 C

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Europa-Passage

– Drs. 17/2848 – 2932 C

Beschluss 2932 C

Antrag der Fraktion der SPD:

Kampagne zum Schutz der Hamburger Kastanien – Miniermotten stoppen!

– Drs. 17/3557 – 2932 D

Beschluss 2932 D

A Beginn: 15.00 Uhr

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen, die heute gleich an zwei Kollegen gehen, nämlich an Herrn Dr. Schäfer und an Herrn Dr. Schinnenburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr. Feiern Sie nachher sehr schön.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet, und zwar von der CDU-Fraktion

Mehr Chancengerechtigkeit für Privatschulen

von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Standortpolitik – Die Stadt Berlin gefährdet Hamburger Arbeitsplätze

von der GAL-Fraktion

Wie lange noch wird die KiTa- und Schulbehörde als Dunkelkammer geführt?

von der FDP-Fraktion

Verbalattacken gegen auswärtige Ehrengäste: SPD und GAL schaden dem Ansehen Hamburgs in der Welt

B und von der SPD-Fraktion

Charakterlich wieder geeignet? Die Rolle von Ronald Schill nach dem Bundesparteitag der Schill-Partei

Ich rufe nunmehr auf das erste Thema: Mehr Chancengerechtigkeit für Privatschulen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Drews bekommt es.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Chancengerechtigkeit für Hamburgs Privatschulen ist nicht erst mit der abschließenden Befassung und der intensiven Diskussion im Schulausschuss der Bürgerschaft für die Koalition ein wichtiges und ein wesentliches Thema gewesen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass sich alle darüber freuen, sich wieder zu sehen, aber bitte lauschen Sie dem Redner.

Wolfgang Drews (fortfahrend): Es war für die CDU bereits in der letzten Legislaturperiode ein wichtiges Thema. Es war so wichtig, dass sich der damalige Oppositionsführer Ole von Beust und der damalige Sprecher der CDU Wolfgang Beuß massiv dafür eingesetzt haben, dass die ungerechten Zustände im Bereich der Finanzierung der Privatschulen dann ein Ende haben sollen, wenn die CDU mit anderen Koalitionspartnern in der Regierung ist. Das ist heute der Fall. Da das Gesetz noch in diesem Monat in die Bürgerschaft eingebracht werden wird, kann

ich feststellen, dass wir auch noch diesen Monat mit der ungerechten Finanzierungssituation der Schulen in freier Trägerschaft – wie sie formal heißen – oder Privatschulen Schluss machen werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Insofern ist dieses ein Erfolg und das aus zwei Gründen:

Erstens muss Hamburg im Bereich der wegbrechenden Steuereinnahmen und der Finanzhilfen, wie viele Bundesländer auch, viele Bereiche ergänzen und ersetzen, in denen Steuereinnahmen weggefallen sind.

Zweitens sind Schule und Bildung im Bereich der Lehrerausstattung immer mit Geld verbunden, das in Form von Einnahmen nicht in zusätzlichem Ausmaße zur Verfügung steht.

Insofern ist es angesichts der Haushaltslage sehr erfreulich, dass es dieser Senat, diese Koalition, geschafft hat, eine geplante stufenweise Erhöhung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen in Hamburg nicht nur auf 80 Prozent vorzunehmen, sondern sogar auf 85 Prozent. Auch an diesem Punkt wird deutlich, welche Priorität für diesen Senat das Thema Bildung in unserer Stadt hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich habe gehofft, dass die Kollegen von der letzten Bank der SPD hier massiv lachen werden. Ich kann ihnen an dieser Stelle sagen, dass in vielen anderen SPD-regierten Ländern, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, nicht nur das Thema Bildung keine Priorität hat, sondern insbesondere das Thema Privatschulen. So sollen im nächsten Jahr beispielsweise in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Förderung der Privatschulen 30 Millionen Euro eingespart werden, Mecklenburg-Vorpommern senkt im nächsten Jahr massiv die Finanzierung und das rotrot regierte Berlin spart bei den Personalkostenzuschüssen der privaten Schulen. Das macht neben dem Hamburger Bereich einmal mehr deutlich, was die SPD von Privatschulen hält: Nicht besonders viel. Das hat man in den letzten Jahren bei der Finanzierung gesehen.

(Beifall bei *Elke Thomas CDU*)

Die Schulen in freier Trägerschaft, die Privatschulen, leisten einen wichtigen, von der Bevölkerung gewünschten, gleichwertigen – das betone ich an dieser Stelle ausdrücklich – Beitrag zur Ergänzung des staatlichen Schulangebots in unserer Stadt.

(Einzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie tragen damit in unserer Stadt zur Schaffung eines pluralen Angebots von Bildung und Erziehung bei. 44 staatlich geförderte Schulen in freier Trägerschaft mit 16 481 Schülerinnen und Schülern – das entspricht einem Anteil von 7,4 Prozent – belegen dieses eindrucksvoll mit einem Wachstum von Jahr zu Jahr.

Um diesen besonderen Erziehungs- und Bildungsauftrag zu gewährleisten – unabhängig von der familiären und sozialen Herkunft eines Schülers –, ist es von entscheidender Bedeutung, die rechtlichen und die finanziellen Rahmenbedingungen dieser Schulen auszuweiten und ihnen entsprechende Gestaltungsspielräume zu geben.

C

D

- A Bekräftigt durch zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus den Neunzigerjahren ist das jeweilige Bundesland verpflichtet, den Schulen ein Existenzminimum zu gewähren. Diesen Begriff hat der rotgrüne Senat relativ wörtlich genommen: Existenzminimum. So gab es in Hamburg Finanzierungsstreuungen der einzelnen Schulen in einer Bandbreite von 49 Prozent bis 73 Prozent. Jetzt frage ich Sie Folgendes – die Antwort ergibt sich –: Wie soll eine kaufmännische Geschäftsführung, ein Direktorium, in der Lage sein, mit einer Finanzierung von 49 Prozent Staatszuschuss ernsthaften Unterricht zu machen? Natürlich ist das durch den hohen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer an den Privatschulen erfolgt, wofür wir uns an dieser Stelle auch noch einmal bedanken. – Ich komme zum Schlusssatz.

Es ist deutlich geworden, dass es an dieser Stelle Handlungsbedarf gab. Ich komme im zweiten Teil meiner Ausführungen darauf zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Fiedler.

Luisa Fiedler SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sind ja ganz schön mutig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

– Sie klatschen zu früh, hören Sie erst einmal zu.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir klatschen noch einmal!)

- B Der Senator steht kurz vor dem Rücktritt, Sie melden ein schulpolitisches Thema an und glauben, alle schreien Hurra.

(Zurufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Hurra!)

Es wagt keiner mehr, etwas zu den Finanzen der BBS zu sagen. Senator Lange hat die Behörde nicht im Griff. Bis jetzt ist nicht geklärt, welche finanziellen Ausfälle noch auf Hamburg zukommen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Reden Sie doch einmal über Schule, zum Thema!)

– Hören Sie doch erst einmal zu.

Daher hat diese Debatte einen bitteren Beigeschmack.

(Beifall bei der SPD)

Während Lehrerstellen abgebaut werden und im Kita-Bereich ein Millionenloch entstanden ist, gibt es zusätzliches Geld für die Schulen in freier Trägerschaft. Dieser Schritt ist allerdings notwendig angesichts der drastischen Verschlechterung an den staatlichen Schulen, denn wenn diese Kürzungen an die Schulen in freier Trägerschaft durchgereicht würden, triebe man diese Schulen in den Ruin.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist eine These! Jetzt die Argumente!)

– Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Bei der Oppositionspolitik müssen Sie beten!)

C Wir gönnen allen Schülerinnen und Schülern eine bessere Ausstattung und bessere Planungssicherheit an den Schulen, aber ein gutes Gefühl können Sie dabei nicht haben, wenn Sie wissen, dass an anderen Stellen erhebliche Ressourcen weggenommen wurden und im Kita-Bereich das Finanzchaos gerade erst begonnen hat.

(Zurufe von Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

– Herr Müller-Sönksen, können Sie bitte einmal zuhören.

(Beifall bei der SPD – Zurufe – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir sollten die Rednerin zu Wort kommen lassen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Burkhardt Müller-Sönksen FDP – Glocke)

– Herr Müller-Sönksen, auch Sie bitte ich darum.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

Luisa Fiedler (fortfahrend): Die Wahrheit ist ganz einfach. Sie wollen unbedingt vermeiden, über das Kita-Desaster zu sprechen, weil sogar Ihnen das Krisenmanagement des Bürgermeisters peinlich ist. So kommen Sie heute vielleicht durch die Aktuelle Stunde, über die nächsten Wahlen kommen Sie mit Sicherheit nicht.

Und jetzt komme ich zum Thema.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der FDP)

D Wir sind in diesem Hause im Konsens, dass die Schulen in freier Trägerschaft höhere staatliche Zuwendungen benötigen, um ihre Arbeit überhaupt fortsetzen zu können.

(Bernd Reinert CDU: Das ist bei Ihnen aber auch eine neue Einsicht!)

Die SPD wird der Novellierung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft daher ohne Änderungsanträge zustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Dennoch möchte ich im Namen meiner Fraktion einige Wünsche aussprechen, die aus unserer Sicht im Verfahren offen geblieben sind. Wir halten es für wünschenswert, wenn alle Schulen in freier Trägerschaft sich an Maßnahmen zur Qualitätssicherung, an externer Evaluation beteiligen. Uns ist es ein Anliegen, dass sich die Schulen in freier Trägerschaft im Interesse der Schüler und Schülerinnen an solchen Verfahren beteiligen. Dies haben die katholischen Schulen in der Vergangenheit bei der Hamburger LAU-Studie und der KESS-Studie vorbildlich getan.

Ein zweiter Wunsch zielt auf eine gestaffelte Ressourcenzuweisung an Schulen, die auf Schulgeld verzichten. Hier hätte es nach unserer Meinung Sinn gemacht, über eine Besserstellung solcher Schulen nachzudenken, gerade im Hinblick auf Schulen in sozialen Brennpunkten, die sich bemühen, Kinder jeglicher sozialer Herkunft sinnvoll zu bilden und zu erziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Glocke)

A **Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Luisa Fiedler (fortfahrend): Ein dritter Punkt liegt in der Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Bemessung der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie sind weit über die Zeit. Bitte einen Schlusssatz.

Luisa Fiedler (fortfahrend): Das beinhaltet sowohl die ethnische Zusammensetzung als auch die Ressourcen der Elternhäuser. – Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Hätte ich nicht so viel Zeit ...

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich entziehe Ihnen das Wort.

Das Wort bekommt die Abgeordnete Freund.

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Schulen in freier Trägerschaft stehen für Pluralität in der Bildungslandschaft. Sie erfüllen eine wichtige Funktion insbesondere in sozialen Brennpunkten und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

B Sie arbeiten innovativ, probieren neue Lernmethoden aus, von denen auch staatliche Schulen profitieren können, und bieten Eltern parallel zum staatlichen Bildungswesen eine Alternative. Hier können Kinder individuell nach ihren Fähigkeiten und Veranlagungen gezielt gefördert werden, was im staatlichen Schulwesen durch die Vielzahl der verschiedenen Möglichkeiten nicht alles geleistet werden kann. Sie sind eine perfekte Ergänzung und verdienen unserer Meinung nach jede mögliche Unterstützung.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das scheint die frühere Regierung und jetzige Opposition – ich ziele in diese Richtung – nicht so gesehen zu haben. Bei meinen Besuchen in Privatschulen musste ich immer wieder feststellen, wie schlecht es mittlerweile um diese Schulform steht. Verschimmelte Wände, zugige Fenster, defekte Dächer waren bei diesen Besuchen wirklich keine Seltenheit.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sie waren ja auch schon zwei Jahre an der Regierung!)

Hier hat man die gesamte Schulform dieser Art sehenden Auges zugrunde gehen lassen und es ist allerhöchste Eisenbahn, dies zu reparieren und hier Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das im September 2001 beschlossene Gesetz, welches erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig wurde, hatte zwar neuerdings einen Baukostenzuschuss für Privatschulen vorgesehen, welche aber

von Ihnen gleichzeitig durch die Absenkung anderer Vergünstigungen wieder aufgehoben wurde, sodass für die Privatschulen unterm Strich nichts übrig blieb.

Man konnte bis vor einigen Monaten noch nicht einmal konkret benennen, wie hoch eigentlich die Kostenerstattung der Schülerkostensätze im Vergleich zu den staatlichen Schulen ist. Hier wurde zunächst nachgearbeitet, was Sie jahrzehntelang versäumt hatten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das erschreckende Ergebnis dabei war, dass Sie nur 59 Prozent der Schülerkostensätze erstattet haben. Diese Schulen leisten eine von uns anerkannte gute Arbeit, was von Ihnen aber anders gesehen wurde, denn nur so kann ich mir erklären, warum Sie diese Chancen vertan und die Schulen so vernachlässigt haben. Das war Ihre Chancengleichheit. Das sehen wir anders. Wir setzen uns für die Chancengleichheit dieser Schulen ein und sie sollen sich mit staatlichen Schulen messen und konkurrieren können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Die neue Berechnungsgrundlage beinhaltet, dass die Schülerjahreskostensätze sich nicht nur aus dem Lehrpersonalkostenaufwand und den Baukostenaufschlägen berechnen, sondern dass auch Mehrausgaben für Integrationsklassen, Ganztagschulen oder Sprachförderung zugrunde gelegt werden.

Durch die stufenweise Erhöhung der Schülerjahreskostenerstattung bis zu 85 Prozent im Jahre 2011 wird den Schulen in freier Trägerschaft die Möglichkeit gegeben, den derzeit herrschenden unhaltbaren Zustand zu beenden und wieder eine solide schulische Arbeit zu leisten.

Unser neues Gesetz dient der finanziellen Verbesserung der 44 Schulen in freier Trägerschaft, der Planungssicherheit für diese Schulen und sie sorgt erstmals für eine transparente Berechnungsgrundlage.

Ich wünsche mir, dass dieses Gesetz nicht nur, wie Sie auch eben wieder angekündigt haben, einstimmig verabschiedet wird, sondern dass Sie auch über Ihren Schatten springen und sich nicht selber konterkarieren und am 26. November dieses Jahres in erster und zweiter Lesung für dieses Gesetz stimmen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

(*Gesine Dräger SPD*: Wo sind eigentlich die CDU-Abgeordneten?)

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

"Schulen in freier Trägerschaft sind Teil des öffentlichen Schulwesens und sichern seine Pluralität. Sie unterstützen den wünschenswerten Wettbewerb um eine Qualitätsentwicklung im gesamten Schulsystem."

Das ist ein Zitat aus einem GAL-Antrag, den wir im Frühjahr gestellt haben, und ich will das noch ergänzen. In

- A den Positionen der Grünen sind die Schulen in freier Trägerschaft fester Bestandteil der Hamburger Schullandschaft. Die GAL hat diese Position immer vertreten und dafür gearbeitet, dass die Akzeptanz der Schulen in freier Trägerschaft in der Öffentlichkeit steigt, denn die Schulen sind keine closed shops, sie sind auch keine Eliteeinheiten, sondern sie tragen zur Vielfalt bei und sie sollen gleichwertig sein. Man muss auch deutlich sagen, diese Schulen zeichnen sich im Gegensatz zu den staatlichen Schulen durch eine hohe Autonomie aus, die wir in den staatlichen Schulen erst erreichen wollen. Ich erinnere an das Buch von Professor Jach "Abschied von der verwalteten Schule". Wir finden es gut, wenn Schüler und Eltern ihre Schule mitgestalten, weil man dann wirklich wählen kann, und wenn gelebte Schulkonzepte die Weiterentwicklung des Schulwesens fördern, weil Unterschiede wertvoll sind. Wir finden es ebenfalls richtig, wenn autonome Schulen ein eigenes pädagogisches Profil bilden, und es ist besonders wichtig, dass zum Beispiel bestimmte Schulen in freier Trägerschaft die Kinder gemeinsam lernen lassen, weil wir wissen, dass alle Talente gebraucht werden.

(Beifall bei der GAL)

Uns Grünen sind auf Bundes- und Landesebene die Schulen in freier Trägerschaft in der Bildungs- und pädagogischen Debatte immer kompetente Gesprächspartner gewesen. Aber es versteht sich von selbst, dass die Schulen in freier Trägerschaft natürlich nicht nur von Luft und Liebe leben können. Insofern ist das Ringen um eine bessere Finanzierung der Schulen bei knappen Kassen kompliziert und hat in der letzten Legislatur nur zu einem Kompromiss geführt, der uns Grüne auch nicht richtig froh gestimmt hat. Ich fand es allerdings damals wie auch heute richtig, dass Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwächeren Familien im alten Gesetz Berücksichtigung fanden. Das fällt jetzt im neuen Gesetz leider weg. So mussten die Schulen nach dem alten Gesetz weiter aussondern, zum Beispiel die Waldorfschulen über das Schulgeld, was natürlich ein Widerspruch zum Bundesverfassungsgerichtsurteil ist, oder über den katholischen Schulen schwebt das Damokleswert, dass sie geschlossen werden.

- B Die GAL hat deshalb die bessere Finanzierung unterstützt, im Frühjahr einen Antrag eingebracht und den Senat gedrängt, ein Stufenkonzept vorzulegen, um die vollmundigen Wahlversprechen einzulösen. Das ist nun passiert und es ist auch interessant, dass der Rechtsrat frisches Geld lockergemacht hat. Ich hoffe nur, dass es seriös finanziert ist und nicht nur virtuell; man weiß bei diesen Löchern zurzeit ja nie, was man glauben soll.

(Beifall bei der GAL)

Für die Schulen in freier Trägerschaft sind 5 Millionen Euro pro Jahr Erhöhung des Schülerkostensatzes möglich. Sie haben dadurch eine Perspektive und das ist gut so. Sie gleichen allerdings, wie schon gesagt, im nächsten Jahr nur die höheren Schülerzahlen mit aus und müssen die Kürzungen im staatlichen Schulwesen damit abdecken. Die Bugenhagen-Schule geht beispielsweise leer aus, sie profitiert überhaupt nicht davon. Das muss man als Wermutstropfen deutlich sagen.

Ich möchte hier aber noch einen anderen Aspekt hineinbringen, der in der Debatte noch gar nicht gesagt wurde. Es droht den Schulen in freier Trägerschaft und auch den staatlichen Schulen durch die zentralen Prüfungen der

Schulbehörde eine andere große Gefahr. Die Freiheit der Pädagogik und die Freiheit der Schulen, auf welchem Weg sie vergleichbare Bildungsstandards – also Kompetenzstufen – erreichen wollen, wird durch eine 600-Seiten-Vorschrift für das Zentralabitur total konterkariert. Es soll ein standardisiertes Einheitswissen erzeugt werden. Da schreibt die Schulbehörde genau vor, wann und wie und wie lange Gretchens Faust zu bearbeiten ist. Wenn man dann aktuelle Situationen hat, wie zum Beispiel den Irak-Krieg oder Schülerdemonstrationen, geht das nicht, weil Faust Vorrang hat.

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist wirklich schadel!)

So kann es nicht sein, meine Damen und Herren, das wollen wir nicht. Das hat nichts mit Autonomie von Schule zu tun.

(Beifall bei der GAL)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, tatsächlich die Schulen in freier Trägerschaft wollen und Selbstständigkeit und Eigenverantwortung ernst nehmen, dann machen Sie diese Schulen nicht alle gleichartig durch solche verrückten Prüfungsordnungen, sondern machen Sie sie gleichwertig. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Woestmeyer.

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Goetsch, wenn wir über Bildung reden, wüsste ich schon, was Gretchens Faust ist. Aber das ist wahrscheinlich etwas anderes.

Alle reden über Bildungsvielfalt, alle reden über das Ausprobieren neuer Ideen, alle reden davon, dass sich unsere Schulen ändern müssen. Nur, allein darüber reden, hilft nicht, es muss gemacht werden. Das unterscheidet die einen, die hier darüber reden, von den anderen. Die einen, die hier reden, sind dafür gewählt worden, ein Gesetz zu machen, und sie haben eines gemacht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive: *Bernd Reinert CDU:* So ist es!)

Die anderen, die hier darüber geredet haben, sind dafür abgewählt worden, weil sie kein solches Gesetz gemacht haben.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich darf daran erinnern, dass die SPD in ihrer Regierungszeit zu diesem Bereich ein Gesetz gemacht hat, zu dem wir in der öffentlichen Anhörung im Schulausschuss von einer engagierten Mutter gehört haben, das einzig Gute war der Name "Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft" statt "Privatschulgesetz", der Rest war schlecht. Ich sage Ihnen, der Rest war eine Katastrophe.

(Günter Frank SPD: Das können Sie gar nicht beurteilen!)

Der Rest war eine Gefahr für die Bildungsvielfalt unserer Stadt. Das alte Gesetz hat die katholischen Schulen, die Waldorfschulen und viele andere nicht staatliche Schulen an den Rand des Ruins getrieben.

A (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Elke Thomas CDU: Genau!*)

Ich habe mich früh um dieses Thema gekümmert. Gleich nach der Wahl bin ich bei den Schulen, bei den Eltern, bei den Lehrern gewesen. Mein Eindruck war, dass sich in den Jahren zuvor, zu rotgrünen Zeiten, keiner der 54 damaligen SPD-Abgeordneten dort hat blicken lassen. Nie hat jemand sehen wollen, welche pädagogischen Konzepte hier zur Bildungsvielfalt unserer Stadt beitragen.

(*Luisa Fiedler SPD: Unsinn!*)

Nie hat jemand von Ihnen sehen wollen, mit wie viel Engagement hier Schulleitung und Lehrer unter erschwerten Bedingungen arbeiten.

(*Ingo Egloff SPD: Woher wissen Sie das? Sie waren gar nicht im Parlament!*)

Es war noch viel schlimmer. Mein Eindruck war auch, dass die Schulen in freier Trägerschaft zu den Zeiten von Frau Raab und Frau Pape unerwünschte Gäste in der Behörde waren. Nie haben Frau Pape und Frau Raab wirklich wissen wollen, in welchem desaströsen baulichen Zustand sich viele Schulen befunden haben. Nie hat jemand von Ihnen einen ernsthaften Versuch gemacht, eine gemeinsame Grundlage für die Finanzierung zu finden. Alles Nichtstaatliche ist Ihnen nicht geheuer. Ich merke das an Ihrem Unmut. Das dürfen Sie ruhig zugeben.

B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Als Liberaler stehe ich für die gegenteilige Auffassung und das heißt für mich: Freie Schulen sind für uns allererstes Thema.

Als Erstes musste den freien Schulen klar sein, dass sie nun einen Partner haben. Dann musste der Behörde klar werden, dass sie nun eine Verpflichtung hat. Dann musste überhaupt erst einmal eine Grundlage für die Berechnung der Finanzierung gefunden werden. Die freien Träger sprachen zu rotgrünen Zeiten von unter 50 Prozent, die sie bekamen. Frau Pape und Frau Raab sprachen von 68 Prozent. Jetzt haben endlich alle gemeinsam gerechnet und der errechnete Wert liegt natürlich viel näher an dem, was die freien Träger errechnet haben und nicht, was ihre damalige Behörde errechnet hat. Jetzt gibt es einen Gesetzentwurf, der liegt nicht bei 50 Prozent, nicht bei 68 Prozent, sondern bei 85 Prozent, und das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Hamburg wird damit zum Vorbild für eine Bildungslandschaft, die auch für nicht staatliche Bildungsanbieter interessant wird. Das ist die wachsende Stadt im Bildungsbereich.

Die SPD hat vor Wochen davon geredet, dieses Gesetz – so es denn kommt – würde sie in ihrer nächsten Regierungszeit – so sie denn kommt – nicht rückgängig machen. Das war Ihre erste Ankündigung. Jetzt hieß es sogar, man würde dem Gesetz sogar zustimmen. Egal, was Sie machen, ich werde Sie immer daran erinnern, was Sie nicht gemacht haben, und ich werde Sie auch

immer daran erinnern, mit welcher dritten Reihe Sie hier Ihren Debattenbeitrag zu dem Thema versemelt haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Lange.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Noch-Senator!*)

Senator Rudolf Lange: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über eine der vielen, wesentlichen Reformen im Bildungsbereich, und zwar eine, die unmittelbar vor ihrem Abschluss steht.

Ich komme gerade aus Berlin vom Reformgipfel der Unions- und FDP-Länder, denn schon ab morgen werden im Vermittlungsausschuss Entscheidungen von höchster Bedeutung für die Zukunft unseres Landes gefällt werden.

(*Heike Opitz GAL: Ist das peinlich!*)

Deutschland hat nur eine Chance, aus der tiefen Krise wieder herauszukommen, die sich auch auf Hamburg und die Finanzen in Hamburg drastisch auswirkt, nämlich wenn umfassende Reformen in allen Bereichen mutig angepackt werden.

(*Ingo Egloff SPD: Hoffentlich mischen Sie sich da nicht ein!*)

Das haben die Wirtschaftsweisen gerade festgestellt und haben im Übrigen auch dazu gesagt, dass der Bundesfinanzminister in diesem Zusammenhang eine seltsame Rolle spielt, indem er Sprunghaftigkeit nachweist.

(*Barbara Duden SPD: Sprechen Sie doch mal zum Thema!*)

Warum erwähne ich das? Die von mir verantwortete Bildungspolitik, die im Koalitionsvertrag festgelegt ist,

(*Günter Frank SPD: Ein Chaos!*)

hat weitreichende Reformen und ist von Reformen geprägt, die dringend notwendig waren, um die Hamburger Bildungspolitik wieder nach vorne zu bringen. Dass bei solchen Reformen auch manches nicht so läuft wie vorgesehen,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Alles!*)

habe ich feststellen müssen und das bedauert niemand mehr als ich.

(*Michael Neumann SPD: Der Bürgermeister bereut es noch mehr, Sie berufen zu haben! Übernehmen Sie doch mal Verantwortung! Persönlich, für das, was Sie nicht gemacht haben!*)

Bei diesen Reformen stehen mehr Autonomie, mehr Flexibilität, mehr Kreativität, vor allen Dingen aber auch mehr Eigenverantwortung und klare Standards im Vordergrund. Vieles davon wird bei den Schulen in freier Trägerschaft bereits verwirklicht. Diese Schulen sind nicht nur eine Bereicherung der Landschaft, wie es hier eben gesagt wurde, nein, diese Schulen haben in vielerlei Hinsicht Vorbildfunktion. Ob bei dem Thema Schule schwänzen, zu dem wir im Übrigen gerade mit der Innenbehörde Gespräche führen, um es auch an den anderen Schulen einzudämmen, ob bei dem Thema Einhalten von Werten und Normen, bis hin zu Eigentumsdelikten, all das ist in allen Privatschulen besser geregelt als an vielen

- A öffentlichen Schulen, und zwar egal, ob in Othmarschen, in der City oder in Wilhelmsburg.

Wir werden später noch über den SPD-Antrag "Mehr Eigenständigkeit für Hamburgs Schulen!" debattieren. Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ein Großteil dessen, was Sie in Ihren Anträgen fordern, längst Hamburger Politik ist

(Zurufe)

und natürlich auch für die Schulen in freier Trägerschaft gilt. Mit dem neuen Schulgesetz haben wir zum 1. August dieses Jahres den einzelnen Lehrern und den Schulleitungen mehr eigenständige Autorität und mehr Eigenverantwortung gegeben. Mit den neuen Bildungs- und Rahmenplänen für alle Schulformen und -stufen legen wir vergleichbare Standards fest und heben das Niveau. Mit dem neuen Lehrerarbeitszeitmodell haben wir die Lasten gerechter verteilt und die Schulleiter quasi zu eigenständigen Zeitmanagern ihrer Schule gemacht. Mit dem Vorschlag für 88 neue Ganztagschulen werden wir schon im nächsten Jahr über 126 Ganztagschulen in Hamburg verfügen können. Bis 2007 sollen es 150 Schulen im Ganztagsangebot werden, also mehr als jede dritte Hamburger Schule. Mit dem Modell "Stiftung Berufliche Schulen", das wir mit der Wirtschaft gemeinsam entwickelt haben, werden wir im kommenden Jahr die berufliche Bildung optimaler, bedarfsgerechter und flexibler machen und damit auch für mehr Lehrstellen sorgen.

Mit der Untersuchung des Sprachstands der Kinder, ein- einhalb Jahre vor der Einschulung, werden wir die nötige frühe Sprachförderung angehen. Mit unserem neuen Projekt "Englisch in der ersten Klasse" und den beiden bilingualen Schulaktivitäten in den Sprachen Türkisch und Chinesisch erweitern wir die Fremdsprachenangebote erheblich.

B

Mit der Ausdehnung des Projekts "LERN-WERK" der "Zeit"-Stiftung von acht auf 25 Hauptschulen werden bald die Schulabgänger fast jeder dritten Hamburger Hauptschule schon vor den Abschlusszeugnissen in engem Kontakt mit ihren potenziellen Ausbildungsbetrieben stehen, etwas, was früher nicht der Fall war. So können wir die großartige Vermittlungsquote dieses Projekts von rund 50 Prozent auf möglichst viele Schüler ausdehnen.

(Jens Kerstan GAL: Sagen Sie doch mal etwas zu den Kitas!)

Schließlich liegt mir besonders am Herzen, in enger Zusammenarbeit mit dem Club of Rome voraussichtlich schon ab dem nächsten Schuljahr einen Schulversuch zu starten, mit vor allen Dingen zwei Kernpunkten: Eine Vielzahl von möglichst individuell zugeschnittenen Entwicklungsmöglichkeiten für den einzelnen Schüler und größtmögliche Autonomie der Schule, auch, was die Ressourcenverwendung angeht. Wir laden die Schulen in freier Trägerschaft herzlich ein, sich daran zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war natürlich klar, dass Frau Goetsch sich hier hinstellen würde und uns nach fünf Beratungen im Schulausschuss jetzt sagen würde, was sie in fünf

Beratungen nicht gesagt hat, nämlich, was sie selber zu dem Thema meint und dass sie in der Tat auch etwas einzubringen hat. Das ist wunderbar, Frau Goetsch.

C

(Christa Goetsch GAL: Ich lasse mich nicht provozieren!)

Ich zitiere die 16. Wahlperiode, 103. Sitzung, 11. Juli 2001, zur Einbringung des letzten Privatschulgesetzes, als Sie mitregiert haben und Senatorin Pape die Verantwortung im Bereich der Schulpolitik getragen hat.

Auf der Seite 5276 – für die, die es nachlesen wollen – findet sich folgender Beitrag von Frau Goetsch zur damaligen Zeit:

"Weiter zur CDU, zu Ihnen, lieber Herr Beuß. Ich wollte auch ... ansprechen, wie ehrlich es mit Ihren Versprechungen ist, mit der 80-Prozent-Förderung. Das muss man wirklich einmal deutlich sagen. Sie wollen mehr für den Straßenbau ausgeben, Sie wollen für die Justiz mehr Stellen, für die staatlichen Schulen mehr Stellen. Das sind nicht ein paar Millionen DM ..., ich habe ein paar Hundert Millionen DM ausgerechnet. Das ist unredlich. Und diese Hunderte von Millionen DM werden Sie nicht durch den Verkauf der Landesbank bekommen. Sie springen da auf den Zug auf, und die Finanzierung ist Ihnen anscheinend wurscht."

(Ingo Egloff SPD: Das stimmt gar nicht!)

Meine Damen und Herren! Das ist die Meinung der Grünen gewesen, als sie mitregiert haben. Ihnen war sie wurscht. Dieses Mal, wo wir eine Finanzierung für die Privatschulen auf die Beine stellen und sagen, dass es uns wichtig ist, dass wir sie durchgesetzt haben, da kommen Sie mit irgendwelchen Kleinigkeiten und pädagogischen Konzepten und äußern sich zu dieser Tatsache nicht im Ausschuss.

D

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Ingo Egloff SPD: Wo haben Sie das denn finanziert!)

Das ist unredlich, meine Damen und Herren, und das ist entlarvend für die Grünen, denen nämlich die inhaltliche und die finanzielle Ausstattung der Privatschulen in fünf Sitzungen des Schulausschusses so egal war, dass Sie nicht ein einziges Mal etwas zur Sache gesagt haben. Und das, meine Damen und Herren, ist wirklich unglaublich und das nimmt Ihnen auch keiner ab.

Ich möchte darauf hinaus, wo ich vorhin angeknüpft habe, dass es darum geht, dass wir zum ersten Mal die Finanzierung für die Privatschulen nachhaltig wirklich auf eine redliche Basis gestellt haben. Wie war es die Jahre davor? Auf der einen Seite, und zwar noch in der letzten Legislaturperiode, wurden großzügig Zuschläge für den so genannten förderfähigen Bauaufwand gewährt, auf der anderen Seite wurden die Privatschulen aber beschnitten, indem Beiträge kassiert wurden. Die Förderung der Schulen wurde unter dem Strich nicht verbessert. Mit dem letzten Privatschulgesetz hat die SPD die Chance verpasst, die Fördersystematik bei Privatschulen zu verbessern, indem sie die Höhe der Kostendeckungsgrade insgesamt in der Breitenspanne von 49 und 73 Prozent auf ein einheitliches Maß gesetzt hat, das den Schulen erlaubt, einen entsprechenden Unterricht zu machen und eine Förderung so zu gestalten, dass die Kinder in der Tat auch in die Schulen gehen können und die Eltern nicht massiv belastet werden.

- A Frau Goetsch, Sie haben angesprochen, dass sich eine Schule, die Bugenhagen-Schule, von 44 Privatschulen nicht verbessert. Das ist faktisch völlig richtig. Es bleibt auf der anderen Seite aber festzustellen, dass sich 43 Schulen verbessern. Was Sie bei der ganzen Systematik vor allem auch vergessen haben, ist, dass der Förderansatz so aussieht, dass ein Anreiz dazu besteht, dass neue Privatschulen in dieser Stadt, wenn sie gegründet werden wollen, sich auch gründen können. Das heißt, das Gesetz fördert unter dem Strich auch, dass neue Privatschulen in Hamburg entstehen und das trägt aus meiner Sicht wirklich zu einer Flexibilisierung und zu einer transparenten Erweiterung der Schullandschaft in Hamburg bei.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Christa Goetsch GAL*: Keine Angst, Sie können mich nicht provozieren!)

Meine Damen und Herren! Ich hatte in meinem ersten Beitrag ausgeführt, welche anderen Länder – Nordrhein-Westfalen zum Beispiel oder Mecklenburg-Vorpommern, SPD-regiert – ihre Privatschulförderung zusammenstreichen. In Hamburg haben wir es die letzten Jahre erlebt. Ich möchte mit einigen Punkten auch noch einmal hier im Parlament deutlich machen, was wir anhand der fünf geführten Debatten im Schulausschuss an Ergänzungen auch aufgenommen haben. Es ist ja nicht so, zu erwarten, dass wir einen Gesetzentwurf vom Senat haben, den wir ohne Änderungen beschließen. Wir haben wesentliche Änderungen aufgegriffen und ich möchte sie aus Zeitgründen nur in Kürze nennen:

- B Wir werden einen Ergänzungsantrag einbringen, der auch den Titel des Gesetzes ändert, der dem Titel, den die Privatschulen wollten, Rechnung trägt und wir wieder von Privatschulen sprechen. Ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben mit dem Änderungsantrag, den wir einbringen werden, dafür gesorgt, dass auf der Zahlenseite eigene Einnahmen erhöht werden, ein Punkt, der im eigentlichen Gesetzentwurf in dieser Höhe noch nicht deutlich war. Die Privatschulen haben darum gebeten, eigene Einnahmen bis zu 20 Prozent der staatlichen Schülerkostensätze erzielen zu dürfen, damit sie von Jahr zu Jahr flexibler handeln und auch entsprechend besser kalkulieren können. Wir haben dieses geprüft und werden zum ersten Mal ebenfalls Privatschulen gestatten, dass eigene Einnahmen bis zu 20 Prozent möglich sind.

Wir haben darüber hinaus die Übergangsregelung für private Sonderschulen, ein Punkt der ebenfalls den privaten Sonderschulen sehr, sehr wichtig war, für Übergangsjahre 2004 und 2005 so gestaltet, dass diese Schulen entsprechend eine steigende staatliche Finanzhilfe bekommen, damit ihr besonderer Bildungsauftrag nachhaltig gesichert ist. Auch dieses ist ein Punkt, wo wir ganz individuell auf die Situation der privaten Sonderschulen in unserer Stadt eingegangen sind.

Abschließend, meine Damen und Herrn, ist es aus der Sicht unserer Fraktionen ein großer Wurf, davon kann man in der Tat sprechen, und ich hätte mir gewünscht, dass einige Anregungen von denen, mit denen Sie jetzt hier in ziemlich pffiffiger Manier nachkarten wollen, von Ihnen im Ausschuss gekommen wären. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, das Überschreiten der Redezeit berechtigt nicht, die Wortwahl laxer zu gestalten.

Dann bekommt der Abgeordnete Woestmeyer das Wort.

Martin Woestmeyer FDP: Das kommt jetzt ein bisschen überraschend, weil normalerweise nach der CDU zunächst einmal die SPD kommt und die Grünen reden auch. Man hat ja auch gemerkt, in welcher unterschiedlichen Qualität Sie reden. Während mit Ihrer Rede, Frau Fiedler, wenigstens ein ehrliches Desinteresse dokumentiert wurde,

(*Luisa Fiedler SPD*: Das ist Ihre Schuld! – *Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Das Desinteresse können Sie auf der Seite sehen!)

und Sie dreieinhalb Minuten dafür verwendet haben, nichts zum Thema zu sagen, kam dann ein gequältes Ja, was wir Ihnen einfach nicht abnehmen können. Von der GAL kam wenigstens eine klare Ansage, dass man sich doch bemüht hätte, dass man sich aber damals nicht hätte durchsetzen können und jetzt versucht, sich durchzusetzen.

(*Michael Neumann SPD*: Geben Sie doch einfach zu, dass Sie über das dritte Thema nicht reden wollen!)

– Nein, ich merke nur, dass Ihnen das Thema nicht recht ist, Herr Neumann. Herr Neumann, es ist völlig ersichtlich, dass Ihnen dieses Thema unangenehm ist. Deshalb reden Sie zu diesem Thema nicht und schicken hier nur die dritte Reihe in die Bütt und das lassen wir uns nicht bieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Außerdem sitzen Sie auch in der dritten Reihe!)

Lassen Sie mich zum Thema noch einmal sagen, dass ich es für ein hervorragendes Beispiel von Bürgersinn und Bürgerengagement halte.

(Zurufe – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Es kann nicht sein, dass jeder hier im Hause Woestmeyer heißt und nur Letzterer hat das Wort.

(*Ingo Eglhoff SPD*: So möchte ich auch gar nicht heißen!)

Martin Woestmeyer (fortfahrend): Aus meiner Sicht ist das, was jetzt zu diesem Gesetzentwurf geführt hat, ein hervorragendes Beispiel von Bürgersinn und Bürgerengagement. Nachdem man sich zu rotgrünen Zeiten hat bieten lassen müssen, dass man einen Finanzierungsgrad aufgezwungen bekommt, der ganz offensichtlich unter 50 Prozent und nicht, wie selbst behauptet, bei 68 Prozent lag,

(*Michael Neumann SPD*: Man sieht es Ihnen an, wie schwer es Ihnen fällt, die Zeit rumzubekommen!)

hat man versucht, sich mit Demonstrationen, mit Eingaben an Sie zu wenden. Sie haben kurz vor der Wahl noch einmal die Kurve gekriegt, Herr Neumann. Da haben Sie

A plötzlich, wenige Wochen vor der Wahl, angefangen, die Millionen rauszutun. Wir haben damit nicht aufgehört. Wir haben mit dem Sonderinvestitionsprogramm gleich zu Beginn unserer Legislaturperiode dafür gesorgt, dass sich im Bereich des desaströsen baulichen Zustandes der Schulen in freier Trägerschaft umgehend etwas ändert. Wir haben umgehend dieses Gesetzesvorhaben in Angriff genommen. Sie haben gesagt, es hätte zwei Jahre gedauert. Sie wissen selber, wie lange es dauert. Wir sind sehr froh, dass wir schon in der Mitte der Legislaturperiode diesen versprochenen Gesetzesentwurf vorlegen konnten, den Sie nicht hinbekommen haben. Sie haben es nicht geschafft, was wir jetzt gemacht haben, und ich verstehe sehr wohl, dass Ihnen das sehr unangenehm ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht mehr so ganz mein Aufgabengebiet,

(Lachen und Beifall bei der SPD und der GAL)

aber es hat damals doch sehr viel Herzblut gekostet, sehr viele anstrengende, auch ins Persönliche gehende Debatten gegeben.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist hier keine Selbst-erfahrungsgruppe, sondern ein Parlament!)

Deswegen erlauben Sie mir zwei, drei, vier kleine Fußnoten zu dieser Debatte.

B (*Barbara Duden SPD:* Sie können uns nicht locken!)

Ich bin auch sehr erstaunt darüber, dass sich die Opposition in der zweiten Runde – vielleicht tut sie es ja gleich noch – überhaupt nicht zu Wort meldet. Das ist für mich ein Indiz dafür, dass die Halbherzigkeit, mit der Sie mit dem Thema umgehen, hier wohl ganz offensichtlich auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich bin, Frau Fiedler, erstaunt darüber, welche Kehrtwendung die SPD in dieser Frage in den letzten 24 Monaten, vielleicht waren es ein paar mehr, vollzogen hat.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Entwicklung!)

Blieben wir einmal bei den kirchlichen Trägern und somit auch bei den kirchlichen Botschaften. Sie haben sich vom Saulus zum Paulus entwickelt, aber abkaufen tue ich Ihnen das überhaupt nicht, was Sie hier gesagt haben. Dazu haben Sie damals viel zu sehr gemauert.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD:* Ihr Problem!)

Das ist ein Nachklappen, liebe Kollegen von der SPD, was Sie hier heute machen, weil Sie wissen, dass Sie damals nicht dieses Gespür dafür hatten, im Gegensatz zu Frau Goetsch, die ich in dieser Debatte wirklich ausnehmen möchte. Frau Goetsch hat damals sehr versucht, sich für die Schulen in freier Trägerschaft einzusetzen, konnte sich aber leider Gottes nicht durchsetzen. Das war für Sie ein großes Problem. Aber letztlich konnte sich

C auch in der SPD keiner richtig durchsetzen. Ich hatte das Gefühl, dass der damalige Fachsprecher die Philosophie hatte, lieber haben wir die staatlichen Schulen und das Andere, das Konfessionelle und so weiter, das liegt nicht auf unserer ideologischen Linie und deswegen verzichten wir darauf, hier weiter zu fördern. Das war eben genau der verkehrte Weg und, ich glaube, ein Großteil der Eltern, die diese Haltung damals bemerkt haben, haben Ihnen damals auch die Quittung dafür verpasst.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, so schnell, wie Sie Ihr Hemdchen in dieser Frage gewechselt haben, so schnell kann man das Hemd gar nicht wechseln. Für mich ist das auch ein Indikator dafür, dass Sie hier noch gar nicht richtig in der Opposition angekommen sind,

(Oh-Rufe bei der SPD)

sondern hier einfach auf Zeitgeist spielen und das, was Sie vor Monaten noch als wahre Message verkauft haben,

(*Michael Neumann SPD:* Sie sprechen jetzt über den LBK-Verkauf, oder?)

heute mehr oder weniger dürtig versuchen, damit zu verteidigen, dass Sie sagen, okay, wir stimmen der Sache zu, wir finden aber auch hier und da noch ein paar kleine Dinge, die uns nicht passen. Das ist unredlich und ich glaube, sagen zu können, dass das draußen auch nicht ankommt. Das haben die Leute nicht vergessen, wie Sie damals in dieser Frage taktiert haben.

D Sie haben damals die falsche Priorität für die Privatschulen gesetzt und – das ist hier schon erwähnt worden – letztlich nur Verfassungsgerichtsurteile exekutiert, sonst hätten Sie sich um die Sache überhaupt nicht gekümmert. Aber das Gemeinste an der ganzen Geschichte war, dass Sie gesagt haben, dass das Ganze – und das hat Frau Pape auch immer deutlich gesagt – ein Nullsummenspiel bleiben muss. Das heißt, Sie sollten für die Baukosten mehr Geld ausgeben, ergo, haben Sie gesagt, machen wir, kürzen wir dann aber bei den Personalmitteln. Damit haben Sie letztlich die Privatschulen in den Schwitzkasten genommen und das ist eine sehr, sehr schlimme Situation gewesen, von der wir gesagt haben, das machen wir so nicht mit.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, wie Sie sozusagen auf den letzten 100 Metern vor der Wahl versucht haben, dieses Gesetz mit der Brechstange durchzupauken. Das war demokratischen Parteien nicht würdig, wie das damals mit dem Privatschulgesetz in der Bürgerschaft abgelaufen ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die größte Blamage für mich war eigentlich, dass dann, kurz bevor das Gesetz verabschiedet werden sollte, gesagt worden ist, wir Regierungsfraktionen geben noch einmal 2 Millionen DM dazu. Das reichte hinten und vorne nicht und hat auch die Gemüter nicht beruhigt. Aber dann kam die Reißleine des damaligen Ersten Bürgermeisters, Ortwin Runde. Dem war nämlich Folgendes passiert: Der war in der "Fabrik" zu einer Veranstaltung der SPD. Da ging es um ein Schüler-Band-Treffen. Da hat er doch wirklich in aller Öffentlichkeit gesagt, er hätte mit drei Schülern gesprochen und die hätten ihn davon über-

- A zeugt, dass er noch mal mindestens 20 Millionen DM nachlegen muss. Das war unredlich und das ist auch so angekommen. Ich denke, bewegen Sie sich in dieser Frage jetzt weiter und versuchen Sie, dieses Gesetz mitzutragen, aber auch mit Leben zu füllen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite Thema auf, und zwar

Standortpolitik – Die Stadt Berlin gefährdet Hamburger Arbeitsplätze

Wird das Wort gewünscht? – Es handelt sich um ein Thema, das von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive angemeldet worden ist. Der Abgeordnete Rutter meldet sich und bekommt dann auch das Wort.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Berlin braucht Hamburg und Hamburg braucht Berlin. Das heißt aber nicht, dass das Verhältnis frei von Konkurrenzen ist. Die Konkurrenzen erstrecken sich unter anderem auf das An- und Abwerben von Unternehmen und da fängt es an, uns dann keinen Spaß mehr zu machen. Bis zu 28 Prozent der Investitionssumme darf Berlin an Fördergeldern für Unternehmensansiedlungen zahlen. Meine Damen und Herren, das ist so, als würde man ein Auto kaufen wollen und ein Händler hätte die Möglichkeit, 28 Prozent Rabatt zu geben und der andere leider keinen. Damit ist es also schon etwas schwierig, dort zu konkurrieren.

B

Was folgt daraus? Im Frühjahr 2001 war es der Musikkonzern Universal. Da waren es ungefähr 20 Millionen Euro, die von Berlin geboten worden sind. Hamburg hat günstige Grundstücke dagegensetzt und maximal 200 000 Euro. Das sind die Größenordnungen, an denen man sieht, wie ungleich das mittlerweile verteilt ist. Im Frühjahr 2002 war es der Angriff auf das Musicalunternehmen Stella, wo auch wieder Berlin mit gewaltigen Finanzmitteln eingestiegen ist, um zu zeigen, dass es leistungsfähiger ist. Jetzt haben wir das gleiche Problem mit Warner Music. Angebote an attraktiven Flächen in historischen Gebäuden, in zentraler Lage in Berlin, eine eigene Abteilung im Arbeitsamt zur Rekrutierung geeigneter Mitarbeiter, garantierte Kindergartenplätze, Beteiligung an den Umbaukosten, das sind alles Nebenleistungen, die von Berlin erbracht werden können, die wir in unserer Freien und Hansestadt Hamburg nicht erbringen können.

Meine Damen und Herren! Das ist Subventionsmissbrauch in Reinkultur. Die alte Känguru-Weisheit sagt, wer den leeren Beutel hat, macht die größten Sprünge und das ist genau Berlin in diesem Fall. Solche Praktiken verderben die guten Sitten. Die Folge davon ist nämlich, dass man immer am äußersten Rand seiner Möglichkeiten ist, auch wir. Wenn ein Konkurrenzunternehmen immer mit größeren Mitteln lockt, weiß man, dass derjenige, der daran interessiert ist, nur das Wort in den Mund nehmen muss: "Was gibt es denn dazu?" und schon sind wir auf der schwachen Seite und versuchen, alle unsere Möglichkeiten auszuschöpfen. Das ist im Wirtschaftsleben, im Handelsleben ganz genauso und das ist fatal,

wenn man mit seinen Subventionsmöglichkeiten ständig an der äußersten Grenze bleibt.

C

Fördermittel werden vergeben, um neue Unternehmen anzusiedeln, um ihnen eine Starthilfe zu geben. Aber was da gemacht wird, ist in etwa so, als würde man Fördermittel für den Bau von Sozialwohnungen anfordern und sich einen vermieteten Häuserblock kauft. Das ist nicht der Sinn der Sache von Fördermitteln.

Meine Damen und Herren! Was machen die roten Klaubrüder da? 214 Millionen Euro haben sie für das laufende Jahr zur Verfügung und schreien immer noch, dass das viel zu wenig ist. Wenn man sich die Stadt in Berlin ansieht, wie die verkommt bei alledem, dann muss man sagen, die Politik, die die Leute dort machen, ist eine falsche Politik. Lasst uns bitte gemeinsam daran arbeiten, dass wir unsere Stadt Hamburg so schön und leistungsfähig behalten und dass wir unser Geld zusammenhalten und nicht eines Tages in der Situation sind, in der jetzt die Stadt Berlin ist, die nämlich pleite ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rutter hat natürlich Recht mit seiner Kritik an der Art und Weise, wie das Bundesland Berlin versucht, Unternehmen in Hamburg abzuwerben. Ein Bundesland, das selbst 35 Milliarden Euro vom Bund verlangt, um sein Haushaltsdefizit auszugleichen und am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt, macht sich unglaublich, wenn mit Geschenken in Millionenhöhe versucht wird, aus anderen Städten Unternehmen abzuwerben.

D

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, es genügt nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern man muss auch seine eigene Standortpolitik auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer von sich sagt, er wollte das unternehmerfreundliche Klima der Republik schaffen, der muss seinen Worten auch Taten folgen lassen, und dann wollen wir uns mal die einzelnen Bereiche angucken, zum Beispiel den Bereich Medienpolitik.

Der Wirtschaftssenator dieser Stadt sagt, er habe kein Geld, um bei Universal oder Warner mithalten zu können. Im Übrigen wolle er dieses auch nicht, weil das nicht seinen ordnungspolitischen Vorstellungen entspricht. Aber dann müssen doch wenigstens die Rahmenbedingungen stimmen, meine Damen und Herren. Man kann doch nicht, wie zum Beispiel in den letzten Tagen bei dem Filmplakat im Hafen geschehen, das für diesen Russel-Crowe-Film wirbt,

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ich wusste, dass das kommt!)

dahergehen und dieses Plakat verbieten. Wenn man sich derart provinziell verhält, dann muss man sich doch nicht wundern, wenn nicht nur ganz Deutschland über uns lacht, sondern dass eine Stadt wie Berlin sofort die

- A Chance wittert, in dieser Frage einzustechen und Hamburg diese Veranstaltung wegzunehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Diese bürokratische Posse erinnert – und ich sage das hier am 80. Geburtstag von Lorient – ein bisschen an das, was er in seinen Sketchen darstellt.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kruse?

Ingo Egloff (fortfahrend): – Nein, gestatte ich nicht.

Wenn es rechtliche Probleme gibt, meine Damen und Herren, dann muss man diese lösen und hier nicht in bester Beamtenmentalität versuchen, so etwas durchzuziehen. Nicht die Stadt Berlin gefährdet in solch einer Situation die Arbeitsplätze in Hamburg, sondern das Verhalten der Senatoren Mettbach und Uldall.

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was für ein Blödsinn!*)

Von Herrn Senator Uldall hätte ich erwartet, dass er sich hier für den Filmstandort Hamburg einsetzt und Herrn Mettbach sagt, so geht es nicht. Das hätte ich von ihm erwartet und das ist nicht erfolgt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Egloff, Sie haben keine Ahnung!*)

B

Meine Damen und Herren! Ein anderer Teil der Standortpolitik ist das Thema Industriepolitik. Wir haben in der letzten Sitzung über das Thema Werftenhilfe, über den Werftenstandort Hamburg, über den Erhalt von 3000 Arbeitsplätzen gesprochen. Was passiert denn hier nun? Gibt es einen Antrag des Senats? Gibt es einen Antrag der FDP, wie Herr Müller-Sönksen vollmundig verkündet hat?

(*Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sprechen Sie mal zum Thema! Es geht darum, dass Berlin Arbeitsplätze abwirbt!*)

– Nein, es geht darum, Arbeitsplätze in dieser Stadt zu erhalten. Wenn man eine falsche Standortpolitik macht, wie zum Beispiel beim Thema Werftenhilfe, die dieser Senator zu verantworten hat, dann muss das hier an dieser Stelle gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Bürgermeister dieser Stadt ist aufgefordert, seinen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Wenn er sich hinstellt und sagt, diese Stadt würde in gleicher Art und Weise ihre Werften fördern wie die anderen Bundesländer, dann muss er dieses auch tun und dann muss er sagen, das passiert ohne Eingriff in die Tarifautonomie und dann muss er den Wirtschaftssenator zur Ordnung rufen und das erwarte ich auch von ihm, dass das endlich passiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Ein letztes Beispiel ist das Thema HafenCity. Wenn Sie am 5. Juni 2003 in die Immobilien-Zeitung geguckt haben und dort einen Investor

zitiert finden, der da sagt, wenn ich gewusst hätte, worauf wir uns hier einlassen, dann hätte ich mir das noch überlegt, dann ist das auch ein Alarmsignal.

Worum geht es? Es geht darum, dass bei der Baumaßnahme am Sandtorkai ständig neue Bedenken irgendwelcher Behörden auftauchen, 33 Sitzungen des Koordinationsausschusses erforderlich waren, bevor das Unternehmen gesagt hat, wir machen hier nicht mehr weiter. Das, meine Damen und Herren, ist keine anständige Standortpolitik. Dort gilt es, andere Maßstäbe zu setzen. Wer sagt, er will das wirtschaftsfreundlichste Klima in dieser Stadt haben, der muss auch dafür sorgen und das tut dieser Senator nicht.

(*Holger Kahlbohm SPD: War Herr Lange auch da beteiligt?*)

Meine Damen und Herren! Wer mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, der muss immer bedenken, dass drei Finger auf ihn selber zurückzeigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es ist doch immer wieder komisch, dass man so unterschiedliche Sichtweisen hat.

(*Britta Ernst SPD: Gesichtszüge!*)

– Ja, das auch.

Einige Punkte von Herrn Egloff wird sicherlich unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Herr Dr. Mattner, nachher noch aufgreifen. Meine Damen und Herren, Wettbewerb ist das wesentlichste Element der Marktwirtschaft. Ohne Wettbewerb gibt es keine Innovation, gibt es kein Wachstum, gibt es keine Beschäftigung.

Doch dieses System kann eben nur funktionieren, wenn sich die Wettbewerber an faire Regeln halten, die der Staat zu formulieren und auch zu überwachen hat.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Das ist in diesem Fall geschehen!*)

Gleiches gilt für die Städte und Gemeinden, die untereinander im Wettbewerb um Steuereinnahmen und Arbeitsplätze stehen.

Hamburg und Berlin stehen seit der Wiedervereinigung aufgrund ihrer relativen Nähe zueinander in einem direkten Wettbewerb. Dieser Wettbewerb ist vom Grundsatz her natürlich wünschenswert. Doch seit einiger Zeit verhält sich Berlin alles andere als fair und hat gleich mehrmals mit gezinkten Karten gespielt. Aktuelles Beispiel – das hat Herr Rutter schon erwähnt – ist der Umzug von Warner Music nach Berlin. In diesem Falle lockt Berlin wieder mit Staatsgeldern, wie die Stadt schon Universal Music und BMG Music hingelockt hat. Möglich ist dieser unfaire Wettbewerb eben nur durch die EU-Richtlinie, die Berlin, wie alle anderen neuen Bundesländer, als arme Region Europas einstuft und damit der Stadt Berlin die Subventionierung von Unternehmensinvestitionen bis zu 30 Prozent ermöglicht, wo wir gerade man 100 000 Euro geben können.

(Glocke)

C

D

A **Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

Barbara Ahrons (fortfahrend): Nein.

Gefördert werden selbst Investitionen rund um den Potsdamer Platz in Berlin-Mitte. Das ist das pulsierende Lebenszentrum von Berlin.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Ehemaliger Osten! Deshalb ist es juristisch korrekt!)

Hamburg hingegen zählt nach EU-Definition zu den reichen und gut entwickelten Regionen Europas. Das ist eigentlich auch in unserem Sinne, aber ab und zu ist es nicht ganz gerecht.

Die intensiven Bemühungen Berlins um Ansiedlungen neuer Unternehmen sind natürlich verständlich, aber die Form ist nicht akzeptabel, denn, meine Damen und Herren, abgesehen von der politischen Stilfrage ist die Abwerbung eines Unternehmens aus Hamburg volkswirtschaftlich gesehen ein Nullsummenspiel. Hier werden Steuergelder ausgegeben unter dem Deckmantel von Investitionsförderung, die im Ergebnis eben nicht zu mehr Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen führen. Es werden nur Steuereinnahmen und Arbeitsplätze von Hamburg nach Berlin verlagert. In diesem Falle zeigt sich doch, wie widersinnig manchmal die europäische Investitionspolitik sein kann. Viel besser und vernünftiger wäre es doch, durch eine zielgerichtete Investitionsförderung neue Märkte und Branchen mit Zukunftspotenzial zu erschließen. Spätestens in zwei Jahren wird dieser Subventionsablauf ein Ende haben. Dann wird die gegenwärtige EU-Förderperiode 2000 bis 2006 abgeschlossen sein und dann werden neue Spielregeln aufgestellt. In Berlin wird die Realität einkehren und sich zeigen, welche Stadt die besseren Karten im Standortwettbewerb hat. Berlin steht jetzt vor dem finanziellen Bankrott. Nur durch Bundeszuschüsse hat sich diese Stadt bisher über Wasser gehalten. Es wird sich zwangsläufig im Berliner Senat die Erkenntnis breit machen, dass vom Berliner Flair alleine keine Unternehmen nach Berlin gezogen oder in der Stadt gehalten werden. Aber bis dahin dürfen wir natürlich diesem Treiben Berlins nicht tatenlos zusehen, sondern wir müssen handeln und wir handeln auch. Wir setzen hier großes Vertrauen in unseren Senat, der erst in der vergangenen Woche im Fall Beiersdorf sein entschlossenes Handeln unter Beweis gestellt hat, und wir werden hoffen, dass sich vielleicht auch für Warner Music eine Hamburger Lösung finden wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Willfried Maier GAL*: Sollen wir das kaufen?)

Seit dem Regierungswechsel ist Bewegung in die Stadt gekommen und Hamburg ist weiterhin auf dem Weg an die Spitze der europäischen Metropolen. Trotz der gegenwärtigen sehr schwierigen Wirtschaftslage ist der Aufwärtstrend deutlich zu erkennen. Dass die Hamburger einen weiteren Horizont als die Berliner haben, wird an folgendem Beispiel deutlich: Während der Blick der Berliner gerade mal bis Hamburg reicht, sind wir schon wieder einen Schritt weiter voraus. Durch die Gründung der Marketing-Gesellschaft ist eine wichtige Weichenstellung vom Senat vollzogen worden. Eine weltweit angelegte Marketing-Kampagne wird Hamburg als Tor zur Welt

noch bekannter machen und noch mehr Unternehmen nach Hamburg ziehen. C

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Ingo Egloff SPD*: Erst mal das Geld dafür besorgen!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um Verantwortliche zu sehen, die Arbeitsplätze in Hamburg gefährden, müssen Sie nicht jenseits der Grenzen Hamburgs schauen. Sie brauchen sich einfach nur anzusehen, was unser Senator Lange im Kita-Bereich anstellt. Sie finden nicht die Kraft, ihn rauszuschmeißen oder jemanden anderen mit der Aufgabe zu betrauen, der diese auch bewältigen kann. Das hat zur Folge, dass eine ganze Reihe berufstätiger Eltern in dieser Stadt in den nächsten Monaten ihren Job aufgeben müssen, weil sie niemanden mehr haben, der auf ihre Kinder aufpasst. Das zu dieser Debatte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass Sie diese Debatte angemeldet haben, ist nicht nur ein Ablenkungsmanöver, sondern das haben wir auch schon gesehen, als Sie versucht haben, die erste Debatte so weit hinauszuzögern, um das Kita-Thema, das diese Stadt momentan an erster Stelle interessiert, nicht führen zu müssen. Letztendlich ist dies auch ein Beweis dafür, wie dumm dreist Ihre Argumentation ist.

Natürlich ist es so, dass Abwerbungen von Unternehmen volkswirtschaftlich schädlich sind. Bei dem Fall Universal Music haben wir dies in Hamburg schmerzhaft erfahren müssen. D

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Sie haben Herrn Egloff wohl eben nicht zugehört!)

Damals hat der rotgrüne Senat reagiert. Es gab ein Abkommen von Bürgermeister Runde mit Bürgermeister Wowereit, dieses in Zukunft nicht mehr zu tun. Wer unterläuft diese Vereinbarung? Wer hat damit angefangen? Das ist niemand in Berlin, sondern derjenige sitzt hier im Saal: Herr Senator Uldall.

(*Rolf-Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Unglaublich!)

Herr Senator Uldall läuft durch ganz Norddeutschland und versucht, Firmen abzuwerben.

(*Rolf-Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Berlin ist auch Norddeutschland!)

Dann kommen Sie auf einmal an und beschweren sich, wenn das auf Hamburg wieder zurückschlägt und andere Firmen von Berlin abgeworben werden. Darüber können Sie sich wirklich nicht beschweren.

Warum ich das als dumm bezeichnet habe, hat Herr Rutter sehr deutlich ausgeführt. Bei einem Abwerbewettbewerb wird Hamburg immer den Kürzeren ziehen, denn die EU-Richtlinien sind so, dass in Ostdeutschland wesentlich mehr Subventionen gezahlt werden können als in Hamburg. So schmerzlich das für Hamburg ist, aber es hat natürlich durchaus auch einen Sinn, denn wir alle sind – das glaube ich – für die deutsche Einheit. Wer die Situation in Ostdeutschland kennt, weiß, dass diese Länder keine andere Chance haben.

- A Von daher ist es im Hamburger Interesse, einen solchen Abwerbewettbewerb gar nicht erst zustande kommen zu lassen. Insofern ist es unverantwortlich und dumm, dass Herr Senator Uldall ganz viele kleine Klitschen Norddeutschlands nach Hamburg holt, weil er für andere Firmen kein Geld hat; nach EU-Regeln darf er auch keines bezahlen. Darum hören Sie auf, hier heuchlerische Krokodilstränen zu vergießen,

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

dass Berlin jetzt zurückschlägt, sondern legen Sie Ihren Senator an die Kette, bevor er noch weiteres Unheil für die Hamburger Wirtschaft anrichtet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Angebot aus Berlin erleben wir eine perverse Ausprägung des sozialistischen Staatskapitalismus,

(Beifall bei der FPD, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Beifall und Lachen bei der SPD und der GAL)

wie er offenbar nur in den Köpfen der in Berlin mitregierenden Kommunisten weiter vorherrscht.

Nach den unerhörten Millionensubventionen für Universal Music – es ging um circa 40 Millionen D-Mark – ...

- B (Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Gerne, in der Mitte meiner Rede.

(*Michael Neumann SPD:* Signalisieren Sie die Mitte!)

... kommt nun der nächste steuerfinanzierte Generalangriff auf alles, was im Standortwettbewerb noch erträglich ist. Während der dunkelrote Senat in Berlin, der zum Überleben sogar den Bund um Geld anbettelt und – wie wir wissen – deswegen auch verklagen musste, für Großunternehmen mit Staatsknete nur so um sich schmeißt, werden die Elternbeiträge für Kindertagesstätten massiv erhöht. Ich darf nur der Ordnung halber daran erinnern, dass wir in Hamburg die Beiträge um circa 10 Prozent gesenkt haben.

Ich bin kein – als Liberaler ist man es fast doch – Sozialismusexperte, aber ob die Berliner Politik, deren Anhänger im dortigen Senat sitzen, die Millionen Euro für Großunternehmen gibt, aber die Eltern schröpft, die reine marxistische Lehre ist, und deren Anhänger im Berliner Senat sitzen, möchte ich doch eher bezweifeln.

Berlin profitiert in hohem Maße vom Länderfinanzausgleich – zu dem bekennen wir uns auch –,

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Wie kann man denn so einen Stuss reden!)

für den Hamburg als einziger Stadtstaat Geberland ist. Dass Steuergelder massiv dafür eingesetzt werden, Un-

ternehmen aus der Hansestadt wegzukaufen, ist unerhört und eine politische Perversion erster Güte. Damit Sie die Bedeutung meiner Worte auch tatsächlich verstehen: pervertere bedeutet im Lateinischen verdreht, Herr Neumann.

(*Michael Neumann SPD:* Ist jetzt die Mitte der Rede erreicht?)

Wir zahlen in Hamburg selbst den Strick, mit dem uns Berlin stranguliert und uns die Unternehmen aus der Stadt wegzieht.

(*Michael Neumann SPD:* Die schaffen das, Sie schaffen es nicht! Muss erst die PDS nach Hamburg kommen?)

Ich begrüße deshalb, dass sich die Senatoren Uldall und Peiner unmissverständlich in Richtung Berlin geäußert haben und den rotroten Machenschaften entgegengetreten. Mit Standortwettbewerb hat das nichts mehr zu tun, wenn vonseiten des Berliner Senats persönliche Vorteile für das Management versprochen werden, wie zum Beispiel garantierte Kindergartenplätze, aber auch Hilfe der Stadt Berlin zur Beschaffung von Arbeitsplätzen für Angehörige der Spitzenkräfte. Das sind Verhältnisse, wie sie normalerweise in einer Bananenrepublik Usus sind, aber sie sind für einen föderativen Standortwettbewerb nicht erträglich und auch nicht zulässig.

Ich freue mich jedoch, dass der Hamburger Senat nun ein Angebot entwickelt, das jeglicher Konkurrenz standhält. Ich hoffe, dass Warner Music dem süßen Gift der Subventionen aus Berlin widersteht.

Hamburg ist ein hervorragender Medien- und Musikstandort, der sich seine Sympathien nicht erkaufen muss, sondern auch ohne finanzielle Zuwendungen beste Rahmenbedingungen bieten kann. Wir müssen aber auch sehen, wo genau die Ursachen für die Situation um Warner Music liegen.

Die Musikwirtschaft weltweit – insbesondere in Deutschland – hat unter massiven Umsatzeinbußen zu leiden. So werden beispielsweise in der Musikbranche Rückgänge in Höhe von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr beklagt. Für das nächste Jahr wird ebenfalls ein Rückgang im zweistelligen Prozentbereich erwartet. So das "Hamburger Abendblatt" vom 28. Oktober 2003, Seite 23.

(*Farid Müller GAL:* Da haben Sie auch ein bisschen selbst Schuld!)

– Das sind Zahlen, die nicht allein für Hamburg gelten, Herr Kollege Müller. Passen Sie auf, ob das jetzt nicht in Richtung Bundesregierung schießt.

Dies hat das in Hamburg ansässige Unternehmen Warner Music dazu veranlasst, Kosteneinsparungen vornehmen zu müssen, was den Berliner Senat zu dem unverschämten Angebot veranlasst und die Spekulationen angeheizt hat, Warner Music wolle nach Berlin abwandern.

Deutschland ist als ehemals drittgrößter Musikmarkt weltweit auf den fünften Platz abgerutscht und droht sogar, von Italien überholt zu werden. Nach Angaben der Musikindustrie sind vor allen Dingen illegale Downloads aus dem Internet für diese Umsatzeinbußen ursächlich.

(Glocke)

C

D

- A **Vizepräsident Peter Paul Müller** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, zum Schluss zu kommen, denn Ihre Redezeit ist um.

Burkhardt Müller-Sönksen (fortfahrend): Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Ingo Egloff SPD: Am Ende bist du schon!)

Die Filmbranche – so hat es der Vorstand der Filmförderungsanstalt Berlin gesagt – ist existenziell bedroht. Ich denke, dass wir der Filmbranche in Hamburg eine gute Heimat gegeben haben und weiter geben werden. – Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der geschätzte Kollege Egloff hat an den Geburtstag von Lorient erinnert.

(Michael Neumann SPD: Das wollen Sie jetzt auch machen!)

Deswegen möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, Herr Kollege Egloff, dass wir über die Abwerbung von Unternehmen aus Hamburg nach Berlin reden.

(Ingo Egloff SPD: Wir reden über Standortpolitik!)

- B Der vor Ihnen stehende Wirtschaftssenator wird es bei aller Kritik von Herrn Egloff schaffen, die Abwerbeversuche der Stadt Berlin, Blohm + Voss an den Wannsee zu verlegen, in jedem Fall zurückzuweisen und dabei erfolgreich bestehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Dazu möchte ich Zweifel anmelden!)

Aber mit Nachdruck möchte ich sagen, dass uns allen daran liegen muss, die Wirtschaftsachse Hamburg – Berlin zu stärken. Die Zeiten sind vorbei, in denen man nur eine punktuelle Wirtschaftspolitik betreiben und einzelne Regionen stärken kann. Es ist unser großes Interesse, dass die gesamte Achse der Region Hamburg – Berlin gestärkt wird. Diese Stärkung bedeutet aber nicht, dass man einzelne Unternehmen aus der einen Stadt abzieht und in die andere verlagert.

(Beifall bei Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

Dadurch steigen die Chancen dieses Wirtschaftsraums nicht, sondern eine positive Standortpolitik für diese Region bedeutet, dass man aus eigener Kraft heraus Unternehmen neu entwickelt und zu einer großen Erfolgsleistung führt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Gerne.

Zwischenfrage von Farid Müller GAL:* Herr Senator Uldall, haben Sie nun auch Berliner Unternehmen angebaggert, dass sie nach Hamburg kommen oder nicht?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Der Senat baggert nicht. Der Wirtschaftssenator ist zwar zuständig für das Ausbaggern der Elbe, aber wir baggern keine Unternehmen an, weder in Berlin noch irgendwo sonst.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist in Ihren Kreisen anders!)

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Es ist nicht akzeptabel, dass eine Politik nach dem Grundsatz durchgeführt wird: Wir zahlen Subventionen, aber ein neuer Arbeitsplatz wird dadurch nicht geschaffen. Das ist eine Politik, die wir so nicht akzeptieren. Deswegen kann ich wirklich nur sagen: Egal, welche Stadt versucht, mit Subventionen Unternehmen anzulocken, diese werden nur gezahlt, um die Nachteile eines Standortes auszugleichen. Das ist der Hintergrund für die Zahlung von Subventionen. Wenn eine Stadt darauf hinweist, dass man bei ihr Subventionen bekommt, dann ist dies gleichzeitig immer ein Hinweis auf Schwächen dieses Standortes. Es ist besser, man wirbt mit den Stärken eines Standortes – so wie wir es in Hamburg tun –, als dass man mit den Schwächen auch in versteckter Weise wirbt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Wenn es klappt, ist es ja gut!)

Was im Einzelnen dort geleistet wird, ist in den Reden von Frau Ahrons und dem Kollegen Müller-Sönksen genannt worden. Das ist alles – um es einmal so zu sagen – viel zu viel. Berlin ist ein Musterbeispiel dafür, wie wir es letztlich durch eine Kombination von Regionalförderung und Gemeinschaftsaufgabe aus EU-Mitteln schaffen, dass der eigene Haushalt so gut wie gar nicht belastet wird. Deswegen ist das ganze System der Regionalförderung in Deutschland, egal ob sie aus EU- oder aus Bundesmitteln gezahlt wird, eine riesige Kapitalfehlallokation, die so in keinem Fall akzeptiert werden kann.

(Beifall bei Ekkehard Rumpf FDP)

Die Bundesregierung muss aufgefordert werden, die gesamte Regionalförderungspolitik zu überdenken.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es wurde verschiedentlich gefragt, was wir zur Stärkung des Medienstandortes tun. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine ganze Reihe von positiven neuen Rahmenbedingungen für die Medienunternehmen in Hamburg geschaffen haben: Wir haben die Media School errichtet, die Miami Ad School ist nach Hamburg gekommen, wir haben die Van den Ende School für junge Musikkünstler in der Speicherstadt geschaffen und das Musikzentrum St. Pauli entsteht. Hier sind so viele interessante Dinge entstanden, die im Grunde genommen an keinem anderen Standort in Deutschland in dieser Perfektion geleistet wurden.

Wir sollten nicht immer fragen, ob wir noch mehr machen können, sondern wir sollten auch einmal in der Werbung für den Standort Hamburg darauf hinweisen, dass wir hier bis heute schon exzellente Bedingungen auch für die Musikwirtschaft verzeichnen können.

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Farid Müller GAL*: Da sind wir anderer Meinung!)

Herr Rutter hatte das Thema Stella angesprochen. Sie hatten gesagt, dass zwischen Stella und der Stadt Berlin ein Gespräch über Subventionen geführt wurde. Dazu kann ich nur sagen: Die Firma Stella gibt es nicht mehr. Aber zur gleichen Zeit hat es der Hamburger Senat geschafft, die Stage Holding nach Hamburg zu holen.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Das war Ihr Vorgänger!)

– Es war der hiesige Senat und ich ganz persönlich, Herr Kollege.

Ich empfehle Ihnen, in diesem Sinne einmal mit einem der besten Manager, den wir in der Entertainmentszene in Deutschland haben, Maik Klokow, zu sprechen, wo gezeigt wurde, wie schnell die Stadt reagiert hat, um eine entsprechende Ansiedlung vornehmen zu können. Dadurch ist Hamburg heute das führende Musicalcenter. Neben London gibt es nur eine Stadt in Europa, wo gleichzeitig drei große Musicals aufgeführt werden: Das ist Hamburg. Darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nun kann man lange darüber reden, wie viele Unternehmen nach Berlin gegangen und wie viele Firmen von Berlin nach Hamburg gekommen sind.

B **Vizepräsident Peter Paul Müller**: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Ja, gerne. Aber ich möchte gern noch einen Satz sagen.

Aber es gibt eine Veranstaltung, die nicht nach Hamburg gekommen ist, weil wir mit irgendwelchen Sirengesängen gelockt haben, sondern weil man sehr sorgfältig überlegt hat, welche Standortentscheidung die beste ist: Die Bambi-Preisverleihung im November in Hamburg. Da hat sich der Standort Hamburg gegen den Standort Berlin durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zwischenfrage von Jürgen Schmidt SPD: Herr Senator, teilen Sie die Auffassung, dass die Stage Holding ihren Sitz im Sommer 2001 in Hamburg genommen hat?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Nein, Herr Kollege, da sind Sie falsch unterrichtet. Die Entscheidung ist im April 2002 gefallen. Zu dieser Zeit war ich bereits Senator. Darüber freue ich mich, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Willfried Maier GAL*: Die waren hierher gekommen wegen des "Königs der Löwen"!)

Wir haben allen Grund, auf das stolz zu sein, was wir in Hamburg vorfinden. Wir haben allen Grund, den Standort Hamburg nach außen gemeinsam gut zu verkaufen. Hamburg ist die Nachrichtenstadt Nummer eins in Deutschland. Die wichtigste Nachrichtensendung um 20 Uhr im Fernsehen kommt aus Hamburg, das wichtigste

Magazin bei den Presseorganen kommt aus Hamburg und die wichtigste Illustrierte kommt aus Hamburg.

(*Farid Müller GAL*: Das ist seit langem schon so!)

Natürlich kann man sagen, dass dies alles schon früher da war. Aber wir freuen uns doch darüber, dass wir diese wichtigen Medienunternehmen hier in Hamburg haben. Ich lehne es strikt ab, dass Sie durch irgendwelche – völlig unangebrachten – Kritiken den Wirtschafts- und vor allem den Medienstandort Hamburg herunterreden. Das ist einer Opposition nicht würdig.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Das macht doch keiner!)

Um diese Punkte abzurunden, möchte ich nur noch eines hinzufügen: Die Wachstumsrate der IT-Unternehmen und die Anzahl der Neugründungen von Medien- und IT-Unternehmen in Hamburg ist weit höher als die in Berlin. Deswegen kann ich festhalten: Hamburg ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort. Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist gut und wir werden alles daran setzen, dass diese Entwicklung nach vorne durch die Opposition nicht kaputtgeredet wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Das ist doch lächerlich! Unverschämtheit!)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Senator Mettbach.

Zweiter Bürgermeister Mario Mettbach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Egloff! Was die Frage des Plakates betrifft, war das nicht nur reiner Populismus, sondern es war das größte Eigentor, das Sie sich in der Bürgerschaft je geleistet haben.

(*Michael Neumann SPD*: Und Sie können es beurteilen!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle vier Punkte feststellen.

Erstens: Dieser Senat hält sich an Recht und Ordnung, an Verordnungen und Gesetze, selbst dann, wenn diese Verordnungen und Gesetze von der SPD veranlasst wurden und von ihr auch zu verantworten sind.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zweitens: Die Versagung der Genehmigung wurde vom Ortsamt Rothenburgsort (Bezirksamt Mitte) ausgesprochen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Mit Recht! – Gegenruf von *Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Diese miesen Sozi-Beamten!)

Wenn ich mich richtig erinnere, hat dort Rotgrün die Mehrheit. Das heißt, Ihre eigenen Fraktionen im Bezirk Mitte haben dafür gesorgt, dass die Ablehnung erfolgt ist.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Mäßigen Sie sich!)

Drittens: Die BBV steht absolut hinter der vom Ortsamt und vom Bezirksamt getroffenen Entscheidung, weil sie sich an die Verordnung gehalten haben. Viel wichtiger ist ... –

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

C

D

- A – Herr Neumann, nun halten Sie doch einen Augenblick den Mund und hören Sie zu; ich mache es auch. Sie reden sowieso im Moment dummes Zeug.

(Oh-Rufe bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Herr Präsident, so spricht ein Zweiter Bürgermeister!)

Den Ordnungsruf habe ich zur Kenntnis genommen.

Herr Egloff, nehmen Sie doch bitte auch zur Kenntnis, dass Sie Ursache und Wirkung völlig durcheinander bringen. Wenn sich ein Unternehmen hinstellt, nachdem es eine Klage unter der Ägide der SPD vor dem Verwaltungs- und dem Oberverwaltungsgericht verloren hat – Ihre Partei hat dafür gesorgt, dass dies tatsächlich durchgesetzt wurde,

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Ab wann übernehmen Sie Verantwortung?)

dass an dieser Stelle verboten wurde, das Plakat aufzuhängen –, dann können Sie uns doch heute nicht vorwerfen, dass wir uns daran halten.

Worin ich Ihnen Recht gebe, Herr Egloff, ist die Tatsache, dass dies eine Provinzposse war, die aufgrund Ihrer Regelungen ausgelöst wurde.

(*Farid Müller GAL*: Und warum hängt das Plakat jetzt weiter?)

Eines sage ich Ihnen zu: So etwas wird in Hamburg nicht mehr passieren, weil wir diese Verordnung jetzt auf den Prüfstand nehmen und auch eine Veränderung vornehmen werden. Wir wollen das korrigieren, was Sie damals für die Stadt verbockt haben.

B

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Lorkowski.

Peter Lorkowski Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident! Berlin, unsere zwar geschätzte, aber auch in Konkurrenz zu Hamburg stehende Hauptstadt, lässt nichts unversucht, renommierte Unternehmen gen Osten zu locken. Dabei gründet das Werben Berlins nicht auf einer soliden finanzierten Standortpolitik, sondern auf dem Versprechen kurzfristig erzielter Vorteile. Dazu kommen in Bezug auf die EU-Richtlinie noch die Fördergelder, die Berlin einen strukturellen Vorteil verschaffen.

Es ist bedauerlich, dass sich gerade im Bereich der Medien manch renommiertes Unternehmen mit Abwanderungsabsichten trägt beziehungsweise diese schon verwirklicht hat. Erinnert sei hier noch einmal an Universal Music. Noch einmal: Es spricht nicht für eine solide Politik der rosaroten Landespolitik in Berlin, denn die wirklich desaströse Haushaltssituation spricht dort Bände.

Wir wollen auch nicht so tun, als hätten wir es in Hamburg mit einer massiven Abwanderungsbewegung von Unternehmen nach Berlin zu tun.

Das ist mitnichten so. Es hat mit unserer soliden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu tun. Wir sind es gewohnt, gegenzusteuern. Das gilt sowohl für die Politik der Bundes- als auch für die der Landesregierung in Berlin. Lassen Sie mich aktuell die Gründung der Marketing GmbH nennen. Damit haben wir eine weitere Institution,

die das für Hamburg so wichtige Standortmarketing vorantreibt und Projekte im Rahmen des Leitbildes der "Wachsenden Stadt" koordiniert. Unser Ziel ist es, nicht nur für die Dienstleister interessanter zu werden, sondern auch dem produzierenden Gewerbe attraktive Bedingungen zu bieten.

C

Die Förderung des Mittelstandes ist ein Schwerpunkt der Koalition, des Senats und auch der Fraktionen. Diese wurde in den Jahren vor 2001 vernachlässigt. Leider weht uns auch hier kräftiger Gegenwind aus Berlin entgegen. Wir wollen Unternehmen vor allem wieder in die Lage versetzen, bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und sich betrieblich rechtzeitig an wirtschaftliche und technische Bedingungen anzupassen.

Auch die Gründung selbstständiger Existenzen muss erleichtert werden. Ich erinnere an die kürzlich erneuerte Forderung meines Kollegen Hardenberg zur Gründung eines Landesförderinstituts. Eine zentrale Institution zur Durchreichung von Fördergeldern würde die bisherigen Initiativen der Koalition sicher bereichern. Ein Landesförderinstitut kann auch bei einer Liquiditätssicherung und Unternehmensnachfolge beraten. Eine solche Institution würde das Dreisäulenmodell des Mittelstandspaktes ideal ergänzen.

Wie gesagt, wir sind – trotz Gegenwind aus Berlin – wirtschaftspolitisch auf einem guten Weg. Das beweist nicht zuletzt eine kürzlich verbreitete repräsentative Umfrage eines Berliner Unternehmens unter 1800 Entscheidern in 16 Bundesländern. Daraus geht hervor, dass Hamburgs Unternehmen im Vergleich positiver in die Zukunft blicken und mit Abstand mit den durch die Politik beeinflussten Standortfaktoren am zufriedensten sind. 26 Prozent der Unternehmer – Vorstände und Geschäftsführer – in der Hansestadt erhoffen für die kommenden sechs Monate eine positive Entwicklung, 37 Prozent sehen immerhin keine Verschlechterung. Das bedeutet angesichts der insgesamt negativen Gesamttendenz in diesem Bereich schon viel.

D

Wir wollen auch nicht vergessen, dass wir auf dem Gebiet der neuen Medien in der Hansestadt wahrlich keinen Grund zum Pessimismus haben. Mit mehr als 70 000 Beschäftigten und circa 5500 Unternehmen ist die Informations- und Kommunikationsindustrie zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren in Hamburg geworden. Hervorzuheben ist hier die Initiative Hamburg@work, die den in diesem Bereich tätigen Unternehmen ein Gewinn bringendes Netzwerk – vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen – zur Verfügung stellt, die – das kann man nicht oft genug sagen – die Wachstumsfelder in Hamburg bilden.

Wir können also nicht nur hoffen, sondern wir können jetzt schon sagen, dass wir in Hamburg trotz erschwelter Rahmenbedingungen wirtschaftspolitisch Positives vorweisen können. Es kann noch besser werden. Durch eine solide Standortpolitik sind dafür die Grundlagen geschaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Mattner.

Dr. Andreas Mattner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Reden wir doch einmal Tacheles.

- A Dieser Subventionswettbewerb ist erbärmlich. Es gibt dabei nur Verlierer und keine Gewinner, bestenfalls sind es die Subventionsglücksritter und sonst keiner.

(Jens Kerstan GAL: Das sagen Sie mal Senator Uldall!)

– Herr Senator Uldall weiß das; das haben Sie vorhin auch gehört.

Die Zeiten lang anhaltender konjunktureller Schwächen zeichnen sich nun einmal durch einen stilblütenartigen und ungesunden Wettbewerb aus. Es werden Vergünstigungen bei Mieten versprochen oder sogar gewährt. Dies ist im Hinblick auf die europäischen Wettbewerbsbedingungen höchst zweifelhaft. Sollte einmal ein solcher Deal platzen und durch die EU-Ebene überprüft worden sein, dann könnte es im Übrigen auch das Aus für das begünstigte Unternehmen bedeuten, denn die Vorteile müssten zurückgefordert werden.

Man muss sich meines Erachtens auch einmal fragen, worin die Vorteile überhaupt liegen. Gegenüber den Umzugsprämien und langfristigen Subventionen sind zu veranschlagen: die Mitarbeiter, die umziehen müssen, Aufhebungsvereinbarungen, falls Mitarbeiter nicht wechseln wollen, technische Kosten und so weiter. Am Ende bleibt wahrscheinlich ein kleiner oder gar kein Gewinn in der Kasse des Unternehmens, aber volkswirtschaftliche Werte sind verbrannt worden.

So verhält es sich, Herr Kollege Egloff, auch mit den Werften. Senator Uldall hatte unsere volle Unterstützung, als er für hohe Subventionen auch Leistungen forderte, sonst würden wir uns nämlich in Hamburg, Herr Kollege,

- B genauso falsch verhalten wie die Berliner.

(Beifall bei Barbara Ahrons CDU)

Die Unterlagen des Statistischen Landesamtes verzeichnen seit Anfang 2002 34 Abwanderungen nach Berlin und 10 von Berlin nach Hamburg zurück. Aber die hohe Anzahl von verlorengegangenen 448 Arbeitsplätzen geht zu einem Dreiviertel auf Universal zurück. Dazu kommt noch die Teilverlagerung von Arbeitsplätzen der DAG nach Berlin durch die Zusammenführung der Verdi-Zentrale.

Diese Fehlentwicklungen sind also nicht neu. Bereits in den Neunzigerjahren musste Hamburg zahlreiche Verluste hinnehmen. Daraus hat offenbar keine Seite etwas gelernt. Noch zu gut erinnere ich mich auch an die Beteuerungen anlässlich einer Medienveranstaltung in der Handelskammer mit Eberhard Diepgen, Wolfgang Branoner und Thomas Mirow. Es wurde damals Zusammenarbeit proklamiert, aber gegeneinander gehandelt. Offene Arme des von der PDS-geführten Berliner Wirtschaftsressorts in unsere Richtung können wir sicher auch nicht erwarten.

Aber es geht darum, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Wir müssen uns – das ist schon von Gunnar Uldall gesagt worden – auf unsere Stärken verlassen. Für uns kommen eben Verstöße gegen EU-Recht nicht in Betracht. Wir werden uns nicht an dem künstlichen Wettbewerb des Siechtums beteiligen.

(Jens Kerstan GAL: Das dürfen Sie auch gar nicht!)

– Wir tun es nicht, lieber Kollege, aber in anderen Situationen und in anderen Ländern wird dies offenbar getan.

Das Besinnen auf eigene Stärken ist auch wichtig, weil es im Medienbereich – darum geht es im Kern der Abwanderung eigentlich – auch Gutes zu berichten gibt. Im Übrigen gab es auch leider Abwanderungen – wie zum Beispiel die des Senders Premiere –, die mit Subventionen nichts zu tun hatten. In der Musikindustrie liegen hingegen die Ursachen auch in der weltweiten Krise, ohne die die Verlagerungen gar nicht stattgefunden hätten.

Wir werden also mit unseren Standortvorteilen und mit der vollen Fachkompetenz der Senatoren Uldall und Peiner werben. Hier konnte eben auch schon Beiersdorf benannt werden. Dieses Unternehmen ist uns erhalten geblieben. Das ist ein gigantischer Sieg für die Hansestadt, den uns einige Sozialdemokraten leider schon wieder destruktiv madig reden wollen.

(Bernd Reinert CDU: Das ist typisch!)

Solche Möglichkeiten wie bei Beiersdorf haben wir natürlich nicht mehrfach. Im Medienbereich konnten wir stattdessen gute Rahmenbedingungen und Highlights setzen. Dabei geht es, Herr Egloff, eben nicht um banale Filmplakate, sondern es geht darum, dass wir die Media School eingerichtet haben, dass wir Hardware wie den NDR, Studio Hamburg, private Sender oder die guten Zeitungen haben. Ich freue mich über Herrn Klokow und den neuen Sitz der Stage Holding in der Speicherstadt. Vorhin wurden auch schon die Ausbildungsakademie und die Marketing-Gesellschaft erwähnt. Letztere wird diesen Standortsicherungsprozess noch weiter abrunden.

Die Zeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind hart. Das Geldverpassen überlassen wir aber den Verlierern, denn uns helfen nur unsere Stärken. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Müller-Sönksen.

(Michael Neumann SPD: Der will doch nur Zeit schinden. Das ist doch peinlich!)

Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mattner hat gerade zu Recht auch auf den wichtigen Bereich der Musikbranche hier in Hamburg hingewiesen. Hier gibt es nicht nur die großen Namen zu nennen, sondern auch die vielen kleinen Label, die mit viel kleinem Mittelstand hier in der Hansestadt überall vertreten sind. Nach Angabe dieser Musikindustrie sind vor allem illegale Downloads aus dem Internet für diesen Umsatzrückgang ursächlich. Der Bundesverband der phonographischen Wirtschaft führt an,

(Uwe Grund SPD: Der ist doch auch nach Berlin gegangen!)

dass den 165 Millionen verkauften Musik-CDs im Jahr 2002 circa 622 Millionen aus illegalen Quellen im Internet heruntergeladene Musikstücke und 259 Millionen verkaufte CD-Rohlinge gegenüberstehen, die zunehmend auch zum Brennen von aus dem Internet heruntergeladenen Filmen verwandt werden. Meine Damen und Herren, dieses bedroht nicht nur diese Branche, sondern auch diesen Standort hier in Hamburg ganz besonders. Selbstverständlich müssen wir diesen Gedanken – nämlich, dass wir das Internet und den Umgang damit fördern wollen –, aber auch dem Missbrauch mit illegalem Down-

C

D

- A load begegnen. Deswegen sollte man sich hier in diesem Hause auch im Wirtschafts- und im Rechtsausschuss einmal darüber unterhalten, welche Bundesratsinitiative wir auf den Weg bringen, um diesen illegalen Downloads so Einhalt zu gebieten, dass auch die Musikindustrie Anreize findet,

(Farid Müller GAL: Das Urheberrecht wurde schon längst geändert!)

beispielsweise diese Downloads auch gegen Entgelt für die vielen User, die wir ja auch haben wollen, bereitzustellen.

Herr Kollege Müller, Sie haben ja jetzt gleich noch die Möglichkeit, das Urheberrecht darzustellen. Dann können wir hinterher gucken, wie zuverlässig das Urheberrecht ist, um genau dem trotzdem ja vorhandenen Missbrauch auch zu begegnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unbeantwortet ist der eigentliche Anlass dieser Debatte geblieben: Bleibt Warner Bros. in Hamburg oder nicht? Dem Geschrei des Senates nach zu urteilen und dem Geschrei nach, das Herr Müller-Sönksen heute nach Berlin gerichtet hat,

(Zuruf von Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- B steht es offenbar nicht gut um die Verhandlungen, dass Warner Bros. in Hamburg bleibt.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz ernste Angelegenheit. Wenn Warner Bros. nach Berlin gehen sollte, ist das ein schwerer Schlag für den Medienstandort Hamburg und er wird über Jahre hinaus nicht reparabel sein. Deswegen bin ich sehr enttäuscht, dass ich von Herrn Uldall heute nichts, aber auch gar nichts darüber gehört habe, wie es denn nun darum stehe, denn die Debatte wurde nicht von der Opposition angemeldet, sondern von der Regierungsseite.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wie heißt noch mal diese Firma?)

Dann bin ich auch etwas enttäuscht darüber, dass wir hier in diesem Parlament nicht ehrlich miteinander umgehen. Ich hatte hier ganz konkret gefragt, ob wir in Hamburg auch Berliner Unternehmen angehen, dass Sie nach Hamburg wechseln. Uns liegen natürlich Informationen vor. Wir sind schließlich auch Mitglied der Kreditkommission. Die Informationen dürfen und werden wir hier nicht preisgeben. Aber wir wissen doch alle Bescheid, dass das Praxis ist, dass wir auch Berliner Firmen ansprechen, nach Hamburg zu wechseln. Dann ist es aus meiner Sicht nicht redlich, wenn Berlin sich revanchiert und sagt: Wir machen uns nicht an die Kleinen, sondern wir nehmen gleich einen ganz Großen. Wenn wir also darüber reden, was Wettbewerb ist, dann sollten wir ehrlich sein, Herr Uldall.

Und jetzt kommen wir doch einmal zu den Rahmenbedingungen. Über die dürfen wir offensichtlich als Opposition nicht sprechen, weil wir uns dann sozusagen am Medienstandort Hamburg vergreifen. Das ist doch lächerlich. Wir

reden darüber, damit es insgesamt besser wird, denn Sie haben offensichtlich in letzter Zeit ein wenig den Blick dafür verloren, was Medienpolitik im neuen Jahrtausend bedeutet.

Und wenn Sie Ihre Media School hier als großen Erfolg hinstellen,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ist das eine Distanzierung? Was wollen Sie denn?)

dann gehen Sie doch einmal zu den Medienexperten dieser Stadt, die werden Ihnen eines sagen: Es ist ja wunderbar, dass aus einer Filmakademie nun eine Medienmanagement-Elite-Uni wird. Nur, meine Damen und Herren, das war nie der Punkt in dieser Stadt. Wir brauchten keinen neuen Studiengang für Medienmanager. Was wir brauchten, ist Ausbildung für die Filmindustrie und da hört man im Moment recht wenig. Da gibt es nichts. Das Einzige, das momentan im Gespräch ist, ist, dass Hark Bohm seine Studiengänge von der Uni zur Media School verlagern soll. Das ist kein Zugewinn, das ist nur eine Verschiebung. Aber damit brüsten Sie sich bitte nicht, meine Damen und Herren.

Nun kommen wir zu den Haushaltskürzungen, die im Medienbereich stattfinden: Seit zwei Jahren wird im Medienbereich erheblich gekürzt, und zwar gerade in den viel beschworenen neuen Medien. Das kann man ja gerne tun, aber was ist das für ein Signal an die Medienwirtschaft: Ich kürze, aber ich habe leider kein neues Konzept, wie ich dieser Medienwirtschaft in Hamburg weiter auf die Beine helfe? Das ist doch nun gerade der Punkt gewesen nach der Internetkrise. Das wäre eine Antwort des Senates gewesen: Wie reagiert Hamburg auf die Internetkrise?

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Durch wenig Staat!)

Ich habe gar nichts von einem Konzept gehört. Ich finde, dann darf man sich nicht beschweren, wenn es eine große Enttäuschung bei den Medienunternehmen gibt, und dann darf man sich auch nicht beschweren, wenn sie auf andere ansprechbar sind, zum Beispiel aus Berlin, dass andere versuchen, die Unternehmen sozusagen hier wegzuziehen. Davon habe ich nichts gehört, kein Konzept, keine Aussage zu Warner Bros.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Die heißen anders, aber das macht nichts!)

Was bleibt unter dem Strich? Heiße Luft.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil hier bestimmte Dinge gesagt worden sind, die meines Erachtens so nicht stehen bleiben können: die Tatsache beispielsweise, dass hier behauptet wird, wir würden es schlechtreden, dass der Senat sich entschlossen hat, die Beiersdorf-Anteile zu kaufen. Das stimmt nicht. Wir als sozialdemokratische Opposition dieses Hauses haben das begrüßt. Aber ich sage auch, meine Damen und Herren: Mit dem gleichen Recht fordern wir, dass der Senator hier tätig wird und etwas für die Stadt als Werftenstandort tut.

A (Beifall bei der SPD)

Und mit dem gleichen Recht fordern wir, dass diese 3000 Arbeitsplätze in dieser Stadt erhalten bleiben und hier ist er die Antwort heute wiederum schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Der Bürgermeister auch!)

Herr Senator Uldall, wir reden auch nicht den Medienstandort schlecht. Aber es ist uns als Opposition doch wohl erlaubt, Kritik an der Politik zu üben, die Sie hier machen. Und das werden wir auch in Zukunft tun.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Destruktiv!)

Unter sozialdemokratischer Ägide in dieser Stadt ist der Medienstandort ausgebaut worden. 18 000 Arbeitsplätze im IT-Bereich sind unter Wirtschaftssenator Mirow geschaffen worden – vor Ihrer Amtszeit.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einmal zu Senator Mettbach. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde es ein bisschen schwach für einen Senator, sich hier hinzustellen und sich hinter dem Bezirksamt Hamburg-Mitte zu verstecken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es mag ja sein, dass das "korrekteste Bezirksamt" der Welt, wie einer unserer Abgeordneten es immer bezeichnet, hier eingegriffen hat, weil die Gesetzeslage so ist. Von einem Senator erwarte ich aber, dass er das Gesamtinteresse der Stadt im Blick hat

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Dass er das Gesetz bricht!)

B

und Mittel und Wege findet, wie er sie im Moment anscheinend auch gefunden hat, um auch solche Dinge zu ermöglichen,

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Ungeheuerlich!)

und anschließend dafür zu sorgen, dass hier eine anständige Politik gemacht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Meine Damen und Herren! Damit sind wir an das Ende der Aktuellen Stunde gekommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, Drs. 17/2978: Wahl einer ständigen Vertreterin oder eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer ständigen Vertreterin oder eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drs. 17/2978 –]

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Herr Farid Müller, Frau Pauly und Frau Pawlowski abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell

Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Wahlenthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie dann bitte in eine Wahlkabine und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Müller bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind.

Damit ist die Stimmabgabe geschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.51 Uhr

Wiedereröffnung: 16.56 Uhr

Vizepräsident Peter Paul Müller: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Es waren alle 111 Stimmzettel gültig. Frau Professor Dr. Dagmar Felix erhielt 87 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist Frau Professor Dr. Felix zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte nun Frau Professor Dr. Felix, nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

Frau Professor Dr. Felix, die Bürgerschaft hat Sie eben zum vertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Hierzu beglückwünsche ich Sie im Namen des ganzen Hauses und frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Frau Dr. Felix: Ja, ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Peter Paul Müller: Dann komme ich zur Vereidigung einer Verfassungsrichterin. Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand, die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und

- A meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Frau Dr. Felix: Ich schwöre es.

Vizepräsident Peter Paul Müller: Damit ist dieser Akt zunächst beendet. Sie haben den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und alles Gute, Glück und Befriedigung für Ihre neuen Aufgaben.

(Beifall im ganzen Hause – Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Wir kommen nunmehr zum Punkt 47 der Tagesordnung, Drs. 17/3473, Antrag der Koalitionsfraktionen: Beitritt Hamburgs zur LUCI association.

**[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:
Beitritt Hamburgs zur LUCI association
– Drs. 17/3473 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer begehrt das Wort? – Herr Dr. Mattner, Sie haben es.

- B **Dr. Andreas Mattner** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg soll auf möglichst vielen Feldern der Weltliga mitspielen. Dazu muss sich die Hansestadt gleichermaßen auf ihre traditionellen und auf ihre wachsenden Potenziale konzentrieren. Ein sehr wesentliches Element dabei ist die Stadtentwicklung mit Licht. Es gibt einer Kommune nicht nur ein unverwechselbares Profil, Licht ist gleichermaßen Entwicklungsmotor für Kultur, Bau, Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaft. Es gibt heute weltweit Lichtakademien und Museen. Licht ist als Kulturfaktor unentbehrlich und selbstverständlich geworden. Richtige Strategien auf diesem Sektor helfen, das Lebensumfeld und die Lebensqualität zu verbessern. Licht macht Bauten schöner und ist schon seit längerer Zeit Topthema in der Architektur und der Stadtentwicklung.

City-Beautification ist in. Licht prägt deshalb auch entscheidend das Image unserer Städte. Deshalb beschäftigen wir uns mit Lichtkonzepten der Zukunft. An die Stelle von zum Teil chaotischen Lichtlandschaften und dem Wettlauf der Wattagen sollen Beiträge zur Kultur des öffentlichen Raumes als Qualifizierung urbanen Lebens dienen. Lyon, die Musterstadt städtebaulicher Elemente, hat dies früh erkannt und ihre Plätze und Straßen mit dezentem, künstlerischem Licht illuminiert. Sie hat sich damit eine eigene Identität im Konzert der Metropolen und gegenüber dem starken Paris gegeben. Die Hansestadt ist ebenfalls auf gutem Wege, sich als Lichtstadt zu positionieren und die Marke Hamburg damit weiter zu qualifizieren. Ich sehe darin ein wertvolles Element für die Strategie "Wachsende Stadt", und zwar zur qualitativen Bereicherung.

In diesem Kontext sind Illuminationsprojekte zu sehen, die bereits durchgeführt wurden, oder die sich in der Entwicklung befinden. So hat zum Beispiel die künstlerische Illumination der Speicherstadt zur touristischen und generellen Belebung eines ganzen Stadtquartiers geführt.

Bürgermeister und Stadtentwickler aus ganz Deutschland und Europa sind dorthin gepilgert, um das Beispiel zu studieren. Wir haben die Elbbrücken illuminiert und uns um Kultur und Rathausbauten bemüht. Moderne Lichtkonzepte sind ebenfalls Gegenstand der Strategien für den Jungfernstieg und die HafenCity. Hamburgs Lichtkünstler, allen voran Michael Batz, genießen Ruf weit über Hamburg hinaus. So adaptiert man derzeit in Köln oder Salzburg offen und die Hansestadt lobend die neue hamburgische Lichtkunst.

Hamburg hat sich also für die Weltliga des Lichts qualifiziert und soll der LUCI association beitreten. LUCI steht für Lightning Urban Community International, LUCI vereint als Non-Profit-Organisation Städte und Fachplaner aus der ganzen Welt. Sie befasst sich mit Licht als ein Hauptinstrument des städtischen Lebens, der Architektur und der Entwicklung. Gegenstand sind alle Formen öffentlichen Lichts für Häuser, Straßen und Landschaften.

Wieder einmal war es Lyon, das während des legendären "Fêtes des Lumières", Feier der Lichter, im Jahr 2001 das internationale Netzwerk gründete. Die Metropole Köln feiert übrigens inzwischen, angelehnt an diese Idee, zum vierten Mal das Kölner Lichterfest und verzaubert den Rhein und die Rheingärten mit Lichtern, Feuerwerk und Schiffen. Frankfurt feiert regelmäßig die Illuminade.

Diese Großereignisse erfüllen unseren Wunsch nach Megaveranstaltungen in unserer Stadt. Ich kann mir sehr gut ein Lichterfest an der Elbe und im Hafen vorstellen. Das könnte auch für die neue Marketing-Gesellschaft interessant sein.

Im Rahmen von LUCI können wir noch eine Menge über Techniken, aber auch über Promotionsaktivitäten lernen. Hier gibt es viel Know-how auf wissenschaftlichem Sektor und zur Schaffung von Stadtidentitäten. LUCI arbeitet an einer Beleuchtungsdatenbank und gibt Auskunft über Finanzierungsquellen.

Die Speicherstadt-Illumination hat uns in Hamburg den Blick dafür geschärft, dass man ein ganzes Stadtquartier pro Stunde mit dem Gegenwert einer Zigarettenschachtel beleuchten kann. In vorhandenen Szenarien können moderne Lichtstrategien nicht nur nachhaltige Kunstwerke schaffen, sondern sogar zur Kostenreduzierung beitragen. Nicht nur die Helligkeit, wie Michael Batz so schön sagt, sondern der richtige Umgang mit dem "Rohstoff" Dunkelheit ist das Maß aller Dinge.

Inzwischen gibt es auch fachliche Strukturen und damit Korrespondenzen in unserer Verwaltung. Unter der Leitung von Senatorin Horáková traf sich bereits mehrfach ein Expertenteam, unterstützt durch die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen mit Oberbaudirektor Walter. Der Kollege Hardenberg hat sich dankenswerterweise für diese Weiterentwicklung sehr stark gemacht und dafür gilt ihm unser Dank.

Die Zeit ist also reif für den nächsten Schritt. Lassen Sie uns, wie die "Welt am Sonntag" kürzlich titelte, die Lichter der Großstadt betrachten. Ich schlage daher vor, dem Beispiel großer Metropolen von Mailand bis Shanghai und dem weltweiten Austausch bei LUCI zu folgen. Die diesjährige Welttagung ist in Rabat, ein Kongress dazu in Hamburg würde mir übrigens auch gefallen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun den Senat erleuchten, er möge die Chancen für Hamburg durch den Beitritt zur Weltlichtgemeinschaft erblicken. Das Petition

C

D

- A sieht vor, dass Hamburg den Beitritt zu LUCI prüft, beitrifft und der Bürgerschaft berichtet. – Vielen Dank, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Fiedler, Sie haben das Wort.

Luisa Fiedler SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag, einen Beitritt zu LUCI association zu prüfen und gegebenenfalls beizutreten. Der Gedanke, Gebäude von besonderer Schönheit und Bedeutung bei Dunkelheit anzustrahlen, hat eine lange Tradition auch in dieser Stadt und der Blick auf das Panorama der angestrahlten Türme unserer Hauptkirche und vor allem des Rathauses gehört traditionell zu den schönsten Seiten in dieser Stadt. Es ist wichtig und richtig, neue Beleuchtungskonzepte zu entwickeln, denn der gezielte Lichteinsatz kann Gebäuden, Denkmälern, Plätzen und Straßen ein Stück Magie und Suggestion verleihen. Insofern übertreibt man nicht, wenn man sagt, dass durch eine intelligente Beleuchtung die Attraktivität der Stadt steigt und ihre Identität erst richtig zur vollen Entfaltung bringen kann.

Hamburg hat dafür ein besonders gelungenes Beispiel vorzuweisen; das hat schon Herr Mattner hier erwähnt. Wir denken natürlich alle an die wunderbare Illumination der Speicherstadt, einmalig in Europa, die in der letzten Legislaturperiode – auch wir haben das Projekt hier sehr unterstützt – auf Initiative des Beleuchtungskünstlers Michael Batz gestaltet wurde, und es gilt immer noch als ein einmaliges Projekt in Europa.

- B Die Zielsetzung der LUCI association findet unsere Zustimmung und wir würden es begrüßen, wenn Hamburg sich am Austausch von Konzepten und Erfahrungen urbaner Beleuchtungskultur mit anderen Metropolen beteiligt. Ein solcher Austausch wäre ein hervorragendes Beispiel für praktizierte und gelebte Internationalität.

Wo Licht ist, ist bekanntermaßen auch Schatten. Darum möchte ich an dieser Stelle einen Hinweis nicht unter den Tisch fallen lassen. Das Kunstwerk Hamburg besteht nicht nur aus den Attraktionen in der Innenstadt. Wir sollten deswegen Hamburgs Experten für diese Identität fragen, wenn wir einen Beleuchtungsmasterplan entwickeln, wie er in der 16. Sitzung vor anderthalb Jahren beschlossen wurde. Dabei denke ich an die Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, die übrigens in den letzten Wochen begonnen haben, Mitarbeitern zu kündigen. Es wäre eine falsch verstandene Form der Stadtverschönerung, einerseits die Stadt zu beleuchten und andererseits die historische Substanz und das Wissen um diese Stadt gering zu achten und zu gefährden.

Wenn hier von der Schönheit Hamburgs durch faszinierende Beleuchtungsmaßnahmen die Rede ist, dann bedeutet eine Zustimmung unsererseits allerdings nicht, dass wir die Abschaffung anderer kultureller Kostbarkeiten hinzunehmen bereit sind. Um es deutlich zu sagen: Die Art und Weise, wie der Senat bestrebt ist, das Licht der Geschichtswerkstätten de facto abzdrehen, wollen wir nicht hinnehmen, denn der Glanz auf den Fassaden von Kirchen und Denkmälern wird uns nicht blenden, wenn an anderen Stellen wichtige kulturelle Errungenschaften im Dunkeln unterzugehen drohen.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion beantragt die Befassung des vorliegenden Antrags im Kulturausschuss schon allein deswegen, weil wir als Parlament einen Blick auf die Kosten eines solchen Beitritts werfen sollten. Es wäre sinnvoll, in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Beschluss aus der 16. Sitzung zurückzukommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Meine Damen und Herren! Bevor ich Herrn Hardenberg das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es für Abgeordnete im Plenarsaal nicht üblich ist, Zeitung zu lesen, sondern dieses anderweitig zu tun. Das gilt auch für den Abgeordneten Dobritz.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Natürlich kann der Zeitung lesen, das ist ja wohl eine Frechheit! – Dr. Willfried Maier GAL: Das mache ich seit zehn Jahren so, das werde ich auch weiter tun!)

Herr Hardenberg hat jetzt das Wort.

(Werner Dobritz SPD: Es gibt Abgeordnete, die können gar nicht lesen!)

– Hier wird nicht mit dem Präsidium diskutiert. Der Abgeordnete Hardenberg hat jetzt das Wort.

Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Licht einer Stadt zeigt einen Teil der Seele dieser Stadt. Diese kann mit rein kommerziellem Licht grell und hart, mit schwachem kommunalem Licht bedeutungslos oder mit charakterisierendem Licht auch einfältig sein. Darum müssen alle Lichtquellen zueinander im Einklang stehen. Damit bekommt eine Stadt einen nächtlichen Glanz, ein Gesicht und zeigt mit harmonisierter Beleuchtung ihre Seele.

Um dies auch in Hamburg zu realisieren, brachte meine Fraktion bereits im Mai 2002 den Antrag "Gestaltendes Licht für die Metropole Hamburg" ein. Die Vorstellung des dafür erforderlichen Masterplans wird noch in diesem Monat erfolgen. Durch die dann erfolgreiche Realisierung wird Hamburg verstärkt zur touristischen Attraktion werden. Den Beweis dafür haben die Speicherstadt und verschiedene schon fertig gestellte andere Punkte im Stadtbild erbracht.

Um aber weltweit ein Netzwerk von Fachleuten zu haben, in dem Erfahrungen, Ideen und Technologien ausgetauscht werden können, wurde die LUCI association gegründet. Die Stadt Lyon, die weltweit führend im Bereich Lichtkonzeption ist, initiierte diesen Zusammenschluss. Über Arbeitsweise, Ziele und Möglichkeiten einer Mitgliedschaft ist im Antrag ausführlich gesprochen worden. Der kommende Masterplan Licht ist für die Lebensqualität in Hamburg ein wichtiger Faktor und muss auch in Bezug auf die Technologie, Qualität und Kreativität fortgeschrieben werden. Aus diesem Grund befürworte meine Fraktion diesen Antrag und stimmt ihm zu. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

- A **Dr. Willfried Maier** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir stimmen diesem Antrag zu; eine ganz schwere Entscheidung. Nur noch eine kurze Bemerkung dazu.

Wir haben im Mai 2002 schon einmal faktisch über das Thema diskutiert. Vor einem knappen Monat ist das Planetarium eröffnet worden. Städte brauchen ja Planetarien, weil sie so voller Licht sind, dass man von den Städten aus die Sterne nicht mehr sehen kann, während umgekehrt aus dem Himmel manche Städte so hell leuchten, dass sie fast schon überprägen. Das heißt, wir haben in den Städten nicht in erster Linie das Problem von zu wenig Licht,

(Dr. Michael Freytag CDU: Die richtige Beleuchtung!)

sondern das Problem von Licht und Dunkelheit im Verhältnis zueinander; wir müssten also eher dämmen. Was ich an solchen Projekten, die die Stadt auch in der Hierarchie der Gebäude als Stadt in Erscheinung treten lassen, besonders begrüße, ist, dass das Vordrängen der Lichtwerbung um jeden Preis damit hoffentlich ein bisschen in ein vernünftiges Konzept eingebunden wird.

Eine kurze Bemerkung noch zu LUCI. Ich kann das nicht im Ernst beurteilen, sondern nur noch aus meiner Zeit als Senator sagen, dass der Beitritt zu internationalen Vereinigungen manchmal auch ergebnislos ist und nur Verwaltungsaufwand bringt. Ich hoffe, das passiert hier nicht. Wir sind einmal einer europäischen Städtevereinigung beigetreten, was dann bedeutet hat, dass eine Mitarbeiterin im Rathaus unentwegt dafür arbeiten musste, um die Sitzungen vorzubereiten. Praktisch hat es für eine Stadt wie Hamburg nichts bedeutet, weil wir durch den Umstand, dass wir Stadtstaat sind, viel wirkungsvoller auf Bundesebene und auf europäischer Ebene vertreten waren, als durch diese Mitgliedschaft.

Dies hier ist eine andere Sache, aber ich hoffe, dass tatsächlich etwas sachlich Sinnvolles dabei herauskommt und es nicht verbunden ist mit einem großen Aufwand an Bürokratie, die dafür getrieben werden muss. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Herr Woestmeyer, Sie haben das Wort.

Martin Woestmeyer FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Meyer, um es einmal mit den Worten von Herrn Mattner zu sagen: Wir als beautificationpolitische Sprecher haben doch feine Unterschiede, weil Sie als guter Grüner Licht eher als Moment von Lichtverschmutzung sehen und wir es eher als kulturellen Standortfaktor sehen. Zur wachsenden Stadt gehört eben auch ein Stück weit Kultur und manchmal muss man darum kämpfen, dass die Kultur auch wirklich als Standortfaktor wahrgenommen wird.

Beim Marketing dieser Stadt kommt sie zum Beispiel häufig zu kurz oder zumindest musste sie zunächst bei der Gründung der neuen Marketingagentur erst eingefordert werden. Bei diesem Antrag aber verknüpft sich eine kulturpolitische Idee mit der gesamten Stadtentwicklungspolitik. Die kulturpolitische Idee ist die eines Lichtkonzepts für wesentliche Teile unserer Stadt. Hiermit können wir Gebäude, Zeugnisse der Vergangenheit, der

Gegenwart, Kulturstätten, Denkmäler, aber auch so etwas wie Stadtideen und selbst Stadtgeschichte nachts sichtbar machen.

Andere Städte machen dies Hamburg bereits vor und ein Beitritt zu LUCI würde für Hamburg bedeuten, hier Anschluss zu finden. International steht Hamburg bisher meistens nachts nur für rotes Licht, aber die Reeperbahn ist eben nicht alles, was Hamburg nachts zu zeigen hat.

Als Liberaler kann ich kaum anders, als immer auch etwas private Initiative zu fordern, zu fördern, zu loben oder zumindest darauf hinzuweisen. Fahren Sie doch zum Beispiel einmal nach Harburg, wenn Sie spannendes Licht sehen möchten. Ich wohne selbst auch nördlich der Elbe und dachte lange Zeit, es gäbe keinen Grund oder womöglich keine Wege, überhaupt nach Harburg zu fahren. Aber es gibt viele gute Gründe und in Harburg tut sich auch etwas; deshalb wird da auch gebaut.

(Beifall bei Ekkehard Rumpf FDP und Karl-Heinz Ehlers CDU)

– Ich höre den Anteil der Harburger Abgeordneten am Applaus heraus.

Zwischen Bahnhof und dem Einkaufszentrum stehen vier Kräne, keine Koons-Kräne, auch keine Kunst-Kräne, aber vielleicht werden es einmal Kult-Kräne. Nachts sind alle Kräne grau, sagt man, aber diese vier leuchten in quietsch-neongrellen Farben und zeigen, dass Licht auch ohne LUCI Spaß machen und man auf phantastische Ideen kommen kann und das wahrscheinlich mit privatem Engagement des dortigen Baubetreibers. Keine Angst, wir stimmen trotzdem dem Antrag zum LUCI-Beitritt zu.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3473 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann komme ich zum Punkt 62 der Tagesordnung, Drs. 17/3569, ein Antrag der Koalitionsfraktionen: Chancen schaffen für Bezieherinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt als Tagesmütter.

[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP: Chancen schaffen für Bezieherinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt als Tagesmütter – Drs. 17/3569 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Müller, Sie haben es.

Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was sich hinter dem Antrag 17/3569 verbirgt, ist hier einfach zu formulieren. Wir nennen es eine Chance, und zwar eine Chance für diejenigen Frauen, die sich nicht mit den gegebenen Umständen der Sozialhilfe abfinden wollen, sondern nach neuen Herausforderungen suchen. Allein erziehenden

- A Sozialhilfeempfängerinnen wollen wir durch die Schaffung dieses Modellprojekts die Möglichkeit eröffnen, sich durch den Bereich der Tagespflege ein zusätzliches oder ein neues Standbein aufzubauen. Selbstverständlich muss im Vorwege eine gründliche Prüfung der Personen erfolgen, um sicherzustellen, dass diese die persönlichen und auch die sozialen Kompetenzen erfüllen.

Gerade der Bereich der Tagespflege bietet sich für dieses Modellprojekt an, denn diese Frauen bringen bereits eine sehr hervorragende Qualifikation mit, sie sind Mütter. So schaffen wir aus der Berufung, Mutter zu sein, den Bereich der Tagesmutter. Die wirtschaftlichen Vorteile liegen sicherlich klar auf der Hand. Sie bringt Frauen, die weitestgehend von staatlicher Hilfe leben, in ein Arbeitsverhältnis, was dann natürlich zur Entlastung der Steuerausgaben führt. Gleichzeitig werden diesen Menschen durch dieses Modellprojekt neue Perspektiven aufgezeigt, um sie langfristig – das ist ja das Ziel – aus dem Kreis der staatlichen Unterstützung zu lösen. Hier gilt es – und das ist unsere Intention –, aus vermeintlichen Schwächen Stärken zu schaffen. Uns ist es halt wichtig, Menschen, die sich in Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe befinden, nicht nur zu verwalten, sondern ihnen Perspektiven aufzuzeigen und Angebote für sie zu schaffen. Es muss in diese Richtung auch etwas versucht werden, wir können nicht nur dastehen und sagen, hier steigen die Ausgaben und nichts passiert. Deswegen wollen wir hier etwas anbieten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

- B Um dies noch einmal zu unterstreichen: Wir kümmern uns hier auch um Schicksale. Unsere Fraktion hat sich schon vor längerer Zeit auf die Fahnen geschrieben, den Bereich der Tagespflege, sprich die Tagesmütter, zu stärken. Dieses haben wir vor geraumer Zeit auch mit dem Antrag getan, die Tagesmütter zu qualifizieren. Wir haben im Ausschuss erfahren, dass dieses Konzept weitestgehend fertig ist. Wir werden nach wie vor, weil wir glauben, dass das auch ein Pferd ist, auf das man setzen muss, insbesondere im Bereich der Tagespflege für Ausbau sorgen.

Unser Antrag ist sicherlich ein Sprung ins kalte Wasser, dessen sind wir uns bewusst, aber da er Hilfsmöglichkeiten aufzeigt, sich an schwächere Menschen wendet, gehe ich fest davon aus, dass die Opposition diesem Antrag zustimmen wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind sehr dankbar für den Antrag der Koalition; er kommt ja nett daher. Die Stadt diskutiert im Augenblick das Fehlen von 10 000 Kindergartenplätzen und die Lösung der Koalition sind 20 Tagesmütter. Die Stadt redet davon, dass 12 000 Kindergartenkindern im Januar droht, ihre Betreuung loszuwerden,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: 3000!)

und die Koalition redet von 20 Tagesmüttern. Die Stadt redet davon, dass wir ein Defizit im Kita-Haushalt von

etwa 40 oder 50 Millionen Euro haben, und Sie reden von 20 Tagesmüttern. So kann man Kindergartenpolitik nicht machen, das ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir sind auch deswegen sehr dankbar dafür, dass Sie diesen Antrag eingereicht haben, weil Sie mit diesem Antrag beweisen, dass Ihnen die selbst verursachte und selbst verschuldete Dramatik der Kindertagesbetreuung in dieser Stadt noch gar nicht bewusst ist. Am Montag hat der Senat unter Führung des Bürgermeisters und im Beisein aller Senatoren und Fraktionsvorsitzenden versucht, das Kita-Problem zu lösen. Und was ist dem Senat und der Koalition eingefallen? Gründen wir einen Arbeitskreis. Das war alles, das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen auch die Äußerungen des Ersten Bürgermeisters vom 14. November 2001 in einem völlig neuen Licht. Ole von Beust hat wortwörtlich vor diesem Hause gesagt:

"Wir werden die Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung insgesamt gerechter gestalten mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen. ... Das sind unsere erklärten Schwerpunkte. Uns ist bewusst, dass dies Geld kosten wird."

Wenn man sich den Satzbau anguckt, erscheint er heute in einem anderen Licht. Was wollten Sie abschaffen? Die Elternbeiträge oder die Kindertagesbetreuung? Ihnen ist es gelungen, die Kindertagesbetreuung in dieser Stadt gänzlich abzuschaffen.

À la bonne heure!

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Manfred Silberbach SPD:* Zu welchem Antrag sprechen Sie jetzt?)

– Wir sprechen vom Antrag Tagespflege, Herr Silberbach. Und Tagespflege ist nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz eine der beiden Säulen der Kindertagesbetreuung, das wird in den Paragraphen 22 folgende KJHG geregelt. Deswegen reden wir im Augenblick zur Sache.

Sie, Herr Senator, haben den leer ausgegangenen 3900 berufstätigen Eltern im Mai gesagt, wir finden schon eine Lösung. Das Gleiche haben Sie wider besseren Wissens im Juni erklärt und die Eltern auf den Oktober vertröstet. Nichts passiert. Noch im September und Oktober haben Sie die Eltern hingehalten und erst auf intensives Nachfragen im Ausschuss musste der Senator zugeben, dass nichts mehr geht. Das ist die Wahrheit, nichts geht mehr und Sie erzählen hier etwas von 20 Tagesmüttern; das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Ihnen, Herr Müller, allein Erziehende und Sozialhilfeempfänger wirklich so am Herzen liegen würden, dann hätten Sie die politische Kraft aufgebracht, am Montag im Kita-Bereich eine Lösung herbeizuführen, denn es sind Sozialhilfeempfänger, es sind allein Erziehende, die durch die verfehlte Politik dieses Senators in einem nicht unerheblichen Maße geschädigt werden, und das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- A Wie anders soll man denn die Ergebnisse Ihrer Politik bewerten, dass insbesondere in den Stadtteilen, die Herrn Silberbach so am Herzen liegen, Sozialhilfeempfängerinnen und allein Erziehende durch den Wegfall der Betreuungskapazität bedroht und auch gefährdet sind? Wie anders soll man es denn bewerten, Herr Müller, dass wir heute eine traurige Premiere haben, dass es keine Weiterbewilligungen mehr gibt? Das ist das Ergebnis der Kita-Gutschein-Politik von Herrn Lange und damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie anders ist es zu bewerten, wenn Ihnen Sozialhilfeempfänger und allein Erziehende so am Herzen liegen, dass alleine in den Bewilligungskategorien 6 und 7 – Sie wissen als Fachmann, wovon wir reden – mehrere tausend Eltern im Augenblick auf einen Gutschein warten? Sie vertrösten Hamburg mit einer Arbeitsgruppe, die nicht einmal von Staatsräten besetzt ist, sondern von Amtsleitern und sonstigen Personen und Sie reden hier von 20 Tagesmüttern. Das ist zu wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Was soll denn das heißen? Haben Sie keinen Respekt vor der Arbeitshaltung von Hamburger Amtsleitern?)

– Herr Müller-Sönksen, wenn Sie sich als Fraktionsvorsitzender zu Wort melden wollen, dann heben Sie einfach die Hand und kommen hierher, denn es ist Ihre Fraktion, die im Wesentlichen die Verantwortung für die fatale und unsoziale Politik im Kita- und Bildungsbereich trägt. Die verfehlte Kita-Politik hat zwei Namen: Lange und Müller-Sönksen.

B

(Beifall bei der SPD)

Da wir genügend Redezeit haben, können wir noch einmal darauf zurückkommen. Einen Punkt noch, bevor wir in eine zweite Runde gehen. Es gibt in der Seefahrt den Begriff "Der Kapitän verlässt als letzter das sinkende Schiff". Herr Senator Lange, nehmen Sie zur Kenntnis, dass das Kita-Schiff untergegangen ist, Sie können gehen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Pawlowski, Sie haben Wort.

Bettina Pawlowski CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie haben den Antrag überhaupt nicht verstanden. Sie haben hier mit keinem Wort darüber gesprochen, was in diesem Antrag steht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, aber ich muss ehrlich sagen, dass es für diesen Antrag, der sehr sinnvoll ist, was ja auch schon mein Kollege ausgeführt hat, ganz schlimm ist, dass ich den Eindruck habe, dass Sie hier die Frauen weiterhin am Gängelband der Sozialhilfe führen wollen. Das ist Ihre Politik. Wir wollen mit diesem Antrag versuchen, Frauen eine Chance zu geben. Wenn Sie den Antrag richtig lesen würden, müssten Sie ihn auch verstehen. Wir wollen im Rahmen dieses Modellprojekts denjenigen einen Ausweg aus ihrer sozial missli-

chen Situation anbieten, wo dieses im direkten Sozialraum möglich ist.

C

Wir würden uns freuen, wenn wir hiermit einen weiteren Beitrag leisten können, Frauen eine Chance zur Qualifikation und Integration in die Gesellschaft sowie eine Chance für eine mögliche berufliche Zukunft zu geben. Wir wollen Frauen stark machen, und wir wollen sie unabhängig machen. Wenn Sie das nicht verstehen, wir machen es auch ohne Sie. – Danke.

(*Petra Brinkmann SPD*: Dann machen Sie es doch! – Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Dr. Freudenberg, bitte sehr.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Pawlowski, Herr Müller, Sozialhilfe beziehende Frauen haben schon heute die Chance, als Tagesmutter tätig zu sein. Die Tätigkeit als Tagesmutter ist schon heute für Sozialhilfeempfängerinnen möglich und die Rahmenbedingungen sind für sie sogar ausgesprochen günstig.

In einer älteren fachlichen Weisung, sie stammt noch aus den Zeiten von Rotgrün und ist noch nicht durch eine neue Globalrichtlinie ersetzt, ist nämlich geregelt, dass Frauen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ihren Tagesmutterverdienst nicht mit der Sozialhilfe verrechnen müssen. Dank dieser Nichtanrechenbarkeit ist also die Tagesmuttertätigkeit für Sozialhilfeempfängerinnen bereits ausgesprochen attraktiv.

(*Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Wie man sieht!)

D

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese Frauen Kinder unter drei Jahren haben, denn sonst müssen sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das ist auch sinnvoll, denn wir sind der Meinung, dass der Job als Tagesmutter für eine gewisse Zeit Sinn macht, aber es ist auf keinen Fall eine Dauerbeschäftigung für diese Frauen. Wir wollen, dass diese Frauen aus der Sozialhilfe herauskommen und was Sie jetzt wollen, ist, dass sie drinnen bleiben. Sie wollen das verfestigen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie machen doch hier eine ganz, ganz krumme Tour. Um von Ihrem Kitaplatz-Debakel abzulenken, machen Sie hier jetzt so eine wolkige Geschichte, dass Sie den Frauen helfen. Was Sie machen, ist genau das Gegenteil. Sie tun so, als gebe es da bisher noch gar nichts. Sie wollen die Frauen in der Sozialhilfe belassen, damit sie dann die Kinder betreuen. „Nanni auf Dauer“, anstatt „Kita“. Das ist einfach Käse.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Auch wenn sicher bei vielen Familien, gerade mit kleinen Kindern, die Tagesmutter oder auch der Tagesvater – davon soll es ja auch ein paar geben – die bessere Lösung ist, kann auf Dauer eine Betreuung durch eine Tagesmutter kein Ersatz für die Kita sein. Die Kita hat auch einen Bildungsauftrag. Das wissen wir spätestens seit PISA. Dafür müssen wir etwas tun.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Das können die Tagesmütter nicht lösen?)

A – Nein, das ist ein großer Unterschied.

(*Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das muss alles staatlich sein?*)

Wir sind der Meinung, dass die Kita die Kinder vernünftig auf die Schule vorbereitet und gerade auch Defizite in der bisherigen Sozialisation in der sprachlichen Entwicklung auffängt. Das kann die Tagesmutter nicht.

Und noch etwas. Wir sind der Meinung, dass die Tagesmütter auch heute schon sehr gute Voraussetzungen haben, um in den Ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Das müssen wir fördern und das werden wir auch fördern, ob Sie es wollen oder nicht. Diese Frauen haben gute Voraussetzungen. Die Tagesmuttertätigkeit ist anspruchsvoll und sie haben damit ganz klar die so genannten Sekundärtugenden, die man haben muss, um gute Chancen im Ersten Arbeitsmarkt zu haben. Vermittlungshemmnisse kann man diesen Frauen nicht nachsagen. Also tun Sie etwas dafür, dass die Frauen ihre Situation ändern können und schwafeln Sie hier nicht so rum.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben nun schon über viele Sitzungen die Tiraden von Herrn Böwer hier gehört. Uns fehlt eigentlich der Glaube,

(*Ingo Egloff SPD: Uns auch, Herr Schinnenburg!*)

B

aber heute morgen hatte ich für wenige Sekunden den Eindruck, vielleicht hat er doch Recht. Da las ich nämlich in der Zeitung folgenden Satz. Herr Böwer, hören Sie gut zu: Kita-Proteste im ganzen Land. Das musste ich heute Morgen in der Zeitung lesen. Da dachte ich: Donnerwetter, vielleicht hat Herr Böwer Recht. Es war die "Gliner Zeitung".

(*Petra Brinkmann SPD: Das stand heute im Hamburger Abendblatt auf Seite 1!*)

Es bezog sich auf Schleswig-Holstein, auf das rotgrün regierte Schleswig-Holstein. Da sind die Kita-Proteste, und zwar völlig zu Recht. Wir haben hier in Hamburg einen Versorgungsgrad im Krippenbereich von fast 20 Prozent, in Ihrem Land Schleswig-Holstein von vier Prozent. Wir haben im Bereich des Hortes hier ebenfalls 20 Prozent Versorgungsgrad, in Ihrem Schleswig-Holstein vier oder fünf Prozent. Wir haben hier die Elternbeiträge gesenkt, Sie wollen sie jetzt erst einmal erhöhen und nebenbei wollen Sie auch noch die Standards senken. Kita-Proteste im Lande Schleswig-Holstein, und zwar völlig zu Recht.

(*Michael Neumann SPD: Hamburg ist unser Land! – Vereinzelter Beifall bei der FDP und CDU*)

Es gibt diesen schönen Spruch vom Kapitän und dem sinkenden Schiff.

(*Holger Kahlbohm SPD: Na, dann retten Sie mal!*)

Wenn alles, was Sie sagen, richtig wäre, dann müsste doch Heide Simonis längst als toter Wal in der Kieler Förde treiben. Das ist doch die Situation vom Kapitän und dem sinkenden Schiff.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C

Es ist eben nicht richtig. Herr Böwer hat – Stichwort: Tirade – ernsthaft gesagt: Die Kindertagesbetreuung ist abgeschafft. Wir haben 1500 Kinder mehr im System im Jahre 2003 als im Jahre 2002.

(*Petra Brinkmann SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!*)

Wir haben, wie gesagt, die Elternbeiträge gesenkt. Wir führen eine Sprachstandsuntersuchung durch, ein Wort, das Sie nicht einmal kannten.

(*Jan Ehlers SPD: Das stimmt nicht!*)

Sie haben viele Stadtviertel, und gerade die von Herrn Silberbach, sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei *Burkhardt Müller-Sönksen FDP* und bei *Elke Thomas CDU*)

Man hat sich nicht darum gekümmert, dass Kinder ohne jede Sprachförderung in die Schule kommen und sich damit nicht nur die Kinder selber schädigen, sondern auch die Lehrer sowie auch die anderen Kinder in den Schulen. Auch das alles haben Sie zu verantworten.

(*Dr. Verena Lappe GAL: Was haben Sie denn gehört, Herr Schinnenburg?*)

Im Übrigen, ich verstehe gar nicht: „Sozialhilfe vernachlässigen“. Lieber Herr Böwer, Sie müssen es nun doch wenigstens gelesen haben. Sie wissen genau, die Priorität 2 bei der Zuteilung von Kita-Plätzen ist die Rückkehr aus der Sozialhilfe. Das haben wir gerade eingeführt, anders als Sie.

D

(Beifall bei *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*)

Wenn heute jemand Sozialhilfeempfänger ist und einen Arbeitsplatz bekommt, dann hat er die zweithöchste Priorität und erhält garantiert einen Kita-Platz. Das ist die Realität. Wir kümmern uns um die Sozialhilfeempfänger. Das nur dazu.

Einen Punkt habe ich noch vergessen. Bemerkenswert war, Frau Freudenberg, Sie haben sich erlaubt, sehr abfällig über Tagesmütter zu reden. Lesen Sie einmal nach, was die von Ihnen gestellte Bundesregierung dazu sagt. Da steht, die Tagesmütter leisten einen wichtigen Beitrag zur Kinderbetreuung, Berlin, 7. November 2003. Von Ihrer eigenen Bundesregierung zutreffend festgestellt.

(*Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Das habe ich gar nicht gesagt!*)

Dass Sie nichts dafür tun und dass die 1,5 Milliarden nicht kommen, ist eine ganz andere Frage. Soweit zu Ihren Äußerungen, die mit dem Antrag gar nichts zu tun haben, aber wir können nicht ernsthaft die Tiraden immer im Raume stehen lassen.

(Zuruf von *Antje Möller GAL*)

– Wissen Sie, Frau Möller, Herr Böwer hat Ihnen einen Tipp gegeben. Wenn Sie etwas sagen wollen, die Hand heben und herkommen.

Viele Sozialhilfeempfänger in dieser Stadt können und wollen etwas tun und wir wollen Ihnen dazu verhelfen. Es gibt einen Bedarf an Tagespflege und es gibt auch Sozialhilfeempfängerinnen, die gern diese Aufgabe wahrnehmen.

A men würden. Rein technisch ist das sehr einfach. Man muss sie nur zusammenführen.

Ich gebe gern zu, es gibt Probleme im emotionalen Bereich. Als wir den Antrag berieten, kam sofort die Frage, ob nicht viele Leute sagen werden, mein Kind wird nicht von einer Sozialhilfeempfängerin betreut. Es ist klar, das ist zunächst einmal ein emotionales Problem, aber ich sage, das kann ein Problem sein. Nur, weil jemand Sozialhilfeempfänger ist, ist er trotzdem ein vollwertiger Mensch. Er kann auch ohne weiteres seine eigenen Kinder und die Kinder anderer Leute betreuen.

Das hätte ich gern mal von Ihnen gehört. Sie wollen sich gern ein soziales Mäntelchen umhängen. Sie stempeln hier einfach alle so ab. Das geht nicht. Sozialhilfeempfänger können das ohne weiteres tun. Man muss in der Tat, Herr Müller hat das gesagt, im Einzelfall gucken. Das müsste aber möglich sein.

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Wieland Schinnenburg (fortfahrend): Aber bitte schön.

Zwischenfrage von Dr. Verena Lappe GAL: Herr Dr. Schinnenburg, an welcher Stelle hat sich Frau Dr. Freudenberg abfällig über Tagesmütter geäußert?

Dr. Wieland Schinnenburg: Das kann ich Ihnen genau sagen. Sie hat wörtlich gesagt: Auf die Dauer sind Tagesmütter kein Ersatz für Kindertagesstätten.

B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) – *Dr. Willfried Maier* GAL: Und zwar für die Mütter nicht!

Ich sage Ihnen, Tagesmütter sind kein Ersatz und auf Dauer kann jede Mutter ihre eigenen Kinder und andere Kinder gut erziehen. Das ist die Realität. Das passt nicht in Ihren ideologischen Kram. Es ist nur die Wahrheit, das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Völlig zu Recht hat man erst einmal nur ein Modellprojekt vorgehabt, weil wir in der Tat ein problematisches Feld betreten. Ich persönlich bin sehr gespannt darauf. Wir werden dieses Modellprojekt durchführen. Wir werden es nicht zulassen, dass Sie die Tagesmütter disqualifizieren. Wir werden allen Tagesmüttern und Sozialhilfeempfängerinnen, die etwas machen wollen, die Chance dazu geben. Am Ende werden Sie uns dann applaudieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Herr Müller, Sie haben das Wort.

Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ich sehe mich ja fast gezwungen, nochmals hier nach vorn zu kommen, weil ein großer Teil von Ihnen, meine Damen und Herren, diesen Antrag einfach nicht verstanden hat oder nicht verstehen will.

(Christa Goetsch GAL: Besser als Sie!)

C Wenn ich hier jetzt einen Antrag gestellt hätte, Sozialhilfeempfänger zu Kfz-Mechanikern auszubilden, hätten Sie über den Wagen des Bürgermeisters gesprochen. So geht das nicht.

(Lachen bei der GAL)

Sie führen hier eine Debatte im Rücken unseres Antrags, der abzielt, für Sozialhilfeempfängerinnen ein Modellprojekt herbeizuführen, und Sie sprechen über Kita.

(Christian Maaß GAL: Wir reden über das, wo-rüber die ganze Stadt spricht!)

Natürlich ist nicht im Geringsten angedacht, mit 20 Tagesmüttern mehr das Kita-Problem letztendlich zu lösen. Frau Freudenberg, Sie haben es doch selbst erwähnt. Es bedarf einer vernünftigen Globalrichtlinie. Die Frauen sollen auch nicht in der Sozialhilfe verweilen. Da sind wir auch einer Meinung. Da gibt es überhaupt keinen Streitpunkt. Bleiben Sie ganz ruhig. Falls Sie es noch nicht erkannt haben, unsere Fraktion zielt darauf ab, ein anerkanntes Berufsbild der Tagesmutter herbeizuführen. Das unterscheidet uns in dieser Frage.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Ist es dann sozialversicherungs-pflichtig?)

Und, Frau Freudenberg, noch etwas. Ich kann nichts dafür, wenn Sie hier ein halbes Jahr schlafen. Aber wir haben hier den Antrag eingebracht, die Tagesmütter zu qualifizieren. Wenn Sie es jetzt erst merken, dass es Not tut, dann sind Sie hier wirklich schon etwas verspätet eingetroffen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D **Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly**: Das Wort hat jetzt Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um mit dem Antrag anzufangen, Herr Müller, vielleicht einmal noch zur Erläuterung, Frau Freudenberg hat es ja schon gesagt: Sozialhilfeempfängerinnen können jetzt schon Tagesmütter werden. Es wäre vielleicht schlaue gewesen, auf die Behörde und den Senat einzuwirken, die Richtlinie, die nicht mehr gilt, zu aktualisieren, damit es auch eine ordentliche Rechtsgrundlage gibt. Jetzt muss eine neue Globalrichtlinie geschaffen werden, obwohl es eine Verwaltungspraxis gibt, nach der noch glücklicherweise für diejenigen gehandelt wird, die Tagesmütter sind. Der Anschub einer neuen Richtlinie wäre vielleicht sinnvoller gewesen, als diesen Antrag einzubringen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Im Übrigen sollten Sie sich vielleicht vergegenwärtigen, wie hoch der Verdienst von Tagesmüttern ist, der auch davon abhängig ist, wie viele Kinder man betreut. Das sind nämlich in der tiefsten Staffelung 43 Euro im Monat pro Kind. Wenn ich ein bis drei Kinder betreue, können Sie sich wohl ausrechnen, wie viel Euro das sind, die im Moment noch ohne Abzug von der Sozialhilfe behalten werden dürfen, wenn man Sozialhilfeempfänger ist. Dass das bisher keine Aussicht ist, um davon den Lebensunterhalt zu bestreiten, da werden Sie mir ja wohl beipflichten.

Wenn Sie das ändern wollen, Herr Müller, weil Sie daraus sozusagen einen richtigen Beruf machen wollen, dann

- A vermisste ich allerdings, mit wie viel Geld Sie diesen Bereich denn ausstatten wollen. Da wären wir dann beim Geld. Wenn man sich mal überlegt, wie die Situation derzeit im Kita-Bereich ist, dann ist es genau das Problem. Es ist nämlich nicht so, Herr Schinnenburg, dass derweil, zum jetzigen Zeitpunkt, wie wir es diese Woche erfahren haben, die Anträge von Sozialhilfeempfängern in der Kategorie 2 berücksichtigt werden. Im Moment ist die Situation die, dass es einen totalen Stopp von Kita-Gutscheinen gibt und nur noch der Rechtsanspruch, so haben wir laut letzter Pressemitteilung der BBS gehört, erfüllt werden soll. Man muss allerdings sagen, dass die ganzen Pressemitteilungen, die man übers Jahr bekommen hat, nicht mehr das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man weiß also nicht, wie das aussehen wird. Aber auch da stellt sich die Frage, ob es stimmt oder – und da bitte ich mal um eine eindeutige Auskunft des Senators oder des Bürgermeisters – ob es sich hier vielleicht noch um regierungsamtlich verordneten Rechtsbruch handelt, indem man darauf wartet, dass Eltern,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Lächerlich!)

falls sie keinen Kita-Gutschein oder Rechtsanspruch bekommen, vielleicht den Klageweg bestreiten müssen. In dieser Situation befinden wir uns im Moment und nicht in der, dass man sagt, Sozialhilfeempfänger würden berücksichtigt und das hätten Sie eingeführt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B **Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly:** Das Wort hat jetzt Herr Böwer.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Die Tagesmütter sind nicht so schlimm!)

Thomas Böwer SPD: – Das hat auch niemand gesagt, Herr Müller-Sönksen. Darum geht es aber auch nicht. Es geht nämlich darum, dass ich vergessen habe, einen dritten Namen aus der FDP zum Bereich Kita-Politik hinzuzufügen. Das ist der Name von Herrn Dr. Schinnenburg. Sie haben wirklich gar nichts begriffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist in der Tat der Punkt. Da sprechen Sie vom Modellprojekt. Das Modellprojekt Lange ist gescheitert. Sie reden davon, dass Ihnen die Sozialhilfeempfänger am Herzen liegen. Dann lesen Sie mal die Wirkungen Ihrer eigenen Kita-Gesetzgebung durch, die heute auf Seite 1 im "Abendblatt" gestanden hat. Aufgrund Ihres Kita-Gesetzes müssen Gerichte so entscheiden: Sie brauchen keinen Kita-Platz, sie können ja in der Sozialhilfe bleiben. Das ist die Realität und nicht, dass man die "Glieder Zeitung" hier hochhält.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und dann gehen wir weiter. Realität ist, dass mehrere hundert Erzieher im Augenblick auf dem Markt der Tagespflege drängen, weil sie nämlich in ihren eigenen Kitas aufgrund Ihrer verfehlten Politik keinen Arbeitsplatz mehr finden oder nicht weiterbeschäftigt werden. Das ist die Realität. Da kommen Sie hier mit 20 Tagespflegemüttern her.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Dann haben Sie davon gesprochen, dass Sie die Elternbeiträge gesenkt haben. Was ist die Wahrheit? Im Augenblick hängen Eltern mit einem privatrechtlichen Vertrag zwischen den Trägern und der Behörde und müssen selbst den vollen Pflegesatz bezahlen, weil keine Kita-Gutscheine mehr ausgegeben werden. Das ist die Realität. Kommen Sie mir nicht mit Glinde, bleiben Sie in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auf einen Punkt hat die Kollegin Steffen aufmerksam gemacht. Seit dem 30. Oktober läuft nichts mehr. Auch Ihr Bewilligungskriterium Nummer 2 läuft nicht mehr. Sie haben es das erste Mal in dieser Geschichte von Kita überhaupt geschafft, dass Berufstätige mit ihren Kindern nicht neu in das System hineingekommen sind. Da kommen Sie hier mit einem Modellprojekt von 20 Tagesmüttern an. Das ist lächerlich, Herr Müller-Sönksen, weil Sie das gerade mehrere Male gesagt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben doch nicht die Kraft, diesen Senator endlich dahin zu schicken, wo er hingehört, in den Ruhestand. – Danke.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ich habe sogar die Ruhe, Ihren Quatsch anzuhören! – Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Goetsch, Sie haben jetzt das Wort.

D **Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, dass hier ein dramatisches Ablenkmanöver läuft von dem eigentlichen Desaster, das sich in dieser Stadt abspielt. Frau Dr. Freudenberg hat ja nun fachlich Ihren Antrag auseinander genommen. Das kommt mir so vor, wie letztes Mal mit dem Antrag für das Orientierungspraktikum. Das ist so ein „Klein Erna“-Antrag. Was hier wirklich in der Stadt läuft, scheint an Ihnen irgendwie vorbeizugehen.

(Ingo Egloff SPD: Der Senator sollte auch mal was sagen! – Petra Brinkmann SPD: Ja, Tschüß! – Ingo Egloff SPD: Aus Rudi Ratlos wird Rudi Sprachlos! – Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben hier tausende von Hamburger Familien, die ohne Kinderbetreuung sind, die ohne Sicherheit sind und die ihre Lebensplanungen über den Haufen werfen müssen. Mütter und Väter stehen vor Kündigungen und Arbeitslosigkeit. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Dann müssen wir uns noch am Anfang der Woche anhören: Ja, der Rechtsanspruch wird eingelöst. Was ist denn ein Rechtsanspruch, wenn ein Rechtsanspruch nicht ein Rechtsanspruch ist? Das ist überhaupt nicht zu fassen. Und dann wird dieser gestern auch noch infrage gestellt. Zu Recht spricht meine Kollegin Steffen von Bananenrepublik. Wo sind wir denn eigentlich gelandet hier in Hamburg? So ein Drama bei der Kinderbetreuung hat Hamburg überhaupt noch nie erlebt.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das kennen wir nur aus Berlin!)

Da kommen Sie mit 20 Tagesmüttern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- A Das hat dieser Senat zu verantworten. Das hat der Schulsenator zu verantworten, der wahrscheinlich schon viel länger, angeblich ja seit Januar, über dieses Desaster Bescheid weiß und nicht die Notbremse zieht. Da sagt er doch glatt noch am 12. Juni in der Pressemeldung: Das Kita-Gutscheinsystem ist solide finanziert. Das muss doch den Eltern in dieser Stadt wie reiner Zynismus vorkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es werden keine Konsequenzen gezogen. Dann geht es weiter am 20. Juni – Zitat:

„Die restlichen rund 3900 Anträge von berufstätigen Eltern oder Erziehungsberechtigten der Priorität 5 werden bis zum Systemstart am 1. August positiv beschieden werden.“

Ich weiß nicht, wie man das nennt und ob man das sagen darf: Das ist nun wirklich Täuschung. In der letzten Bürgerschaftsdebatte um die Kita haben wir hier diskutiert und haben chronologisch das Desaster aufgezeigt. Sie haben es schön und abermals schöngeredet. Normalerweise würde man sagen: Sie haben uns belogen und getäuscht.

(Glocke – Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christa Goetsch (fortfahrend): Nein, ich gestatte hier im Augenblick gar nichts.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben doch die Beispiele leibhaftig in unserem Umfeld, im Bekannten- und Freundeskreis und im eigenen Betrieb, dass die Mütter und Väter seit Monaten auf Gutscheine warten. Ich will es ganz konkret machen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie nicht sehen oder hören wollen.

Es gibt ein Beispiel: Eine allein erziehende Mutter hat einen Krippenplatz, arbeitet, zieht um und wechselt die Krippe. Sie braucht jetzt einen neuen Gutschein. Sie bekommt eine Zusage, aber keinen Gutschein. Gestern muss sie vom Pressesprecher der BBS hören, dass es nicht sicher ist, dass sie einen Gutschein bekommt und ob ausreichend Geld für Priorität 4 da ist. Können Sie sich vorstellen, was das für eine Panik bei dieser Frau auslöst, die allein erziehend ist und darauf angewiesen ist. Sie kann doch nicht kündigen.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Ein bisschen erinnert das an Ihre Regierungszeit!)

Wir haben die anderen 2000 Familien, die eine Zusage haben, aber jetzt Angst haben, leer auszugehen. Das muss man sich wirklich plastisch vorstellen. Nicht wir, als Opposition, machen Panik, sondern Sie machen die Panik. Ich finde es schon ziemlich dreist, sich am Anfang der Woche hinzustellen und zu sagen, der Senat entscheide Ende des Jahres. Das mag für Finanzpolitiker vielleicht gut sein, aber für Eltern ist das eine Katastrophe hier in dieser Stadt. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat nun Herr Weinberg.

Marcus Weinberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen jetzt, weil wir über Kita reden, die Kita-Historie etwas aufarbeiten, Frau Goetsch. Es ärgert mich wahnsinnig, dass Sie hier behaupten, mit dem 1. August 2003 wäre das Kita-System auf einmal zusammengebrochen und wir vorher eine Idylle gehabt hätten. Das ist mitnichten so und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Also, mal zur Funktionalität von Ursache und Wirkung. Wie war es denn früher in dem alten System? Wir haben einen Unterschied gehabt. Wir wussten in dem alten System eben nicht, wie viele Plätze fehlen. Aber, dass es diese Plätze nicht gab, wissen Sie doch ganz genau. Sie kennen doch damals die Proteste der Eltern aus den jeweiligen Bezirken, die gesagt haben: Wir bekommen hier keinen Kita-Platz. Sie waren in einer Situation, dass sie berufstätig oder in der Ausbildung waren, die aber über die Funktion des Bezirkes der Kita versucht haben, einen Platz zu bekommen.

Jetzt in dem neuen System haben wir verlässliche Daten. Nun kann man uns das gerne anlasten, aber ich sage Ihnen: Wenn wir genau wissen, wie viele Plätze

(Zurufe von der GAL-Fraktion)

zurzeit noch fehlen, ist das die Handlungsoption und die Perspektive für diesen Senat, auch nachzuarbeiten. Ich erinnere daran. Wie war es denn früher? Sie reden davon, dass wir mit dem Regierungswechsel und mit dem 1. August 2003 den Zusammenbruch einer idyllischen Kindertagesbetreuung gehabt hätten. Das ist doch schlicht und einfach die Unwahrheit, die Sie hier berichten. Wie war es denn früher?

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Früher war es in allen Bezirken so, dass es Proteste der Eltern gab. Ich erinnere an die Demonstration vor wenigen Jahren hier vor dem Rathaus. Das war eine Demonstration gegen Ihre Kita-Politik. Sie haben die Elternbeiträge erhöht, und zwar nicht nur um kleine Summen, sondern Sie haben diese Beiträge so weit erhöht, dass Kinder aus der Kita abgemeldet wurden. Das ist für mich Ihre Form von Familienpolitik.

(*Wolfgang Ploog CDU*: Sehr richtig!)

Die Kinder sind abgemeldet worden, weil die Eltern die Beiträge nicht mehr bezahlen wollten. Dann stellen Sie sich hier als Moralapostel hin und wollen uns vorwerfen, dass wir eine verfehlte Kita-Politik hätten. Das ist etwas zu einfach.

Der nächste Punkt ist: Sie haben vor wenigen Jahren 27 Millionen eingespart. Da war Herr Böwer, der hat abgestimmt, da war Frau Goetsch, die hat abgestimmt und Sie haben die Hand gehoben und damit sind 27 Millionen im Kita-Bereich eingespart worden. Das ist die Realität Ihrer Politik gewesen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Und zur Frage der Option für die Zukunft ist es natürlich so, und das gestehen wir uns auch ein, dass es bei diesem Paradigmenwechsel, der ja einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist,

C

D

A (Lachen bei der SPD)

den aber viele vom systemischen Ansatz unterstützen,

(Dr. Verena Lappe GAL: Aber nicht, wenn Sie so weitermachen!)

Schwierigkeiten gibt. Aber wir stellen uns auch dieser Frage und die Entscheidung vom Montag hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass der Senat gemeinsam in einer großen Bemühung dieses für uns wichtige Politikfeld aufgreifen wird. Mal ganz ehrlich, wir werden auch abwarten, weil Sie jetzt Ihre Initiative starten. Auch darüber wird zu diskutieren sein.

Natürlich kann ich verstehen, dass Sie jeden Antrag nutzen, um Ihren Schwerpunkt zu bilden. Aber ich halte es auch für unseriös, wenn wir in der Bürgerschaft einen Antrag über die Qualifizierung von Tagesmüttern haben, Sie dann auf diesen Antrag, wie zum Beispiel Herr Böwer, aber kaum eingehen.

(Christa Goetsch GAL: Weil er so blöd ist!)

Das finde ich, ist auch für die Opposition etwas wenig. Frau Dr. Freudenberg hat den Antrag im engeren Sinne behandelt. Das fand ich sehr gut und sehr richtig. Herr Böwer ging traditionell nach vorne und hat die Reden der letzten zwei Wochen wiederholt.

Ich möchte noch etwas zu Frau Dr. Freudenberg sagen, um zumindest einmal noch ein bisschen inhaltlich über den Antrag zu reden. Jetzt werfen Sie uns vor, was ich nicht als Vorwurf bezeichnen will, dass Tagesmütter kein Ersatz für die Kindertagesbetreuung seien. Das ist richtig. Sie werfen uns indirekt ein bisschen vor, dass wir die Qualifizierung und den Ausbau der Tagesmütter benutzen würden, um das zu kompensieren. Dann frage ich Sie doch mal: Wer war es denn vor acht Jahren, der die Tagespflegebörse eingeführt hat? Sie waren es.

(Christa Goetsch GAL: Nö!)

Sie haben dieses ohne Begleitung und Qualifizierung eingeführt. Sie haben tatsächlich vor acht Jahren nur die Tagesmütter als kompensatorische Leistung benutzt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das war der Herr Silberbach von der PRO!)

Jetzt holen wir das nach, was Sie versäumt haben, nämlich die Qualifizierung von Tagesmüttern.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich glaube, dass es inhaltlich völlig richtig ist, alle Bereiche, soweit es möglich ist, abzudecken.

Herr Dr. Maier, warten Sie es doch mal ab. Wir werden in den nächsten Monaten noch genug Zeit haben, dann auch die Ergebnisse zu besprechen. Tatsache ist zurzeit, dass die vor kurzem eingetretenen Schwierigkeiten vom Senat und von den Regierungsfractionen in gemeinsamer Abstimmung gelöst werden. Wir können uns dann im Januar oder Februar gern noch einmal über diese Debatte unterhalten. Dann werden wir sehen, wo wir gelandet sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Nun bekommt Herr Dr. Schinnenburg das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Also, ich könnte Ihnen Zeitungen aus diversen SPD-regierten Ländern vorführen. Da steht überall so etwas drin. Das ist nicht nur in Schleswig-Holstein so.

Herr Böwer, Sie haben gesagt, Herr Schinnenburg habe nichts begriffen. Das Schlimme mit Ihnen ist, Sie haben es begriffen. Sie erzählen nur ständig etwas anderes, als Sie selber wissen. Das ist das Problem mit Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie führen uns hier etwas vor, von dem Sie selber wissen, dass es falsch ist.

Der Unterschied, Frau Goetsch, ist folgender: Sie haben Recht, es ist nicht befriedigend, wenn Eltern in Unsicherheit sind, ob sie einen Kita-Gutschein erhalten oder nicht. Das ist keine Frage. Noch viel unbefriedigender ist es, wenn in allen anderen Ländern keine Unsicherheit besteht, sondern Sicherheit, nämlich Sicherheit, dass man keinen Platz erhält. Das ist doch der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Petra Brinkmann SPD: Ist hier doch auch so!)

Es geht doch nur darum, wie viel mehr Kapazität wir hier schaffen, verglichen mit den von Ihnen regierten Ländern. Das ist doch der entscheidende Punkt. Sie kennen die Untersuchungen. Zu Ihren Zeiten fehlten 15 000 Plätze. Dann gab es die Studie, die wir so gelesen haben, dass 13 000 Plätze fehlen. Herr Böwer meinte, 18 000 daraus zu lesen. Jetzt werfen Sie uns vor, es fehlten jetzt noch 10 000 Plätze. Selbst nach Herrn Böwers Geschichten ist es eine deutliche Verbesserung. Es wurde erwähnt, dass Sie hier den Kita-Etat um 27 Millionen D-Mark gesenkt haben. In der bereits erwähnten Studie kam nun doch gerade heraus, dass ein großer Bedarf an Tagespflege besteht, den Sie nicht befriedigen wollten. Das sage ich Ihnen ganz eindeutig. Sie trauen den Menschen nicht zu, sich selber um die Kinder zu kümmern und Sie trauen den Menschen nicht zu, sich um die Kinder ihrer Nachbarn zu kümmern.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist eine Frechheit!)

Das ist Ihr Problem. Sie wollen immer nur die Kitas unterstützen. Das wollen wir auch, aber eben nicht nur. Es muss ein gesunder Wettbewerb bestehen, was die Mütter haben wollen, sollen sie bekommen, einen Kita-Platz oder einen Tagespflegeplatz. Das Kita-Gutscheinsystem deckt erst das auf, was Sie uns hier hinterlassen haben. Das ist doch der entscheidende Punkt. In Hamburg gibt es in einigen Punkten Unsicherheit. In Ihren Ländern gibt es generell Sicherheit, dass man nämlich nichts erhält. Von den 1,5 Milliarden Euro, die Ihre Bundesregierung für die Kindertagesbetreuung versprochen hat, ist hier kein einziger Cent angekommen. Wir müssen, wie oft, vom Bund und Rotgrün allein gelassen, die Probleme lösen. Wir werden das tun und Sie werden uns nicht daran hindern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Steffen hat jetzt das Wort.

C

D

- A **Sabine Steffen** GAL: Herr Dr. Schinnenburg und Herr Weinberg, das war ja ein etwas untauglicher Versuch, die Situation zu beschönigen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist jetzt so, dass Sie seit zwei Jahren verantwortlich sind und regieren und dass Sie zwei Jahre Zeit gehabt haben, das System richtig zu etablieren. Um es noch einmal deutlich zu machen, da Sie versucht haben, hier Vergangenheitsbewältigung zu betreiben: Wir haben in der letzten Legislatur genau aus dem Grunde, weil deutlich wurde, dass ein Ausbau im Kita-System erforderlich ist, die Kita-Card nicht umgesetzt. Wir haben Ihnen im Übrigen in der jetzigen Legislatur dauernd Hinweise gegeben, dass dieses genau das Problem ist. Sie haben wider besseren Wissens gehandelt und nicht auf die Opposition gehört. Sie haben trotzdem in der Erarbeitung Ihres Kita-Systems mit bestimmten Änderungen, die wir auch so nicht gemacht hätten, weitergearbeitet. Sie haben jetzt versucht, es durchzusetzen. Es nützt gar nichts, wenn Sie versuchen, was vor zwei Jahren in der letzten Legislatur war, zu beantworten oder darauf herumzureiten. Sie sind seit zwei Jahren verantwortlich. Insofern ist es auch Ihr Problem. Das muss man mal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Übrigen, um es nochmals deutlich zu machen, was auch aus den Reden schon deutlich geworden ist, zähle ich noch einmal auf: 12. Juni Pressemitteilung der BBS: Das Kita-System ist solide finanziert; 24. Juni, zwölf Tage später, Drucksache: Mehr Bedarf im Kita-Bereich von 19 Millionen; dann wird den ganzen Sommer über das, worauf die Opposition hinweist, nämlich, dass das System nicht solide finanziert ist, als Hysterie der Opposition ausgelegt; dann wird deutlich gesagt, mindestens 10 000 Kinder seien ohne Betreuung, mindestens 10 000 Eltern bekämen keinen Gutschein, es seien über 6000 Antragsteller abgelehnt worden, es seien in den diversen Kategorien immer noch Antragsteller da, die keine Bescheinigung bekämen, dass sie einen Platz bekämen. Das wird alles negiert. Der Senator ist in der Sitzung des Jugend- und Sportausschusses am 4. November nicht auskunftsfähig: Wie sieht es aus mit der Finanzierung des Systems? Haben wir noch mehr an Nachforderungen zu erwarten? Da ist er mit Hinweis auf die Sitzung des Senates am 10. November nicht auskunftsfähig gewesen. Und das Ergebnis ist, dass man sagt, man erfülle den Rechtsanspruch. Genau so ist die Chronologie. Insofern ist es so, dass nicht nur eine Nachforderung von 19 Millionen gegeben worden ist, es ist eine Nachforderung von X Millionen zurzeit offen. Wir wissen alle noch nicht, wie es weitergehen wird. Es gibt nur Vier-Stunden-Bewilligungen.

(Erster Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Kinder, die bisher in Betreuung sind und von Krippe in Elementar übergehen, werden jetzt auch höchstens noch vier Stunden betreut werden und nicht mehr ganztags. Eltern stehen davor, dass sie ihren Arbeitsbereich ändern oder kündigen müssen. Und dann kommen Sie damit, dass Sie sagen: Ersatztagesmütter. Es ist ja richtig, dass Herr Weinberg gesagt hat, Tagesmütter seien kein Ersatz für die Kita. Das habe ich ja mit Interesse gehört. Ganz offensichtlich wurde, dass Sie da irgendwie doch mit Ihrem Koalitionspartner FDP auseinander liegen, denn

Herr Schinnenburg hat genau das Gegenteil gesagt. Vielleicht sollten Sie sich auch in der Frage noch einmal untereinander einigen. Dass eine Kita bisher mehr ausgerichtet hat als Tagesmütter, dass also die Frage der Bildung dort anders bewertet wird – was Tagesmütter auch gar nicht leisten können, das ist überhaupt keine Negativunterstellung für die Frage der Tagesmütter –, ist ganz deutlich dem System zu danken. Das ist klar. Insofern würde ich doch sagen: Wenn Sie selbst nicht wissen, ob Tagesmütter für Sie nun Ersatz für die Kita sein sollen – bei der FDP sieht es dem Beitrag von Herrn Schinnenburg nach ja so aus – oder ob das eine sinnvolle Ergänzung ist, so wie das bisher ja auch gemacht wurde, dann einigen Sie sich doch darüber einmal. Und dann sehen Sie vor allen Dingen zu, dass es hierzu klare Äußerungen gibt, auf die sich Eltern verlassen können, womit sie rechnen können. Es wird jetzt Zeit, Herr Weinberg, und nicht erst im Januar oder Februar.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das hilft auch nichts mehr! – Barbara Duden SPD: Das reißt ihn nicht mehr rum!)

Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, ich erlaube mir einfach einmal – so hoffe ich doch zumindest – das Schlusswort.

(Thomas Böwer SPD: Da wäre ich nicht so sicher, Herr Kollege!)

Ich versuche es noch einmal auf sachlicher Ebene: Ich muss Sie vorläufig erst noch einmal enttäuschen. Als wir diesen Antrag geschrieben haben, stellte sich diese Kita-Problematik nicht,

(Thomas Böwer SPD: Wann haben Sie den Antrag denn gestellt?)

denn dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist mittlerweile ein halbes Jahr alt.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte auch nicht, dass dieser Antrag jetzt hier so heruntergespielt wird, so quasi, wir würden mit diesem Antrag jetzt versuchen, hier etwas schön zu schminken. Aber wenn Sie denn diese Kita-Debatte aufmachen, muss ich natürlich mitmachen. Das sehe ich ganz offen so.

Ich kann Ihnen eigentlich nur das sagen, was wir hier in der letzten Bürgerschaftssitzung auch gesagt haben: Es gibt sicherlich Nachbesserungsbedarf. Dafür ist die Lenkungsgruppe eingesetzt worden und ich würde es nach wie vor für verkehrt halten, hier blinden Aktionismus walten zu lassen. Natürlich ist das unbefriedigend für die, die sich im Augenblick in einer Situation der Unsicherheit befinden. D'accord, gar keine Frage. Nur: Blinder Aktionismus in einem solch großen Projekt, in einer solch großen Reform hilft hier niemandem weiter, meine Damen und Herren.

(Dr. Verena Lappe GAL: Das müssen Sie abstellen!)

Ich sehe mit Bedauern, dass Sie sich melden, Herr Böwer. Eigentlich wollte ich das Schlusswort haben.

- A Deswegen bitte ich Sie auch: Lassen Sie uns doch diese Problematik konstruktiv angehen, und zwar gemeinsam. Hier gibt es Lösungsmöglichkeiten. Davon bin ich fest überzeugt. Es sind ja nur ein paar kleine Dinge in dieser Frage zu lösen und das sollten wir doch gemeinsam schaffen. Trotz alledem bitte ich Sie, dieses jetzt nicht mit diesem Antrag, der hier vorliegt, zu vermischen. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Böwer.

(*Martin Woestmeyer FDP:* Die dritte Wiederholung!)

Thomas Böwer SPD: Herr Kollege Müller, weil Sie gesagt haben: "kein blinder Aktionismus" und "das ist ein großes Projekt". Was einen verwundert, ist: Wenn das so ein großes Projekt ist und, wie Herr Dr. Schinnenburg immer nicht vergisst zu sagen, bundesweit einmalig – wieso gründen Sie dann jetzt erst überhaupt eine Steuerungsgruppe? Wieso ist diese Steuerungsgruppe eigentlich nicht von Anfang an da?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, erst jetzt wird eine Steuerungsgruppe gegründet, die dann ein Ergebnis im Januar feststellt, und ein Controlling wird auch noch eingeführt, nach dem Motto: Ist das eigentlich alles sinnvoll?

- B Wir können abwarten, ob die Aussage von Senator Lange zutrifft oder ob der "Abendblatt"-Artikel von Montag dieser Woche falsch ist, ob aus dem Kita-Bereich im Sommer 2002 sachfremde Entnahmen stattgefunden haben. Da gehen wir mit Gelassenheit rein. Dafür beantragen wir Akteneinsicht, um derartigen Dingen auf den Grund zu gehen. Darauf freuen wir uns. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag aus der Drs. 17/3569 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 52 auf, Drs. 17/3559, Antrag der GAL-Fraktion: Gleiche Rechte für schwule und lesbische Paare: Landesrecht und Bundesrecht anpassen!

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Gleiche Rechte für schwule und lesbische Paare:
Landesrecht und Bundesrecht anpassen!
– Drs. 17/3559 –]**

Meine Damen und Herren, ich hatte nicht zur Völkerwanderung aufgerufen. Wenn Sie den Saal verlassen wollen, dann bitte so ruhig, dass ich hier in der Sitzung fortfahren kann.

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 17/3638 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft von
Schwulen und Lesben weiter voranbringen
– Drs. 17/3638 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überweisen. Wer meldet sich zu Wort? – Der Abgeordnete Farid Müller wünscht es und hat es.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssten heute nicht auf Antrag meiner Fraktion erneut über die Gleichstellung von Lesben und Schwulen debattieren, wenn der Justizsenator das getan hätte, was er noch im Frühjahr lauthals versprochen hat. Damals hat er vollmundig erklärt, dass Hamburg die Landesgesetze an die Lebenspartnerschaft anpassen wolle. Es gab Absichtserklärungen im Bundesrat, endlich die Blockade der Lebenspartnerschaft zu beenden. Es gab sogar, wie wir den Medien entnehmen mussten, eine eigene Bundesratsinitiative.

Davon ist nichts geblieben. Nach dem Rathauskandal wurden all diese Ankündigungen kassiert. Erst kam Ronald Schills Versuch, den Ersten Bürgermeister gefügig zu machen, und dann verschwanden die schwul-lesbischen Vorhaben von der Agenda des Senates. Dafür gab es und dafür gibt es keinerlei sachliche Gründe. Ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der GAL und bei *Petra Brinkmann SPD*)

Der Versuch von Schill, Homosexualität zu instrumentalisieren, hat gezeigt, dass wir mehr für die Akzeptanz von Schwulen und Lesben tun müssen. Wir müssen endlich dazu kommen, dass es keine Meldung mehr wert ist, ob jemand schwul, lesbisch oder hetero ist. Dann kann auch niemand mehr glauben, dass andere wegen ihrer Homosexualität erpressbar seien. Dann wäre diese Affäre Hamburg erspart geblieben.

Akzeptanz, das, was der Erste Bürgermeister auch in seiner Regierungsmitteilung im Jahre 2001 gesagt hat, können wir nur mit einer aktiven Politik für Lesben und Schwule erreichen. Deswegen müssen wir nicht weniger tun, sondern wir müssen mehr für die Akzeptanz tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL)

Damit es noch einmal deutlich wird, wozu es hier eigentlich geht: Es ist nicht einzusehen, dass Lesben und Schwule beim Erbschaftsteuerrecht gleichgestellt sind, aber dann bei der Erbschaftsteuer das Vierundzwanzigfache von Eheleuten zu bezahlen haben. Es ist nicht einzusehen, dass Hinterbliebenenversorgung bei Eheleuten so funktioniert, wie sie jetzt funktioniert, und schwul-lesbische Paare leer ausgehen. Es ist nicht einzusehen, dass Hamburger Beamte beim Beihilferecht nicht die gleichen Rechte im Krankenversicherungsrecht haben wie Angestellte hier in dieser Stadt. Diese Aufzählung wäre endlos fortzusetzen.

Ein weiteres Argument für die Gleichstellung ist, dass sie in dieser Gesellschaft auch hier in Hamburg schon Realität ist. Die Regierungsmehrheit liebt es doch, sich sehr wirtschaftsfreundlich zu geben. Aber warum folgen Sie dann der Wirtschaft nicht, die ihre lesbischen und schwulen Angestellten längst Eheleuten gleichgestellt haben? Warum folgen Sie nicht dem Vorbild von Karstadt, der

C

D

- A Volksfürsorge und sogar Beiersdorf, wo auch die Stadt inzwischen Anteile hält? Warum folgen Sie zum Beispiel nicht dem skandinavischen Vorbild, wo wir doch immer die Nähe zum Ostseeraum so betonen? Gegenüber dieser Gleichstellungspolitik, meine Damen und Herren, muss Hamburg sich wirklich verstecken.

Wenn man nun nicht Richtung Ostsee gucken will, warum guckt die CDU-Fraktion, die Chicago besucht hat, nicht zu unserer Partnerstadt? Dort sind schon seit zehn Jahren Angestellte und Beamte der Stadt in schwul-lesbischen Paaren Eheleuten gleichgestellt. Sehen Sie sich nahezu alle größeren US-Firmen an, meine Damen und Herren. Dort sind längst lesbische und schwule Paare mit Eheleuten bei Unternehmensdienstleistungen gleich gestellt.

Und wenn Sie nicht so weit schauen wollen, weil Ihnen das doch alles ein wenig zu weit ist, dann gucken Sie einfach einmal nach Sachsen-Anhalt. Dort hat die Regierung von CDU und FDP ein Gesetz zur Angleichung des Landesrechtes für lesbische und schwule Paare ins Parlament eingebracht.

Eins hat der Rathaussskandal uns doch gezeigt hier in Hamburg: Wenn wir hier in diesem Parlament nicht handeln, dann handeln andere für uns. Und so wird es auch bei der Gleichstellung von Lesben und Schwulen kommen, denn derzeit wartet eine EU-Richtlinie, die die Diskriminierung am Arbeitsplatz zum Inhalt hat, auf Umsetzung in diesem Land. Wir haben noch eine Frist bis Ende des Jahres. Danach werden die Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland, auch in dieser Stadt, das Recht haben, Nicht-Diskriminierung einzuklagen. Soweit, meine Damen und Herren, möchte ich es hier in Hamburg nicht kommen lassen. Ich bitte Sie deswegen: Überdenken Sie das Ende Ihrer Politik und stimmen Sie dem Antrag meiner Fraktion zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Petra Brinkmann SPD*)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Müller! Die Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes im Deutschen Bundestag im November 2002 war ein historischer Schritt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden endlich nicht mehr wie Fremde behandelt, sondern wie Familienangehörige, die für einander einstehen, Pflichten übernehmen, aber endlich auch Rechte haben, wie sie heterosexuellen Paaren immer schon offen standen. Schwule und lesbische Lebenspartnerschaften können einen gemeinsamen Namen annehmen, können jetzt ein kleines Sorgerecht für Kinder beantragen, sodass im Alltäglichen beide mitentscheiden können, sie haben gegenseitige Unterhaltungspflichten und ein Zeugnisverweigerungsrecht. Dieser große Schritt wurde von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Den meisten Bürgerinnen und Bürgern ist die sexuelle Orientierung ihrer Nachbarn, ihrer Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz gleichgültig. Aber nicht alle Parteien haben damals diese neue gewachsene Mehrheit mittragen wollen. Die CDU hat im Bundestag das Lebenspartnerschaftsgesetz abgelehnt, auch wenn einige Abgeordnete deutlich gemacht haben, dass sie eine verbindliche Beziehung zwischen Lesben und Schwulen, die auch einen rechtlichen Rahmen hat, sehr wohl mittragen

können. Andere Abgeordnete der CDU jedoch haben den Untergang des christlichen Abendlandes befürchtet und die FDP hat damals einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der nicht so weit reichte wie das damals beschlossene Gesetz, aber immerhin einen Schritt ging. Die unionsregierten Länder Sachsen und Bayern haben hingegen sogar vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, weil sie dieses Gesetz wieder zu Fall bringen wollten. Sie haben aber verloren.

Sie sehen, weder die Verfassung noch die Mehrheit der Bevölkerung stehen gegen die Gleichstellung von Schwulen und Lesben an diesem Punkt. Was dagegen steht, sind Vorurteile, Abneigung, Verdrängung der menschlichen Realitäten bis zu sehr ausgrenzenden Vorstellungen. Der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann, der ja diese Tage von sich reden macht, hat in der Debatte im Deutschen Bundestag von einem Unwerturteil aller monotheistischen Religionen über Homosexualität gesprochen und damit seine Ablehnung begründet. Diese Position gibt es, sie wird aber nicht von einer Mehrheit getragen und sollte auch eine CDU nachdenklich machen.

Machen wir uns klar: Wir sind einen sehr weiten Weg gegangen. Die Verfolgung der Schwulen und Lesben während des Nationalsozialismus ist knapp 60 Jahre her. In der Nachkriegszeit war Homosexualität noch verboten und der unselige Paragraph 175 fiel erst 1990 im Zuge der Wiedervereinigung. Wir sind stolz auf den erreichten Stand der Gleichstellung, aber wir wollten mit dem ursprünglichen Lebenspartnerschaftsgesetz noch Weiteres regeln und das ist an der Unionsmehrheit im deutschen Bundesrat gescheitert. Wir nehmen heute daher mit unserem Antrag einen erneuten Anlauf, diesmal über das Bundesland Hamburg. Justizsenator Kusch, Sie haben angekündigt, alle Gesetzesänderungen auf Landesebene mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz abgleichen zu wollen und eine Übernahme prüfen zu lassen. Sie haben auch angedeutet, dass Hamburg ein Ergänzungsgesetz im Bundestag nicht blockieren würde. Nun ist es so, dass dieses Ergänzungsgesetz in der letzten Legislaturperiode an der unionsregierten Mehrheit gescheitert ist. Es gibt zurzeit keine Mehrheit im Bundesrat, dieses Gesetz wieder aufzugreifen. Da frage ich Sie: Wäre es nicht möglich, dass eine Hamburger Großstadt-CDU zusammen mit einem liberalen Koalitionspartner hier die Initiative ergreift, um einen erneuten Diskussionsprozess anzuschließen?

Viele notwendige Regelungen sind am Bundesrat gescheitert. So gibt es keine steuerliche Erleichterung für schwule und lesbische Partnerschaften. Sie werden steuerlich immer noch wie Singles behandelt. Und es gibt eben auch keine gegenseitige Verantwortung, wenn zum Beispiel einer der Partner Sozialhilfe bezieht. Wie wäre es, wenn Sie hier in Hamburg nicht Vorurteile zur Grundlage der Politik machten, sondern die Anerkennung der Realität? Stellen Sie die Rechte der Menschen auf Gleichstellung in den Vordergrund und nicht parteipolitische Disziplin auf Bundesebene. Das wäre mutig und richtig. Wir hoffen daher auf Unterstützung unseres Zusatzantrages. Bringen Sie Bewegung in den Stillstand der unionsregierten Bundesländer und seien Sie in Hamburg Vorbild für die Gleichstellung.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, Sie fordern in Ihrem Antrag die Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Das ist nicht die Position der Sozialdemokratie. Und es ist für uns auch nicht nachvoll-

C

D

- A ziehbar, warum Sie das konservativ geführte Hamburg, das so leichte Sympathien für das Lebenspartnerschaftsgesetz hat erkennen lassen, nun ausgerechnet mit dieser Forderung gewinnen wollen. Daher haben wir einen eigenen Antrag in die Debatte eingebracht. Wir hoffen auf eine ernste Beratung der Möglichkeiten und bitten um breite Unterstützung des Antrages.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Verena Lappe* und *Sabine Steffen*, beide GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, Sie haben hier wirklich einen Brückenschlag zwischen Europa- und Schulpolitik geschafft. Dafür beglückwünsche ich Sie sehr. Sie haben den Vorgriff zum Europawahlkampf genommen. Insofern wollen wir Ihnen das Thema nicht allzu lange nehmen. Wir werden es bestimmt noch in den nächsten Monaten häufiger beraten. Das wird Ihr Thema im Europawahlkampf sein, seien Sie gewiss.

(*Christian Maaß* GAL: Wir haben Landesrecht!)

Aber manches öffentliche Auftreten, muss ich sagen, ist in dieser Frage nicht sachdienlich. Und, Herr Maaß, das mag zwar Landesrecht sein, aber Herr Müller wird dieses Thema mit Sicherheit im Europawahlkampf im Vordergrund fahren. Da bin ich mir ganz sicher.

- B Trotzdem ist dieses öffentliche Auftreten nicht immer sachdienlich. Es gibt ein Beispiel: Vor wenigen Tagen ist in der Justizministerkonferenz der Vorschlag unterbreitet worden, den Lebenspartnerschaften die Möglichkeit der Stiefkinderadoption zu schaffen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie man die Akzeptanz für berechnete Belange von Lebenspartnerschaften gefährden kann. Man muss kein fundamentalistischer Gegner eingetragener Lebenspartnerschaften sein, um diese Forderungen abzulehnen. Im Adoptionsrecht darf es nur um das Wohl der betroffenen Kinder gehen. Kinder dürfen nicht zu Versuchszwecken missbraucht werden. Das ist aber der Fall, wenn ihnen die Elternschaft desjenigen leiblichen Elternteils genommen werden soll, in dessen Haushalt das Kind nicht mehr lebt und an dessen Stelle ein Adoptivelternteil gesetzt wird. Mit jeder Adoption wird eine rechtliche Elternbeziehung geschaffen, die ihrem Wesen nach auf Dauer angelegt ist. Es darf schon bei Eheleuten mit einiger Berechtigung nach der Sinnhaftigkeit von Stiefkinderadoptionen gefragt werden. Dies muss erst recht für eingetragene Lebenspartnerschaften gelten, die erst seit gut zwei Jahren rechtliche Geltung haben. Bevor das Schicksal von Kindern mit ihnen verknüpft ist, ist es erforderlich, nähere Erkenntnisse über Bestand und tatsächliche Erscheinungsform von Lebenspartnerschaften zu erlangen. Entsprechend ist dieser Vorschlag in der Justizministerkonferenz gescheitert.

Ich kann mir aber auch sinnvolle Anpassungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes in folgenden Bereichen denken: Lebenspartnerschaften sollten künftig bundesweit vor Standesbeamten begründet werden. Damit wird die herabwürdigende Verweisung an andere Stellen wie in anderen Bundesländern beseitigt.

(*Farid Müller* GAL: Bravo!)

- Ich sage: Das ist meine Meinung. Ob wir das durchsetzen, werden wir sehen. C

Nach geltendem Recht hindert eine bestehende Ehe zwar im Moment eine Begründung einer Lebenspartnerschaft, sie ist ein so genanntes Ehehindernis. Umgekehrt gilt dieses aber nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber mit der Schließung dieser Regelungslücke beauftragt. Künftig soll eine bestehende Lebenspartnerschaft, ebenso wie schon eine bestehende Ehe, die Eingehung einer neuen Ehe ausschließen.

Lebenspartnerschaften sollten auch im Sozialhilferecht anders behandelt werden als zurzeit. Bei Ehegatten kann eine Einkommensanrechnung den Sozialhilfeanspruch kürzen, während dies bei Lebenspartnern zurzeit nicht der Fall ist. Damit verstößt das Sozialhilferecht gegen das Benachteiligungsverbot. Diese ungerechtfertigte Besserstellung der Lebenspartnerschaften muss wiederum auch beseitigt werden. Zudem werden Einsparungen im Sozialhilfeeat erreicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Erb- und Pflichtteilsrecht für Lebenspartnerschaften anerkannt. Deshalb ist bei Lebenspartnerschaften ebenso wie bei Ehen zu erwägen, den Erbschaftsteuerlichen Zugriff so zu beschränken, dass die Erbschaft noch Ergebnis der ehelichen beziehungsweise lebenspartnerschaftlichen Erwerbsgemeinschaft bleibt. Gegenwärtig werden erbende Lebenspartner wie völlig fremde Erben besteuert. Diese Diskriminierung sollte durch eine Besserstellung bei den Freibeträgen und Steuersätzen beseitigt werden.

(*Farid Müller* GAL: Machen Sie doch!)

- Werden wir. Keine Sorge. D

Eine Angleichung an die steuerliche Privilegierung erben-der Ehegatten wäre damit aber nicht gefordert.

Erst, wenn es gelungen ist, diese begonnene Überarbeitung und die Ergänzung des Bundeslebenspartnerschaftsrechtes sinnvoll abzuschließen, ist es an der Zeit, das Hamburger Landesrecht in Angriff zu nehmen. Dazu gehören zum Beispiel auch Regelungen, die uns Abgeordnete betreffen: Die Beschäftigung von Mitarbeitern, die nicht Lebenspartner sein dürfen. Also wenn, dann die Gleichberechtigung in allen Bereichen. In beiden Bereichen, Bundes- wie Landesebene, besteht von unserer Seite die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit. Insofern werden wir die Beratungen der nächsten Monate weiter abwarten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Schaub.

Reinhold J. W. Schaub Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! GAL und SPD wollen heute wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Sie wollen, dass Hamburg weite Teile seines Landesrechtes durchforstet und Änderungen im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes vornimmt, obwohl die angekündigten Vorgaben aus dem Bundesjustizministerium trotz mehrfacher Anmahnung durch Herrn Senator Kusch immer noch nicht vorgelegt worden sind. Wir haben im Rechtsausschuss bereits darüber gesprochen.

A (Farid Müller GAL: Das hat doch nichts damit zu tun!)

Um es vorwegzunehmen: Von der Intention her sind Ihre Anträge ja möglicherweise richtig. Wir wollen auch nicht darüber streiten, ob wir ein Lebenspartnerschaftsgesetz in einer modernen und weltoffenen Stadt wie Hamburg brauchen. Doch heute geht es um eine ganz andere Frage: Es geht darum, ob es Sinn macht, die Hamburger Verwaltung gleich zweimal damit zu beauftragen, eine Vielzahl von einzelrechtlichen Vorschriften anzupassen. Es handelt sich immerhin um rund 70 Gesetze und Verordnungen. Die erste Anpassung müsste nämlich unmittelbar nach Verabschiedung dieser Anträge erfolgen. In einem zweiten Schritt hätte die Justizbehörde dann dafür Sorge zu tragen, dass unser Landesrecht nicht gegen Ausführungsbestimmungen des Bundes und ein eventuelles Ergänzungsgesetz verstößt, von dem noch gar nicht klar ist, wann es überhaupt kommt. Die Koalition ist der Auffassung, dass ein solcher Verwaltungskraftakt nur einmal geleistet werden kann und sollte.

SPD und Grüne schieben den CDU-geführten Ländern im Bundesrat einseitig den schwarzen Peter zu und sprechen von Blockade. Bereits im Rechtsausschuss haben die Senatsvertreter Unterstellungen der Opposition zurückgewiesen und klargestellt, dass Hamburg sich im Bundesrat konstruktiv in die Beratungen um das Ergänzungsgesetz eingebracht hat und weiter einbringt. Es muss hier eine sinnvolle Regelung gefunden werden. Wenn man sich einigen will, müssen sich jedoch beide Seiten aufeinander zubewegen. Herr Dr. Kusch, meine ich, hat hier einen Anfang gemacht. Jetzt ist Frau Zypries am Zuge. Daher ist Ihre Forderung nach einer Bundesratsinitiative, zum Beispiel in den Punkten 1 und 2 des Petitums der GAL, überflüssig.

Außerdem möchte ich noch einmal unterstreichen, was uns im Rechtsausschuss berichtet wurde. Nur in drei Prozent der Fälle, in denen die Lebenspartnerschaft der Ehe nicht gleichgestellt ist, liegt die Ursache in hamburgischer Verantwortung. Zu 97 Prozent sind bundesrechtliche Vorschriften betroffen. Es hat daher keinen Sinn, Flickschusterei zu betreiben, wenn es um die rechtliche Gleichstellung dieser beiden Lebensentwürfe geht. Im Interesse der Betroffenen brauchen wir daher eine Gesamtlösung. Deswegen lehnen wir die Anträge der SPD und der GAL ab.

Interessant ist übrigens die Überschrift der Ausgabe der "Welt am Sonntag" vom letzten Wochenende. Zitat:

"Der Einfluss Hamburgs auf die Bundespolitik war noch nie zuvor so groß. Abgeordnete von SPD und GAL sprechen in Berlin ein gewichtiges Wort mit."

Wenn dem tatsächlich so wäre, meine Damen und Herren, wäre die heutige Debatte überflüssig.

Meine Damen und Herren von der Opposition, das Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz ist ja wohl mit Gegenstand des rotgrünen Koalitionsvertrages auf Bundesebene. Wenn Sie diesen Koalitionsvertrag in Berlin nicht umgesetzt bekommen, dann versuchen Sie nicht, uns dafür zu missbrauchen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann erhält das Wort der Abgeordnete Woestmeyer.

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die GAL ist die alte Umweltpartei wie eh und je. Jetzt fängt sie sogar an, ihre alten Anträge zu recyceln.

Lieber Farid Müller, wenn es nicht um ein ernsthaftes Anliegen ginge, würde ich an dieser Stelle meine Rede vom 14. November letzten Jahres, vor fast exakt einem Jahr, Wort für Wort hier noch einmal vortragen.

(Christian Maaß GAL: Da sehen Sie einmal, wie wenig passiert ist!)

Am Ende meiner damaligen Rede stand übrigens die Aufforderung, dass Sie sich bitte bei Ihren Kollegen in Berlin für diesen Antrag einsetzen. Da sehen Sie einmal, wie wenig passiert ist, wenn ich Ihren Zwischenruf da einfach einmal aufgreifen darf. Dieser Bitte sind Sie also leider nicht nachgekommen oder Frau Sager hat Ihnen im Bundestag die kalte Schulter gezeigt. Ich weiß es nicht. Es gibt in jedem Fall keine Bundestagsdrucksache der Grünen mit einem Entwurf für ein Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz. Wenn das heißen würde, Krista Sager tue nichts für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, dann wäre das natürlich sehr frustrierend für die GAL.

Zum Antrag: Der letzte GAL-Gesetzesentwurf zur Anpassung der hamburgischen Gesetze wurde im Rechtsausschuss ja schon besprochen, positiv beschieden und zurückgestellt, bis eine bundeseinheitliche Regelung da sei. Das ergibt auch Sinn – Herr Schaub hat das schon ganz richtig gesagt –, denn sonst müssten wir womöglich alles noch einmal ändern, wenn das Ergänzungsgesetz auf Bundesebene endlich da ist.

Es ist schade, dass es das immer noch nicht gibt, schade, denn die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Verantwortungsgemeinschaften von Lebensgemeinschaften ist für die FDP ein sehr ernstes Anliegen. Die FDP-Bundestagsfraktion – Frau Ernst hatte das ja schon gesagt – hatte bereits 1999, nämlich bereits ein Jahr vor Rotgrün – das hatte Frau Ernst nicht gesagt – den ersten Gesetzesentwurf zur eingetragenen Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingebracht. Dann kam aber die rechtlich etwas zweifelhafte Zweiteilung des Gesetzes durch die auch nicht ganz zweifelsfreie Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin. Wir haben seither mit dem ersten Gesetzesteil die Hamburger Ehe sozusagen für ganz Deutschland. Den zweiten Teil des Lebenspartnerschaftsgesetzes, den Rotgrün ja in der ganzen letzten Legislaturperiode auch nicht zustande gebracht hat, den haben wir jetzt, auch ein Jahr nach der Neuauflage von Rotgrün immer noch nicht. Das ist deshalb schlecht, weil so die bestehende und nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung nicht abgeschafft wurde. Noch immer haben Lebenspartner kein Zeugnisverweigerungsrecht. Das kann nicht sein. Im Erbschaftsrecht: Schwule oder Lesben in einer Lebenspartnerschaft werden im Erbfall immer noch wie Fremde behandelt. Im Erbschaftsteuerrecht gelten sie genauso als so genannte "übrige Erwerber". Das müssen wir ändern, schon aus verfassungsrechtlichen Gründen. Übrigens musste der Finanzsenator auch bereits zugeben, dass hier nicht ernsthaft mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, dass diese nicht zu befürchten sind. Das können Sie in meiner Kleinen Anfrage 17/3353 nachlesen. Last, but not least im Ausländerrecht. Aber bei einem fairen Kompromiss, bei einer überfälligen Reform, sehe ich da optimistisch in die Zukunft und wir müssen da auch den Vermittlungsausschuss abwarten. Da bin ich

- A aber ganz zuversichtlich, weil Hamburg dort ja mit einem liberalen Senator vertreten ist.

Dennoch: Dieser GAL-Antrag ist nicht das probate Mittel und deshalb tun wir Ihnen auch keinen Gefallen, Herr Müller, weil dieser Antrag absurd formuliert ist und ich ihn an Ihre Bundestagsfraktion zurückgeben könnte. Nicht, weil der Inhalt schlecht wäre, werden wir diesen Antrag ablehnen. Wie absurd die Argumentation in diesem Antrag ist, möchte ich kurz verdeutlichen: Die GAL spricht ja von einer Blockade im Bundesrat. Interessant, aber wie kann man etwas blockieren, das gar nicht dort ist? Es ist gar nicht da, dann kann man es auch nicht blockieren. Und selbst wenn die Union blockieren sollte, würde das unseren rotgrünen Freunden doch nichts ausmachen, wenn ich da zum Beispiel an das Zuwanderungsgesetz denke. Da haben Sie keine Skrupel und bringen ein wegen Verfassungsbruchs ungültiges Gesetz in völlig identischer Form erneut in den Bundesrat ein. Das haben Sie hier nicht gemacht. Warum machen Sie das nicht? Dieses Gesetz ist nun im zweiten Anlauf dort, wo es nach Ratschlag der FDP bereits Ostern 2002 hätte sein können, nämlich im Vermittlungsausschuss. Sie haben also keine Angst vor einer Blockade, aber es gibt nichts und insofern kann man da auch nichts blockieren. Die gespielte Entrüstung der GAL hierüber kann ich nur an Ihre Bundestagsfraktion weiterschicken. Währenddessen unterstützen wir alle vernünftigen Kräfte, die hoffentlich in absehbarer Zeit den Abbau ungerechtfertigter Diskriminierung beenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B **Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Farid Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bei den Redebeiträgen der Regierungsfractionen sehr interessant zu hören, dass mit keinem einzigen Wort darauf eingegangen wird, was Senator Kusch gegenüber der Presse im April geäußert hat, dass er nämlich in diesem Herbst das Landesrecht anpassen will. Man muss auch eines bedenken, nämlich dass er das gesagt hat, nachdem in diesem Parlament, trotz einiger positiver Äußerungen der Regierungsfractionen – das gebe ich gerne zu –, Herr Kusch dafür gesorgt hat, dass dieses Gesetz abgelehnt wird. Ein paar Wochen später geht er dann an die Öffentlichkeit und sagt genau das Gegenteil. Deswegen stehen wir heute erneut hier, meine Damen und Herren, nicht wegen Recycling, sondern weil der Senat hier offenbar sein Wort bricht. Das ist keine Kleinigkeit, denn in dieser Stadt sind davon mehr als 200 000 Menschen betroffen.

(*Rolf Kruse CDU: Woher wissen Sie das?*)

Wenn Ihnen das offensichtlich alles egal ist, was Ihr Senat gegenüber der Presse äußert, denn das muss man nach Ihren Äußerungen annehmen, dann hätten Sie ja wenigstens noch die Möglichkeit, Abgeordnete zu sein, um Dinge auf den Weg zu bringen, wozu der Senat offensichtlich zurzeit nicht in der Lage ist.

Dann können wir auch gleich noch einmal das Märchen vom Bundesrat und Bundestag ein wenig aufklären. Wenn wir über ein Zuwanderungsgesetz sprechen, das zurzeit im Vermittlungsausschuss ist, so ist das etwas ganz anderes, als wenn wir über ein Gesetz sprechen,

das ausschließlich Gesetze beinhaltet, die nur über den Bundesrat durchzusetzen sind. Das ist beim Zuwanderungsgesetz nicht der Fall. Das Zuwanderungsgesetz ist eine Mischung zwischen einerseits Regelungen, die der Bundestag beschließen kann, und andererseits Regelungen, die absolut der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Beim Lebenspartnerschaftsgesetz haben wir Ihre Blockade vor zwei, drei Jahren vorausgesehen und deswegen das Gesetz getrennt, nämlich all das, was der Bundestag jetzt schon beschließen konnte, ist weitestgehend beschlossen. Das, was bisher an den Ländern gescheitert ist, ist eben noch nicht beschlossen.

Warum sollte eine Bundesregierung ein Gesetz auf den Weg bringen, wenn sie jetzt noch nicht weiß und es keinerlei Signale aus dem Bundesrat gibt, dass dieses Gesetz durchkommt. Warum sollte man ein Gesetz machen, das sofort wieder abgelehnt wird?

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Das machen die laufend!*)

– Nein, das machen sie nicht laufend. Hier geht es eindeutig um Gesetze, die absolut davon abhängig sind, ob die Mehrheit der Unionsländer zustimmt oder nicht. Wenn Hamburg zwar ein Nicht-Blockierungssignal gibt – und das war das Einzige, was wir in puncto Blockade angesprochen haben –, ein Nicht-Blockierungssignal von Herrn Kusch ausgeht, dann ist das ja begrüßenswert. Aber es reicht nicht, meine Damen und Herren, denn die Bürger haben keine Lust mehr auf diese Verschiebepolitik, diese müssen es machen, jene müssen es machen und am Ende passiert gar nichts. Das wollen die Menschen draußen nicht mehr. Das merken wir momentan auch bei den anderen Reformen, die im Vermittlungsausschuss sind. Dafür gibt es überhaupt kein Verständnis mehr. Deswegen gibt es auch kein Verständnis, wenn sich dieser Senat hinter seinen Beamten versteckt und sagt, wir können ihnen nicht zumuten, zweimal tätig zu werden. Wissen Sie eigentlich, was Sie damit sagen? Wissen Sie eigentlich genau, was das bedeutet und wie das draußen in der Stadt ankommt, dass lesbische und schwule Bürger es offensichtlich nicht wert sind, dass Hamburger Beamte für sie etwas tun? Das ist nämlich das, was dabei rüberkommt und das finde ich schäbig, meine Damen und Herren, das finde ich überschäbig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn man dann noch sieht, dass andere Bundesländer das schon längst tun – wie ich eben erwähnte, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein wird zum Ende des Jahres das gesamte Landesrecht anpassen und Berlin hat es längst getan –, dann, meine Damen und Herren, versteht das niemand mehr. Alle Worthülsen, die hier mit Welttoffenheit und Liberalität in dieser Stadt bei Sonntagsreden gehalten werden, werden damit ad absurdum geführt und dafür ist dieser Senat zuständig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3559 und 17/3638 federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

C

D

- A Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst den Zusatzantrag der SPD, Drs. 17/3638. Wer möchte diesen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drs. 17/3559 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dies ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 58 auf, Drs. 17/3565, Antrag der Koalitionsfraktionen: Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

**[Antrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten – Drs. 17/3565 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Das Geburtstagskind Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mir eine Ehre, an meinem Ehrentag zum Ehrenamt zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Auf Initiative der FDP hat die Koalition bereits im Herbst 2002 mit der Drs. 17/1560 der Bürgerschaft konkrete Schritte vorgeschlagen. Da war zum Beispiel die Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit in Zeugnissen und bei Bewerbungen, der Abbau bürokratischer Hemmnisse, eine Überprüfung des Steuerrechtes sowie – das war damals noch so – eine Änderung bei den 325-Euro-Jobs. Die waren damals noch dringend Änderungsbedürftig. Kleiner Hinweis an den Senat: Wir hatten auch um einen Bericht gebeten, aber gut.

Meine Damen und Herren! Seitdem sind in der Tat Fortschritte eingetreten. Die Bundesregierung hatte ein Einsehen, die unseligen 325-Euro-Jobs sind nicht nur für Ehrenamtler, sondern generell weg. Wir haben das 400-Euro-Programm, das sicher auch noch nicht perfekt ist, aber deutlich besser.

Dann wurde vom Senat die Landesinitiative "Hamburg engagiert sich" eingerichtet. Ich freue mich sehr, dass dem Kuratorium auch Oppositionsabgeordnete angehören. Ich glaube, dieses Thema ist es in der Tat wert, dass alle fünf Fraktionen dafür arbeiten. Offenbar wurden auch die Arbeitsmöglichkeiten im ehrenamtlichen Bereich verbessert. Ich verweise da nur einmal auf die weitere Stärkung der virtuellen Freiwilligenagentur. Es hatten viele Gespräche und Diskussionen zum Thema Ehrenamt und Förderung des Ehrenamtes gegeben und uns schien es an der Zeit, weitere Vorschläge in die Diskussion zu bringen, was wir mit diesem Antrag tun.

Da ist zunächst einmal eine steuerliche Aufwandspauschale von 300 Euro. Wir müssen immer noch mal daran denken, dass Ehrenamt auf den ersten Blick heißt, dass der überhaupt kein Geld bekommt. Das soll im Allgemeinen auch so bleiben, aber man muss wirklich darüber nachdenken, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur regelmäßig nichts einbringt, sondern auch noch etwas kostet. Man hat Ausgaben: Telefon, Fahrtkosten, was auch immer es sein sollte. Wir halten es für angemessen, dass hier eine Aufwandspauschale von bis zu 300 Euro im Jahr gewährt werden sollte.

Dann haben wir den Paragraphen 52 der Abgabenordnung. Wenn Sie sich das einmal durchlesen, fast jedes zweite Wort: Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke und so weiter und so fort. Dann werden viele gemeinnützige Zwecke aufgezählt. Das ist sicher zunächst einmal in Ordnung. Das soll ein bisschen reformiert werden, aber es hilft nicht, denn es reicht nicht. Die meisten Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, sind keine Körperschaften und gehören auch im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit keiner Körperschaft an. Deshalb müsste also auch hier eine Änderung erfolgen. Zum Beispiel müssen Freiwilligenagenturen und Selbsthilfegruppen aufgenommen werden und sich nicht quasi zwangsweise erst einmal als Körperschaft gerieren.

Dann brauchen wir eine Verbesserung des Spendenrechtes. Das Spendenrecht – sofern man den Gemeinnützigkeitsstatus in Anspruch nimmt – enthält eine Gefährdungshaftung, das heißt, derjenige, der die Spendengelder einnimmt, haftet zurzeit ohne eigenes Verschulden bei zweckwidriger Verwendung. Ich hoffe, dass die Betroffenen nicht wissen, dass sie einer Gefährdungshaftung unterliegen. Würden sie es tun, würden sie es wissen, könnte ich mir vorstellen, dass die Bereitschaft, sich mit dem Thema zu beschäftigen, noch deutlich sinkt. Deshalb unser Vorschlag, statt der Gefährdungshaftung eine Verschuldenshaftung einzuführen. Nebenbei bemerkt, die Juristen unter uns wissen, wann man eine Gefährdungshaftung einführt, nämlich dann, wenn das, was man macht, besonders gefährlich ist. Es gibt viele Dinge, die besonders gefährlich sind, zum Beispiel ein Auto zu fahren. Da ist eine Gefährdungshaftung angemessen. Aber ich sage Ihnen, eine ehrenamtliche Tätigkeit ist nicht per se gefährlich, sondern per se eigentlich gut. Deshalb sollte aus meiner Sicht hier eine Verschuldenshaftung kommen.

Die Bürgerschaft hat bereits vor einem Jahr die Bedeutung des Ehrenamtes dargelegt. Es gibt viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Wir sollten ihnen helfen. Der Bürokratiedschungel und hindernde Vorschriften sind überall schlimm. Ich glaube, in diesem Bereich sind sie ganz besonders schlimm. Deshalb wollen wir eine Abhilfe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Wird das Wort weiter gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brinkmann hat es.

Petra Brinkmann SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schinnenburg, zunächst einmal hat der Präsident freundlicherweise an Ihren heutigen Ehrentag erinnert. Dann möchte ich Ihnen doch sagen, dass es mir ausgesprochen Leid tut, dass ich Sie an Ihrem Ehrentag in der vorangegangenen Debatte immer wieder so beschimpfen musste. Aber, Herr Dr. Schinnenburg, wenn, wie in Ihrer Darstellung, die Tatsachen und Wahrheiten so weit entfernt von der Praxis sind, dann bringen Sie mich dermaßen in Rage, dass auch an Ihrem Ehrentag solch eine Bemerkung erlaubt sein muss. Das vorab.

Sie gehen in Ihrem Wortbeitrag zunächst einmal auf Ihren letzten Antrag ein und erinnern den Senat an den Bericht aus Ihrem Antrag. Wie häufig hat die Opposition bei Ihren Anträgen moniert, dass dort kein Datum eingefügt wird und Sie dann immer in einer ganz großzügigen Art und

- A Weise sagen: Datum, das brauchen wir nicht, unser Senat berichtet von selbst. Vielen Dank, dass Sie das eben selbst festgestellt haben.

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Aber nun kommen wir mal zum Thema. Der SPD-Fraktion ist dieses Thema auch sehr wichtig und das habe ich schon in der letzten Diskussion zum Ehrenamt hier an dieser Stelle gesagt. Unsere Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement und vom freiwilligen, gemeinwohlorientierten und unentgeltlichen Einsatz vieler Bürger und Bürgerinnen. Auch der Bundestag weiß auf Betreiben der SPD-Fraktion um den hohen Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements und hat daher in seiner letzten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es war, das Ehrenamt staatlicherseits zu fördern und weiterzuentwickeln.

Der Bericht mit der Analyse, Bewertung und mit Vorschlägen zur Umsetzung ist von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einstimmig angenommen worden. Doch schon während der Beratung wurden auf Betreiben der SPD-Fraktion vom Bundestag erste entscheidende Verbesserungen in den Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeiten vorgenommen. Ich möchte nur einige Punkte in Erinnerung bringen.

Die Übungsleiterpauschale wurde auf 1848 Euro angehoben. Das Stiftungsrecht wurde durch ein neues Stiftungs- und Zivilrecht ersetzt, die Finanzbedingungen für die ehrenamtliche Hospizarbeit verbessert und die Neuregelung der 400-Euro-Minijobs in Kombination mit der Übungsleiterpauschale schafft neuen Gestaltungsspielraum. Aber natürlich gibt es im Bereich des Ehrenamtes noch eine Menge zu tun. Längst sind nicht alle Punkte aus dem 13-Punkte-Programm der SPD-Bundestagsfraktion abgearbeitet. Damit komme ich dann zu Ihrem Antrag.

B

Alle von Ihnen geforderten Punkte stehen in diesem genannten 13-Punkte-Programm und sind zum Teil auch von der Hamburger SPD-Fraktion in unserem Zusatzantrag im Oktober 2002 angesprochen worden.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Ich erinnere nur an die Versicherungsfrage. Dieser Antrag wurde damals von Ihnen abgelehnt und nicht einmal zu einer intensiveren Debatte in den Sozialausschuss überwiesen.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Hört, hört!)

Umso mehr hoffen wir heute, dass Sie klüger geworden sind und den Antrag in den Ausschuss überweisen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir begrüßen Ihren Antrag, sehen aber noch einigen Diskussionsbedarf, um dieses Thema voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Alsdann erhält der Abgeordnete Schira das Wort.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bürgersinn und persönliches Engagement sind für die Gemeinschaft unverzichtbare Elemente, die nachdrücklich gefördert und weiterentwickelt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Nach vielen Jahren ehrenamtlichen Dornröschenschlafs passiert in dieser Stadt endlich etwas auf dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements. In den vergangenen Legislaturperioden hat Rotgrün in schöner Einhelligkeit alle Anträge der Opposition zu diesem Thema abgelehnt und selbst wenig Konkretes getan, um ehrenamtliches Engagement wirklich zu fördern. Über das Nichtstun oder gar die kontraproduktiven Maßnahmen auf Bundesebene will ich jetzt gar nicht sprechen, sondern darüber ist an dieser Stelle bereits ausführlich debattiert worden.

C

Doch zurück zu dem, um was es hier geht. In Hamburg bewegt sich etwas. Die Zahl der Menschen, die Lust haben, sich ehrenamtlich zu engagieren, wächst. Der Besucheransturm von fast 4000 Personen auf der Hamburger Freiwilligenbörse im Januar dieses Jahres legt ein beredetes Zeugnis davon ab. Diese Entwicklung fällt nicht vom Himmel. Die Förderung des Ehrenamtes bekommt in dieser Legislaturperiode unter dem Bürgersenkam trotz leerer Haushaltskassen endlich den Platz, der ihm gebührt: Einen eigenen Haushaltstitel, ein Referat in der Behörde für Soziales und Familie zur Koordination des bürgerschaftlichen Engagements, eine Homepage mit wichtigen Informationen für alle interessierten Bürger und eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe erarbeitet konkrete Maßnahmen, wie dem Bürger eine ehrenamtliche Tätigkeit erleichtert werden kann.

Ein weiterer Punkt ist meiner Ansicht nach besonders wichtig. Es ist seit Jahren bekannt, dass öffentliche Anerkennung und Würdigung eine besondere Bedeutung für alle Menschen hat, die sich ehrenamtlich engagieren. Eine einmal im Jahr vorgenommene Ehrung besonders aktiver Bürger ist hier nicht ausreichend. Es ist erforderlich, eine gesellschaftlich etablierte Kultur der Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit in unserer Gesellschaft zu entwickeln und im Februar hat sich zu diesem Zwecke unter dem Vorsitz unsere Sozialsenatorin Birgit Schnieper-Jastram die Landesinitiative "Hamburg engagiert sich" konstituiert und das finden wir gut. Insbesondere auch, dass sich die Oppositionspolitiker nicht verweigert haben, sondern aktiv mitmachen.

D

Aber nicht alles, was in unserem Sinne der Förderung des Ehrenamtes dienen könnte, lässt sich hier auf Landesebene regeln. Da nach unserer Auffassung auf Bundesebene noch genug getan werden muss, stellen wir diesen Antrag, um noch einmal an geeigneter Stelle nachzuhaken. Wie das Geburtstagskind, Herr Dr. Schinnenburg, es in seinem Antrag noch einmal ausdrücklich formuliert hat, wir können nicht warten, bis man sich in Berlin endlich dieses hochwichtigen Themas annimmt und wollen deswegen hier vor Ort die Entscheidung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Sodann bekommt der Abgeordnete Rutter das Wort.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem Antrag, Drs. 17/689, vom 15. April 2002 hat der Kollege Böwer die Rücknahme der Finanzkürzungen im Bereich Jugend- und Sozialarbeit gefordert. Zu dem Zeitpunkt war gerade unsere Gelddruckpresse ausgefallen und wir

- A mussten uns also etwas anderes einfallen lassen. Merke: Wenn der Wind nachlässt, greife zum Ruder.

(Christa Goetsch GAL: Meinen Sie ein Paddel?)

Was dabei herausgekommen ist, ist schlicht und einfach, dass wir eine ganze Menge an Initiativen auf den Weg gebracht haben, um über das Ehrenamt einen Ausgleich zu schaffen. Das hat den Nebeneffekt, dass auch das Miteinandergefühl wieder wächst und das wollen wir, das müssen wir. Das war nämlich langsam verschüttet, weil man glaubte, alles mit Geld zuschieben zu können. Manchmal muss man sich eben auch selbst engagieren und so ist es notwendig und richtig gewesen, diese Maßnahmen einzuleiten.

Wenn man das getan hat, stellt man fest, dass hier und da an den Rahmenbedingungen etwas zu ändern und zu verbessern ist. Nun lassen Sie uns bitte nach Möglichkeit nicht erst lange alles perfektionieren, sondern lassen Sie uns den Weg der kleinen Schritte gehen und eines nach dem anderen abarbeiten. Diese Forderungen, die jetzt in unserem Antrag enthalten sind, sind das Nächstliegende und das Notwendigste und das sollten wir möglichst ohne Zeitverzögerung beschließen und darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

- B **Dr. Dorothee Freudenberg GAL:** Wofür sie am meisten schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, bei diesem Antrag und auch bei dieser Debatte fällt mir zuerst der Sauerkohl von Witwe Bolte ein:

"dass sie von dem Sauerkohle eine Portion sich hole, wovon sie besonders schwärmt, wenn er wieder aufgewärmt."

Etwa alle Halbjahr debattieren wir hier die Förderung des Ehrenamtes. Es gibt reichlich Fensterreden und auch heute war es nicht besonders originell. Ich habe nicht den Eindruck, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, dass Sie sich wirklich so besonders um die Förderung des Ehrenamtes bemühen, denn sonst hätten Sie die Arbeit im Ausschuss bisher nicht behindert.

(Beifall bei der GAL und bei Dirk Kienscherf SPD)

Wir hatten eine wirklich interessante Expertenanhörung. Die ist bisher nicht einmal ausgewertet worden. Der sehr differenzierte Antrag der SPD von vor einem halben Jahr ist abgelehnt worden und jetzt greifen Sie die Hauptforderungen, nämlich danach, dass endlich ein Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige eingerichtet wird, auf und wir finden das ziemlich schäbig.

Ich denke, wir sollten uns endlich den interessanteren Aspekten der ehrenamtlichen Arbeit zuwenden, nämlich der Frage, welche professionelle Unterstützung ehrenamtlich Tätige brauchen. Ich glaube, das ist für die Leute, die sich so engagieren, wichtiger als irgendwelche Feinheiten des Steuerrechtes. Ich muss auch sagen, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Herr Schinnenburg, dass ich es schon verwunderlich und auch absurd finde, mit welcher Akribie Sie sich hier um alle Details unseres Steuerrechtes kümmern und auch noch die letzten Schmäckerl aus einer Gesetzgebung jetzt

wieder ein bisschen ändern wollen, wo doch eigentlich Herr Merz mit seinem Vorstoß, all dieses jetzt mal radikal vom Tisch zu kriegen, ganz erfolgreich ist. Ich kann nur sagen, dass wir ihm dabei viel Erfolg wünschen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3565 an den Sozialausschuss zu?

(Wilfried Buss SPD: Das wird dadurch nicht besser! – Gegenruf von Michael Fuchs CDU: Aber schöner!)

– Gegenstimmen? – Das Letztere war die Mehrheit. Die Überweisung ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

(Zuruf von Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

– Verehrte Frau Abgeordnete, die Abgeordneten waren da, aber auf der anderen Seite des Hauses, was übrigens die Sitzungsleitung ein wenig verwirrt und das Zählen nicht einfacher gestaltet.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drs. 17/3565 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 51 auf, Drs. 17/3558, Antrag der SPD-Fraktion: Mehr Eigenständigkeit für Hamburgs Schulen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Mehr Eigenständigkeit für Hamburgs Schulen!
– Drs. 17/3558 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Ernst bekommt es.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburgs Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bekommen. Die SPD-Fraktion legt heute einen Antrag vor, der den Senat und die BBS auffordert ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte um ein wenig mehr Aufmerksamkeit für Sie bitten. – Vielen Dank.

Britta Ernst (fortfahrend): Danke, Herr Präsident. Die SPD-Fraktion legt heute einen Antrag vor, der den Senat und die BBS auffordert, diesen wichtigen Schritt zu gehen. Erfolgreiche PISA-Länder unterscheiden sich in mehreren Punkten von den deutschen Schulen. Ein Punkt ist jedoch von zentraler Bedeutung. An den Schulen in den PISA-Siegerländern wird mehr vor Ort entschieden. Die Schulen suchen sich die für sie passenden Lehrkräfte selbst aus. Die Schulleitungen sind Dienstvorgesetzte. Die Schulen haben ein eigenes Budget für Sachmittel und Personal, entscheiden eigenständiger, wie sie ihre Mittel verwenden, ob für einen Neigungskurs

- A oder für Sprachförderung, und die Schulen legen Rechenschaft über ihre Arbeit und die Ergebnisse ab. All diese Faktoren sind entscheidend für gute Schulen, für guten Unterricht, für ein hohes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kindern und Jugendlichen. Wer den "Spiegel" dieser Woche liest, sieht, dass dort auch wichtige Anregungen in diese Richtung enthalten sind.

Wir wollen, dass auch in Hamburg die Schulen in mehr Eigenständigkeit entlassen werden. Hamburgs Schulen sind bereit, mehr Verantwortung für die Lernerfolge ihrer Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Geben wir ihnen endlich auch den Spielraum, dafür notwendige Entscheidungen zu treffen. Schulen sollen künftig selbst Lehrerinnen und Lehrer einstellen. In einem ersten Schritt 20 Prozent. Wir wollen, dass Schulen stärker von der Stundentafel abweichen können und dass endlich nicht mehr der 45-Minuten-Rhythmus den Takt einer Schule bestimmt, sondern der für das Lernen erforderliche Rhythmus.

(Beifall bei der SPD)

Schulleitungen müssen gestärkt werden, Dienstvorsetze werden. Probleme, die vor Ort gelöst werden können, müssen auch vor Ort gelöst werden und die Verantwortung nicht an andere delegiert werden, an die Schulaufsicht, die Jugendhilfe, die Eltern, die Politik, wie es häufig vorkommt. Die Schulen müssen ihr Selbstverständnis verändern. Sie erbringen eine öffentliche Dienstleistung und sind dafür gegenüber Steuerzahlern rechen-schaftspflichtig, aber vor allem auch gegenüber den Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig brauchen wir ein verlässlicheres Wissen über die Leistungsfähigkeit einzelner Schulen, vor allem über die Qualität des Unterrichts. Wir wollen wissen, ob das Lernklima allen Kindern gerecht wird. Es muss Schluss damit sein, dass sich Kinder an Deutschlands Schulen nicht wohlfühlen und den Eindruck haben, dass die Lehrkräfte sich nicht für sie interessieren. Es muss auch Schluss damit sein, dass Schulen und Lehrkräfte, die ihre Kinder optimal fördern, nicht anerkannt werden, sondern in einem allgemeinen Eindruck des Zweifels über Schulen und Lehrkräfte untergehen. Daher schlagen wir vor, in Hamburg externe Schulentwicklungsagenturen einzurichten. Professionelle von außen sollen Schulen begutachten, Hilfestellung und Rat geben, Gutes weitertragen und zum Beispiel machen. Schulen sollen wissen, was sie leisten und die Eltern auch. Das Wissen, wie man der großen und wachsenden Vielfalt von Kindern gerecht werden kann, haben die Lehrerinnen und Lehrer. Machen wir den Schritt und vertrauen ihnen.

Wie ist es denn heute? Eine Mischung aus Gerüchten, positiven Eindrücken, Halbwahrheiten, bitteren Wahrheiten bestimmen doch das Bild einer Schule. Es gibt ein Bild in der Nachbarschaft, bei den Schulen in der Behörde, auch bei der Politik. Objektivität ist es nicht, die wir brauchen. Wir wollen genauer wissen, wie gut es einer Schule gelingt, die Sprachförderung von Migrantenkindern zu betreiben, ob eine Schule Methoden und Instrumente hat, Kinder mit besonderen Begabungen besonders zu fördern, ob Schulschwänzen entgegengetreten wird oder ob es gar nicht auffällt, wie das Klima an der Schule ist, ob der Kontakt zu den Eltern gesucht wird, ob die Lernerfolge der Kinder gut sind oder hinter denen vergleichbarer Schulen hinterherhinken. Das deutsche Schulwesen ist nicht gut angesehen und es gibt nur einen Weg, dieses zu ändern: ständiges Arbeiten an der Ver-

besserung, vor allem des Unterrichts, hohe Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Schulen und eine Organisationsform, die es ihnen auch möglich macht, gut zu arbeiten.

Die Realität in Hamburg ist leider seit zwei Jahren eine andere. Kommandowirtschaft statt vertrauensvolle Zusammenarbeit, Beratungsresistenz der Behördenspitze statt gemeinsames Ringen um eine Verbesserung Hamburgs Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Top down, Chaos nachbessern, Rechthaberei der Schulbehörde und ihres Präses, von dem niemand weiß, wie lange er noch im Amt ist und ob wir heute nicht vielleicht seine letzte Rede gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Ende der letzten Legislaturperiode wurden Vorbereitungen für eine weitere Eigenständigkeit der Schulen getroffen. Diese sollte begleitet werden durch mehr Evaluierung und vor dem Hintergrund der eingeführten Vergleichsarbeiten. Diese Eigenständigkeit ist in den letzten zwei Jahren nicht vorangetrieben worden. Misstrauen gegen die Schulen und Abbau von Lehrerstellen bestimmen Ihre Politik. Andere Bundesländer sind dort deutlich weiter.

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit zwei Jahren ein großes Projekt "Selbstständige Schule", was von der Bertelsmann-Stiftung unterstützt wird. In Berlin hat ein Projekt begonnen. In Niedersachsen sollen externe Agenturen eingerichtet werden und auch in Bayern gibt es das Projekt "Modus 21", mit dem Schulen selbstständig gemacht werden.

Wir fordern daher: Hamburg darf diese wichtige Entwicklung nicht verschlafen. Es wurde bereits viel Zeit verschenkt. Starten Sie ein Projekt, mit dem Hamburger Schulen mehr Eigenständigkeit erhalten. Machen Sie den notwendigen Schritt, externe Schulagenturen für die Qualität in Hamburg einzurichten. Stoppen Sie die Bevormundungspolitik und die Schulen in Hamburg werden einen großen Schritt in die Eigenständigkeit machen. Wir hoffen, mit Ihnen über diese Punkte im Ausschuss diskutieren zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch* GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ernst, Ihre Rede enthielt dieses Mal durchaus einige bemerkenswerte inhaltliche Passagen. Insofern war sie neu. Was nicht neu war, war, dass Sie es einfach nicht lassen können, zu versuchen, den Senator mit Schmutz zu bewerfen und dann noch zu sagen, Sie hoffen, mit uns im Ausschuss über diese Punkte reden zu können nach dem Motto: Stoppt die Kommadopolitik.

Frau Ernst, wir können mit Ihnen gerne – und das kann man durchaus überlegen – sachlich über Inhalte Ihres Antrages im Ausschuss reden. Dass wir nicht mit Ihnen im Ausschuss darüber reden werden, dass wir der Ansicht sind, dass Senator Lange der Richtige an der Spitze dieser Behörde in der Koalition ist, werden Sie verstehen.

- A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Ingo Egloff SPD*: Nicht so weit aus dem Fenster lehnen, Herr Kollege! Das kann sehr schnell vorbei sein!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass der Ansatz von Frau Ernst mit den Evaluationsagenturen ein Punkt ist, über den wir natürlich reden können. Unsere Freunde in Bayern haben, genauso wie die CDU-Kollegen in Hessen in dieser Woche im hessischen Landtag, einen Antrag zur Einführung externer Evaluationsagenturen eingebracht. Die schulpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen haben erst letztes Wochenende in Hannover beschlossen, dass sie generell für alle Bundesländer externe Evaluationsagenturen einführen möchten. Insofern springen Sie mit Ihren Ansätzen durchaus auf einen Zug auf, der in Bayern, in Hessen – Sie haben es mit Bayern erwähnt – schon erfolgreich gefahren wird. Aber das eine schließt das andere nicht aus. Lassen Sie mich aber trotz alledem und bevor wir soweit kommen, dass wir möglicherweise Ihren Antrag tatsächlich im Ausschuss diskutieren, aber dann in der Tat inhaltlich, noch einmal einige Punkte nennen, die in dieser Debatte bemerkenswert sind.

LAU 5, LAU 7 und LAU 9 haben in Hamburg zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt, und zwar die Streuung der Schülerleistungen an Schulformen sowie die Tatsache, dass soziale Barrieren wirksam sind. Diese Erkenntnisse haben mit PISA und der Qualitätsdebatte, die in Deutschland nach PISA geführt wird, zunächst nichts zu tun. Wenn dieses alles richtig ist, sind für mich die Ergebnisse von LAU 5, 7 und 9 inhaltlich wesentlich konzentrierter, als es PISA für Hamburg je sein kann. Dann müssen wir konstatieren, dass wir in Hamburg schon lange eine Situation haben, in der wir fernab aller parteipolitischen Lager erkennen müssen, dass wir viele Erkenntnisse aus den LAU-Studien unter dem Aspekt der Qualitätsanforderungen, unter dem Aspekt der Autonomie und der Eigenständigkeit der Schulen und generell unter dem Aspekt der Qualität dessen, was an Schulen stattfindet, früher hätten gewinnen können. Wir sagen "müssen". "Können" ist eine Formulierung, Frau Fiedler, auf die man sich relativ unpolitisch einigen könnte. Viele Themen hätten wir in Hamburg viel früher diskutieren können.

Ich denke, dass die Frage der Eigenständigkeit der Schulen – unabhängig von der politischen Gestaltung – ein wesentlicher Schlüssel dazu ist. Insofern haben Sie Recht, Frau Ernst, dass wir, obwohl wir das unterschiedlich sehen, versuchen sollten, diese Themen unpolitischer anzugehen, indem die Schulen dies unpolitisch selber lösen.

Es gibt natürlich Probleme und das wissen Sie auch. Wenn Sie im ersten Schritt von 20 Prozent reden und Hamburgs Haushaltssituation sehen – ich meine nicht die politische Steuerung, die Sie uns vorwerfen –, dann müssen wir natürlich sagen, dass der Spagat zwischen mehr Eigenständigkeit und zentraler Steuerung sowie der Versorgung auf der einen Seite und dem Ruf nach mehr Eigenständigkeit, der Verantwortung für die Schulform, für den Schulaufsichtsbezirk auf der anderen Seite schwer zu gestalten ist. Gleichwohl ist es lohnenswert, über den Ansatz nachzudenken. Es ist nichts Neues, dass die CDU hier häufig das Argument Berlin herangezogen hat, wo sowohl die Schulen als auch die Bezirke

größere Eigenständigkeit haben. Darüber können wir sicher sprechen.

Konkret muss man allerdings sagen, dass Ihre Forderung im Antrag im Bereich der Sachmittelbudgets bereits in großen Teilen umgesetzt ist. Das wissen Sie auch, denn seit 1991 werden den Schulen für Lern- und Lehrmittel Haushaltsmittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen. Sie wissen zweitens, dass die Aufgaben der äußeren Schulverwaltung von den Bezirken in die Schulbehörde verlagert worden sind. Dadurch erhielten die Schulen Entscheidungskompetenzen über Bauunterhaltung, über Fremdreinigung und Zuständigkeiten für Mitbenutzungsangelegenheiten, wie es so schön im Beamtendeutsch heißt.

Drittens geht es um die ebenfalls 1998 während Ihrer Regierungszeit verfasste "Richtlinie zu Werbung, Sponsoring und sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten in staatlichen Schulen". Hier wurden den Schulen Möglichkeiten eingeräumt, Mittel einzuwerben und damit eigene Vorhaben zu finanzieren, die nicht zur Grundausstattung der Schulen gehören.

Viertens: Nach dem neuen Schulgesetz werden zudem die Grundsätze für die Verwendung der Personal- und Sachmittel, die der Schule zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stehen, im Rahmen ihrer Zweckbestimmung nach Paragraph 53 Absatz 3 Ziffer 9 von der jeweiligen Schulkonferenz festgelegt.

Es sind also vier wesentliche Punkte. Drei stammen aus Ihrer Zeit und einen haben wir in das Schulgesetz aufgenommen. Damit ist in Hamburgs Schulalltag schon heute Autonomie in wesentlichen Teilen bei der Bewirtschaftung, der Eigeneinwerbung sonstiger Mittel gang und gäbe.

Neue Gestaltungsspielräume an Schulen, wie Sie sie gefordert haben, sind unseres Erachtens gleichwohl wichtig. Jahrgangsübergreifender Unterricht oder zum Beispiel die Einbeziehung von Lernorten wurden den Schulen im Rahmen von Modellprojekten und Kooperationen schon längst ermöglicht. Maßnahmen wie "Lernwerk, Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb" oder die so genannten Werkstatttage werden an vielen Schulen nicht erst seit dem Regierungswechsel durchgeführt. Wir wissen, dass es diese Maßnahmen mit großem Erfolg bereits seit vielen Jahren an vielen Hamburger Schulen gibt.

Sie haben das Personalbudget angesprochen, Frau Ernst. Die von Ihnen skizzierten neuen Aufgaben der Schulleitung – Personalentwicklung, Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte – sind ebenfalls bereits seit langem fester Bestandteil des neuen Hamburgischen Schulgesetzes und die Voraussetzung für eine verbindliche Lehrerfortbildung wurden im Übrigen erst vom neuen Senat geschaffen. In anderen Teilen des Antrags drängt sich mir allerdings der Eindruck auf, Frau Ernst, dass Sie Elemente der von Ihnen bisher immer aufs Schärfste kritisierten Reformen – der notwendigen Reformen auch im Bereich der beruflichen Schulen – nun auf die allgemein bildenden Schulen übertragen wollen. Wir müssen uns natürlich darüber unterhalten – spätestens wenn wir über die beruflichen Schulen sprechen –, inwieweit wir eine Übertragung von Verantwortung, Reformen in Schulen generell, auch in beruflichen Schulen, wollen. Dem Nachdenken über Reformen über das Schulwesen, der Freiheit des Schulwesens, dem Einfluss des Staates in Schulen dürfen beim Denken und beim Diskutieren keine

- A Grenzen gesetzt sein. Wichtig muss sein, dass sowohl bei beruflichen Schulen als auch bei allen Reformen, über die wir sonst reden, und auch bei der Autonomie, über die Sie sprechen, der Einfluss des Staates insofern gewährleistet sein muss, als wir immer das Augenmerk darauf richten und die Verantwortung dafür haben, was inhaltlich ganz grob an Schulen passiert. Das ist etwas, dem wir uns grundgesetzlich und verfassungsmäßig nicht entziehen sollten. Wir dürfen den Einfluss des Staates über die Inhalte an Schulen auf keinen Fall aus der Hand geben. Das ist auch bei den beruflichen Schulen so und das muss auch weiterhin bei einer Autonomie passieren.

Die Budgets für die einzelnen Schulen, Verlagerung von Kompetenzen und Verantwortung auf die untere Ebene und die Einbeziehung aller Beteiligten sind ebenfalls Eckpunkte unserer Reform der beruflichen Schulen in Hamburg, über die wir später reden werden, die aber natürlich Bestandteil für die Weiterentwicklung der allgemein bildenden Schulen in Hamburg sein müssen.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen. Ihr Antrag beinhaltet viele gute Punkte, über die es sich nachzudenken und zu diskutieren lohnt. Aber, wir, die wir Verantwortung tragen, müssen bei allem, was wir im Bereich der Autonomie und der Eigenständigkeit vorhaben, selbstverständlich die haushaltsmäßigen Konsequenzen im Auge behalten, wenn wir weiterhin Verantwortung für das Ganze tragen wollen. Das Thema Autonomie liegt uns ebenfalls generell am Herzen und deswegen wollen wir im Ausschuss Raum geben für eine fachliche Diskussion und nicht über die Frage, wie die Behörde gelenkt wird. Wenn Sie dazu bereit sind, sind wir auch bereit, mit Ihnen im Ausschuss über dieses Thema zu reden. – Vielen Dank.

- B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Freund.

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist zeitlich so unangebracht und überflüssig, dass es sich eigentlich gar nicht lohnt, jetzt und hier darauf einzugehen. Aber da wir nun einmal in der Debatte sind, werde ich das natürlich auch tun.

(Ingo Egloff SPD: Das ist aber schlecht koordiniert!)

Auffällig daran ist aber, meine Damen und Herren von der Opposition, dass beispielsweise Transparenz oder zentrale Vergleichsarbeiten und zentrale Prüfelemente nicht mehr zu Ihren Feindbildern gehören,

(Luisa Fiedler SPD: Schon lange nicht mehr!)

was in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Erstaunlich ist auch, dass Sie jetzt mehr Autonomie für die allgemein bildenden Schulen fordern, die Sie aber in Bezug auf die berufsbildenden Schulen vehement ablehnen. Da widersprechen Sie sich. Vielleicht können Sie sich einigen, was Sie wollen.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Legen Sie doch einmal eine andere Platte auf!)

– Wenn Sie nicht wissen, was Sie wollen.

C Überflüssig ist Ihr Antrag, weil es in Hamburg, wie der Presse im Oktober zu entnehmen war, ohnehin einen Schulversuch in Richtung mehr Eigenständigkeit an Hamburgs Schulen geben wird. Dieser wird sich an das Konzept des Club of Rome anlehnen. Hätten Sie sich hier informiert, wäre sicherlich auch das eine oder andere in Ihrem Antrag überflüssig gewesen.

Sie sehen, dass wir Ihnen jedoch etwas voraus sind und das auch immer bleiben werden.

Die Unausgegorenheit Ihres Antrags möchte ich an einem Beispiel deutlich machen. Sollte ich ausführlich darauf eingehen, würde das die gesamte Redezeit in Anspruch nehmen oder sprengen.

(Wilfried Buss SPD: Das können wir ja im Ausschuss machen!)

Ich nehme das Beispiel Personalbudget, welches Sie im ersten Schritt zu 20 Prozent der Mittel für eigenständige Einstellungen zur Verfügung stellen wollen oder welches sich sogar kapitalisieren lassen soll. Da frage ich mich, was das für eine Milchmädchenrechnung ist oder wie ich mir das in der Praxis vorstellen soll.

(Britta Ernst SPD: Das kann ja nicht der Maßstab sein, was Sie sich vorstellen können!)

D Wenn man zum Beispiel 20 Prozent der bisherigen Lehrkräfte einer Grundschule, die vielleicht drei bis vier Lehrer bedeuten würden, eigenständig einstellt, muss man dafür extra eine Buchhaltungskraft anstelle eines Lehrers einstellen? Oder soll der Direktor vielleicht die Buchhaltung mitmachen? Der Direktor, so stelle ich mir das jetzt vor, macht die Lohnbuchhaltung, er macht die Abgaben für das Finanzamt und meldet auch die Mitarbeiter bei der Krankenkasse an. Vielleicht wollen Sie auch die völlig unausgegorenen 2500 Euro Anschubfinanzierung für die Buchhaltung außer Haus ausgeben? Aus Ihrem Antrag ist überhaupt nicht erkenntlich, was Sie mit diesem Betrag machen wollen. Wie Sie auf diese Größenordnung gekommen sind, wird wahrscheinlich immer Ihr Geheimnis bleiben oder Sie verraten uns das dann im Ausschuss.

In Ihrem Antrag bleiben zu viele Fragen offen. Das ist Fakt. Den Punkt, dass alle Lehrerinnen und Lehrer innerhalb der ersten zehn Jahre einen Schulwechsel vollziehen sollen, finde ich interessant. Ich hatte das selber schon einmal überlegt, da in der Wirtschaft ein Wechsel auch immer etwas Gutes tut. Insofern ist es gar keine schlechte Idee. Aber, ich frage mich, was das mit einer autonomen Schule zu tun hat. Mit der Autonomie und Eigenständigkeit an Hamburgs Schulen hat das meiner Meinung nach gar nichts zu tun.

Bei dem Bereich "Neue Spielräume für die Gestaltung des Schullebens" stelle ich auch fest, dass wir Ihnen wieder einiges voraus haben. Zum Beispiel steht schon im Koalitionsvertrag, dass wir unseren Schülern mehr Praxisnähe vermitteln wollen. Deswegen läuft in Hamburg zurzeit an acht Schulen ein Modellprojekt, in dessen Rahmen Hauptschüler an drei Tagen in der Schule lernen und an zwei Tagen in einem Betrieb tätig sind. Sie sehen, das haben wir schon lange in die Tat umgesetzt. Da brauchen wir keine Anträge dieser Form.

Sie fordern mehr Fortbildung für die Lehrkräfte. Im Lehrerarbeitszeitmodell sind 30 Stunden verbindlich festgeschrieben. Fortbildung ist also schon heute für uns

- A selbstverständlich und ein wichtiger Bestandteil in der Bildung.

Ihr Antrag ist ein Schnellschuss und Sie kopieren im Wesentlichen das nordrhein-westfälische Modell, ohne abzuwarten, wie es sich dort bewährt.

Zusammenfassend bleibt mir hier nur zu sagen, dass wir in Hamburg vor zwei Jahren den Dornröschenschlaf der Bildungspolitik unterbrochen haben. Wir haben grundlegende notwendige Veränderungen herbeigeführt und diese müssen sich erst einmal etablieren.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie können nicht mit Geld umgehen!)

Zudem findet der Modellversuch, von dem ich eben sprach, ab 1. August nächsten Jahres statt. Ein weiterer Modellversuch wäre überflüssig und würde Hamburgs Schulen zurzeit überfordern.

Eigentlich wollte ich der Opposition vorschlagen, das Modellvorhaben von Nordrhein-Westfalen noch für den angelegten Zeitraum, nämlich bis 2008, zu beobachten, und dann unter Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse noch einmal einen Antrag zu stellen. Aber nun stimmen wir der Überweisung an den Schulausschuss zu. Dann können wir schauen, was davon sinnvoll ist oder nicht. Wir haben ja keine weiteren Themen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

B

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Freund, das hörte sich gerade so an, als wollten Sie Herrn Lange wach küssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe mit Freude den Antrag gelesen und Sie rennen bei den Grünen offene Türen ein. Wir haben 1996 ein Positionspapier geschrieben mit dem Titel "Die Zukunft der Schule ist die autonome Schule". Das wurde dann 1998, 1999 von uns in der rotgrünen Fraktion weiterbetrieben und ist zum Teil bereits in der Schulbehörde umgesetzt worden. Das ist auch gesagt worden. Ich bin froh, dass Herr Drews dieses Mal sehr konstruktiv mit dem Thema Autonomie von Schule umgegangen ist. Frau Freund, bei Ihnen hatte ich fast das Gefühl, dass Sie, wenn Sie etwas von Autonomie hören, das mit Autonomie in der Roten Flora verwechseln und dann reflexartig reagieren. Es gibt gar keinen Grund, diesen Antrag so zu zerreißen. Es gibt sicherlich kritikwürdige Punkte, aber jetzt alles schlechtzureden, da sind Sie auf dem falschen Dampfer.

Gehen wir von den Tatsachen aus. Bis 2001 war auf dem Weg zur autonomen Schule Folgendes umgesetzt:

Erstens die Schulprogrammentwicklung. Eine autonome Schule gibt sich ein Schulprogramm, um dann Rechenschaft ablegen zu können. Das haben zu dem Zeitpunkt alle 450 Schulen in Hamburg gemacht.

Zweitens war den Schulen, wie schon gesagt, die äußere Schulverwaltung gegeben worden. Das war ein außerordentlich wichtiger Schritt, damit eben nicht jede Steckdose beim Bezirksamt bestellt werden musste. Allerdings haben noch nicht alle allgemein bildenden Schulen die-

sen Schritt gemacht, weil das natürlich auch Unterstützungsmaßnahmen von Behörde und auch Schulleiterfortbildung bedarf.

C

Drittens gab es einen Innovationsfonds, um Anregungen zu geben, Schule zu verändern.

Das war alles auf dem Weg, allerdings finde ich im neuen Schulgesetz leider nichts über das Thema Eigenständigkeit von Schule.

Es ist wichtig, dass der Antrag im Schulausschuss diskutiert wird. Einen Punkt finde ich sehr interessant, nämlich die Gründung externer Schulentwicklungsagenturen, an die sich bisher keiner herangewagt hat, übrigens auch nicht in Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen, und zwar die Frage der Schulaufsicht. Bei aller Debatte über PISA, bei der beispielsweise die Lehrer in den Mittelpunkt gerückt werden, hat sich an die Administration keiner herangewagt. Gute Schule heißt, dass Schulaufsicht nicht Beratung und Kontrolle macht, sondern dass das extern passieren muss. Insofern ist das ein sehr wichtiger Schritt. Andere Punkte des Antrags würde ich weitergehend sehen als die Kollegen von der SPD, beispielsweise was die Personalhoheit anbetrifft. Wenn Herr Drews dieses Mal der Überweisung zustimmt, wäre es schön. Dann hätten wir in der Schulausschusssitzung endlich einmal wieder eine fachliche Debatte. Das würde uns gut tun im Sinne: Die Zukunft der Schule ist die autonome Schule. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Woestmeyer.

D

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Diesen Antrag müssen wir sogar im Schulausschuss noch einmal beraten, weil Sie mir erklären müssen, ob das wirklich Ihr Antrag ist oder wo Sie den abgeschrieben haben. Darin stehen Wörter wie "Eigenständigkeit", "Eigenverantwortung", "Leistungen", "Leistungsvereinbarungen", "externe Agenturen", "Transparenz", die sonst nur im Fremdwörterbuch der Hamburger Sozialdemokratie zu finden sind. Diesen Antrag müssen wir noch einmal im Schulausschuss beraten, weil Sie mir erklären müssen, warum Sie gerade jetzt darauf kommen, wo wir mit den Club-of-Rome-Schulen fast genau das machen, was Sie nun scheinbar ganz neu fordern. Haben Sie da einfach einmal ganz aufmerksam die Zeitung gelesen und haben gedacht, prima, die Bildungsbehörde macht etwas, was wir auch wollen, dann können wir auch einen Antrag beschließen, den wir geschrieben haben? Weiterhin müssen Sie mir im Ausschuss erklären, warum Sie einen Antrag schreiben, der in der Begründung viel mehr fordert als im eigentlichen Petition. Warum fallen Sie hinter das zurück, was Sie vorne so nett ausführen? Ich fürchte fast, meine Damen und Herren, dass Sie beim Antragschreiben oder –abschreiben Probleme mit Ihrer Textverarbeitung hatten. Warum sind auf den ganzen drei Seiten exakt vier Wörter unterstrichen, und zwar "und Vertreter der Wirtschaft"? Das muss eine Art sozialdemokratischer Autokorrekturfunktion gewesen sein, Wörter mit besonderem politischen Gefährdungspotenzial gleich zu unterstreichen. Diese vier Wörter haben Jahre und Jahrzehnte gebraucht, bis sie Eingang in einen sozialdemokratischen Bildungsantrag gefunden haben. Meinen Glückwunsch dazu.

- A Außerdem können Sie mir im Ausschuss erklären, wen oder was Sie meinen, wenn Sie auf Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen oder Berlin zurückgreifen wollen. Das schreiben Sie ja. Sie sehen, ich will mir Mühe geben mit Ihrem Antrag, deshalb habe ich in Berlin und in Nordrhein-Westfalen nachgefragt. Aber da schlägt man zunächst einmal die Hände über dem Kopf zusammen, wenn man nach der dortigen Bildungspolitik der SPD fragt. Ich habe aber niemanden gefunden, der mir hätte bestätigen können, dass die dortigen Schulen besonders eigenständig arbeiten würden. Im Gegenteil. Die würden sich freuen, wenn sie eine SPD hätten, die einen solchen Antrag, wie Sie ihn hier stellen, auch in Düsseldorf oder in Berlin gescheit verfolgen könnten.

Liebe Leute von der SPD! Ich will mit Ihrem Antrag gar nicht böse sein. Das Anliegen ist ja gut. Es ist nur schade, dass es von Ihnen so halbherzig umgesetzt wird und Sie den Antrag zur Abendessenszeit zur Debatte anmelden. Wir wollen mehr Eigenständigkeit, wir wollen Eigenverantwortung. Wir wollen Erfahrung mit dem Club of Rome machen, wir wollen Wirtschaft und Sozialpartner der Schulen einbinden, wir wollen neue Ideen wie bei der "Stiftung Berufliche Schulen Hamburg", wir wollen externe Evaluierung, wir wollen neue Ideen, wie Schulaufsicht, wie Ranking, wie Wettbewerb, wir wollen Vorbilder wie Niederlande und Großbritannien. Wir sollten noch einmal im Ausschuss darüber reden. Wenn aus Ihrem Anliegen etwas werden soll, dann müssen wir das sogar.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B **Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 17/3558 an den Schulausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 29, Drs. 17/3303, Mitteilung des Senats: Patenschaften der Generationen.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 20./21. Februar 2002 (Drs. 17/323)
– Patenschaften der Generationen –
– Drs. 17/3303 –]**

Die angemeldete Debatte findet einvernehmlich nicht statt.

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Sozialausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 63, Drs. 17/3570 in der Neufassung, Antrag der Koalitionsfraktionen: Mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Initiative gegen das "Nichtblinken".

**[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher
Offensive, der CDU und der FDP:
Mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Initiative gegen
das "Nichtblinken"
– Drs. 17/3570 (Neufassung) –]**

Die angemeldete Debatte findet einvernehmlich nicht statt. C

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Bau- und Verkehrsausschuss überweisen. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Überweisung ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drs. 17/3570 in der Neufassung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossenen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 7, Drs. 17/2848, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Europa-Passage.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Europa-Passage – Drs. 17/2848 –]**

Die angemeldete Aussprache findet einvernehmlich nicht statt.

Die GAL-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Bau- und Verkehrsausschuss. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossenen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 50, Drs. 17/3557, Antrag der SPD-Fraktion: Kampagne zum Schutz der Hamburger Kastanien – Miniermotten stoppen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kampagne zum Schutz der Hamburger Kastanien –
Miniermotten stoppen! – Drs. 17/3557 –]** D

Die angemeldete Debatte findet einvernehmlich nicht statt.

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.23 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Hanna Gienow, Joachim Lenders, Doris Mandel, Ronald Barnabas Schill und Dr. Dorothee Stapelfeldt.